

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
14. Wahlperiode**

# **Plenarprotokoll 14/15**

**15. Sitzung  
Kiel, Freitag, 1. November 1996**

**Stenographischer Dienst und Ausschußdienst - Herausgabe 11.11.96**

## **Tagesordnung:**

### **Berufliche Bildung**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/291

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/328

Angelika Volquartz (CDU)

Helmut Jacobs (SPD)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Martin Kayenburg (CDU)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD)

Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß und den Wirtschaftsausschuß

### **Transport von lebenden Schlachttieren**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/326

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)

Drucksache 14/334

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Beschluß: Annahme

### **Bodenschutzprogramm „Ziele und Strategien des Bodenschutzes in Schleswig-Holstein“**

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/188

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Ingrid Franzen (SPD)

Frauke Tengler (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Peter Gerckens (SSW)

Konrad Nabel (SPD)

Beschluß: Überweisung an den Umweltausschuß und den Agrarausschuß

## **Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses nach dem Landesrichtergesetz**

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/304

Beschluß: Annahme

## **Besetzung der Stelle der Präsidentin / des Präsidenten beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht**

Bericht und Wahlvorschlag des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/324

Beschluß: Annahme

## **Verfassungsschutzbericht 1995**

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/143

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister  
Ursula Kähler (SPD)  
Meinhard Füllner (CDU)  
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Kenntnisnahme

## **Gemeinsame Beratung**

### **a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage**

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/30

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/286

### **b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/307

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/323

Heinz Maurus (CDU), Berichterstatter  
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)  
Klaus-Peter Puls (SPD)  
Jost de Jager (CDU)  
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Beschluß: Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/307

\* \* \*

**Regierungsbank:**

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin

**Gerd Walter**, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

**Gisela Böhrk**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

**Dr. Ekkehard Wienholtz**, Innenminister

**Angelika Birk**, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

**Hans Wiesen**, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Rainer Steenblock**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

**Beginn: 10.03 Uhr**

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind erkrankt die Abgeordneten Frau Dr. Winking-Nikolay, Herr Plüschau und Herr Zahn. Wir wünschen erneut gute Besserung.

(Beifall)

Ich begrüße auf der Tribüne - - Es sind noch nicht alle da; deshalb mache ich es später.

Ich rufe nun Punkt 14 der Tagesordnung auf:

### **Berufliche Bildung**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/291

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/328

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Volquartz.

**Angelika Volquartz [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte diese Rede für meine Kollegin Ulla Röper, die zwar nicht sprachlos ist, aber zur Zeit stimmlos. Deshalb habe ich das für sie übernommen.

(Holger Astrup [SPD]: Gute Besserung! - Beifall)

Meine Damen und Herren, wer sich in den letzten Wochen und Monaten mit jungen Leuten, die einen Ausbildungsplatz suchten, mit Arbeitsämtern, Kammern, Berufsschullehrern, Handwerksmeistern oder Vertretern des Mittelstandes unterhalten oder am Parlamentarischen Nachmittag des Wirtschaftsverbandes Handwerk in Molfsee teilgenommen hat, kommt nicht umhin festzustellen, daß sich an der **beruflichen Bildung** und damit dem **dualen Ausbildungssystem** etwas ändern muß, um dem Wandel der Arbeitswelt und der Lebenswelt der Jugendlichen gerecht zu werden.

Wenn wir darüber hinaus wissen, daß in den kommenden Jahren die Zahl der Schulabgänger steigt und bis zum Jahre 2000 rund 1400 bis 1600 zusätzliche Ausbildungsplätze erforderlich sind, dann müssen wir jetzt auf Signale reagieren.

Unserer Meinung nach ist eine kontinuierliche **Modernisierung** und Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung die gemeinsame Aufgabe aller Beteiligten: der Berufsschule, des Betriebes und der überbetrieblichen Ausbildungsstätte. Eine Reform der beruflichen Bildung kann nur mit den Betrieben und nicht gegen sie erfolgen. Wir müssen die Sorgen und Argumente des Handwerks und der mittelständischen Wirtschaft, die den höchsten Ausbildungsanteil in unserem Lande erbringen, ernst nehmen und mit flexibleren Konzepten die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe wieder erhöhen beziehungsweise erhalten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mir liegen viele Schreiben, die zum Teil auch bei Frau Simonis gelandet sind, von Betrieben vor, die deutlich machen, daß sie sich zukünftig aus der Ausbildung von Lehrlingen verabschieden werden, wenn sich nichts ändert. Die Gründe sind bekannt. Die kurze **Präsenz im Betrieb**, die dazu führt, daß viele Betriebe sich nicht mehr in der Lage sehen, eine erfolgreiche praktische Ausbildung zu gewährleisten. Die Auszubildenden erleben zum Teil die gesamten Betriebsabläufe nur noch bruchstückhaft. So entstehen Lücken in der praktischen Ausbildung, die anschließend den Betrieben zur Last gelegt werden, wenn der Auszubildende seine Prüfung nicht schafft.

Wichtig ist für die Betriebe zudem eine flexiblere Organisation der **Berufsschulzeiten**, wobei unserer Meinung nach ein Berufsschultag acht Stunden umfassen sollte,

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

sowie eine inhaltliche und zeitliche Differenzierung je nach Vorkenntnissen und/oder Ausbildungsstand, um den Lern- und Entwicklungsbedürfnissen der Auszubildenden entgegenzukommen. Frau Kollegin Rodust, wir konnten es neulich in einer Diskussion mit den Selbständigen wieder erfahren, daß das keine Fragen der politischen Opposition sind,

sondern daß das die Bedenken und Anregungen aus dem Bereich der mittelständischen Betriebe sind.

Wir wollen außerdem die wöchentliche **Ausbildungszeit**, also Betrieb und Schule, auf 40 Stunden erhöhen. Der Sportunterricht soll als Zusatzunterricht ohne Anrechnung auf die Gesamtschulzeit durchgeführt werden. Dies alles würde die Ausbildungszeit im Betrieb erhöhen und den praktischen Teil stärken.

(Beifall bei der CDU)

Daß die Landesregierung bei der vereinbarten gemeinsamen Erklärung zur Organisation und zum Inhalt des Berufsschulunterrichts vom 21. August 1996 mit der Vereinigung der IHKs Schleswig-Holstein sowie der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein das Handwerk nicht beteiligt hat, war nicht nur ein Affront, sondern es zeigt auch, daß diese Landesregierung offenbar immer noch nicht begriffen hat, wo die meisten jungen Leute ausgebildet werden. So kann man keinen Konsens aller Beteiligten herstellen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

An dieser Stelle will ich zum Antrag der SPD darauf hinweisen, daß er diese gemeinsame Erklärung unterstützt und offensichtlich gar nicht sieht, daß hier etwas Wichtiges versäumt wurde. Wir stimmen aber einer Ausschußüberweisung für die weitere Beratung zu.

Kurz nach Veröffentlichung der Erklärung zum Berufsschulunterricht hat die Vollversammlung der **IHK Flensburg** am 4. September dieses Jahres eine **Resolution** zur Ausbildungsplatzsituation verabschiedet, in der unter anderem eine Reduzierung der Berufsschultage verbunden mit einer Verlängerung der betrieblichen Ausbildungszeit gefordert wird. Der Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen ist gravierend. Wir liegen in Schleswig-Holstein bundesweit ganz hinten bei der Umsetzung des vermehrten Berufsschulunterrichts, und die Neueinstellungen auf Zeit mit Dreiviertel-Angestelltenverträgen machen diesen Bereich nicht eben attraktiver, so daß sich viele qualifizierte junge Berufsschullehrer entweder in andere Bundesländer oder in die Wirtschaft verabschieden.

Nachdem bereits per Erlaß vom März 1996 das Personalbemessungsverfahren für Berufsschulen im ländlichen Raum benachteiligend wirkte, erhielten die Berufsschulen im Sommer diesen Jahres am ersten Unterrichtstag - wohlgermerkt am ersten Unterrichtstag! -, als alle Stundenpläne vorbereitet waren, einen Erlaß, der untersagte, kurzfristigen Vertretungsunterricht zu genehmigen. Außerdem wurden die Stundengebermittel reduziert. Das alles sind Maßnahmen, die nicht dazu geeignet sind, den **Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen** zu verringern. Es ist doch weitaus ehrlicher, im Gespräch mit allen Beteiligten flexible Modelle zu vereinbaren, die sich an den Gegebenheiten und Notwendigkeiten orientieren und auch regionale Bedürfnisse einschließen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ein **Modell** könnte etwa so aussehen: Im ersten Lehrjahr werden 16 Stunden Berufsschulunterricht an zwei Tagen erteilt, im zweiten und dritten Lehrjahr jeweils ein Tag mit acht Stunden. Die Erfordernisse sind je nach den einzelnen Berufsbildern sehr unterschiedlich. Ebenso stellen sich die Gegebenheiten der Ausbildung sehr unterschiedlich dar. 80 Stunden Sport werden nicht auf die Gesamtzeit angerechnet, das heißt, sie werden zusätzlich erteilt. 80 Stunden werden in der Prüfungszeit für die theoretische und praktische Prüfung als Block zusammengezogen und auf die Berufsschulzeit angerechnet. Ich halte dies für machbar; wir sollten darüber diskutieren.

Damit wären die Auszubildenden wesentlich länger in den Betrieben, könnten mehr praktisch arbeiten und hätten dennoch eine solide Berufsschulbildung.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Besonders wichtig ist uns Punkt 5 des Antrags: für **Leistungsschwächere** unterhalb der bisherigen Abschlüsse Ausbildungsgänge zu konzipieren, die gleichzeitig die Möglichkeit bieten, später weitere **Qualifikationen** zu erwerben. Ich nenne als Beispiel den Einzelhandel: zwei Jahre Verkäufer, ein weiteres Jahr Einzelhändler.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es darf uns doch nicht gleichgültig lassen, daß mittlerweile 10 bis 14 % der **Jugendlichen** eines Jahrgangs in Deutschland ohne abgeschlossene

**Berufsausbildung** bleiben. Auch wenn die Prozentzahlen in Schleswig-Holstein etwas günstiger sind, wissen wir alle, daß viele Jugendliche froh sind, die Schule hinter sich zu haben, daß sie schulmüde sind, weil sie zum Teil schon Negativerlebnisse hatten und ganz schlicht und ergreifend praktisch arbeiten wollen. Wir müssen diesen jungen Menschen Chancen bieten, in einer theoriereduzierten Praktikausbildung einen anerkannten Ausbildungsabschluß zu erhalten. Auch Sonderschüler hätten auf diese Weise mehr Chancen.

(Beifall bei der CDU)

Wir würden gegen die Interessen vieler junger Menschen handeln, wenn wir hier nicht flexiblere Lösungen fänden.

Eine Klage, die wir immer wieder aus der Wirtschaft hören, richtet sich gegen den zunehmenden Mangel an Grundkenntnissen der Auszubildenden in den Betrieben, und zwar in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen. Die mangelhaften Kenntnisse in den **Kulturtechniken** werden nicht nur in den Betrieben beklagt, sondern auch an den Universitäten. Das sollte uns alle hier veranlassen, darüber nachzudenken, ob wir nicht endlich in den allgemeinbildenden Schulen wieder stärker für eine Betonung dieser Bereiche sorgen müssen, statt nach dem Motto zu handeln: Kinder, singt und spielt euch was! Das bringt unsere jungen Menschen nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Es ist deshalb Zeit für Änderungen in der Schulpolitik und auch für eine Stärkung der Hauptschule.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr.  
Ernst Dieter Rossmann [SPD])

- Herr Rossmann, ich merke, Sie sind endlich wach geworden. Wer hier nicht handelt, verweigert den jungen Menschen die Zukunft. Herr Rossmann, Sie brauchen nur einmal mit den Kolleginnen und Kollegen des Handwerks und anderer mittelständischer Betriebe zu sprechen, dann hören Sie im O-Ton das, was ich Ihnen eben gesagt habe.

Wir haben die Pflicht zu vermeiden, daß den jungen Menschen in den Betrieben und den Studiengängen

die angeführten Mängel vorgeworfen werden. Wer hier nicht handelt, verweigert den jungen Menschen **Zukunft**. Denn der **Schulabschluß** - den erreichen ja längst nicht alle Jugendlichen - bedeutet heute nicht mehr automatisch Berufsreife. Das zeigen die 500 Millionen DM, die die Bundesanstalt für Arbeit jährlich zahlt, um junge Leute fit zu machen, damit sie überhaupt eine Lehre erfolgreich absolvieren können.

Notwendig sind außerdem für **Leistungsstärkere** besondere Angebote wie Aufstiegsperspektiven, damit die Attraktivität der beruflichen Ausbildung auch gegenüber einem Studium gesteigert wird und als echte Alternative stärker ins Blickfeld rückt.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen es schaffen, eine bessere Verzahnung von Schulbildung, Erstausbildung, Fort- und Weiterbildung zu erarbeiten. Eine Kombination bewährter Elemente der Grundausbildung und eines **Baukastensystems** für die Weiterbildung, die die Durchlässigkeit zwischen den **Bildungs- und Ausbildungswegen** verbessert, würde sicher auch mehr Eltern und Schüler davon überzeugen können, daß es viele Wege gibt, im Beruf weiterzukommen und Erfolg zu haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, wir beantragen Überweisung unseres Antrags an Ausschuß, appellieren aber nachdrücklich an Sie, den Inhalt unseres Antrags sehr ernst zu nehmen und sich in der Diskussion ausschließlich an der Zukunft unserer jungen Menschen zu orientieren - viele von Ihnen haben es übrigens schon getan, das kann man in den Diskussionen vor Ort ja feststellen - und zu erkennen, daß eine Reduzierung der Ausbildungsplätze in den mittelständischen Betrieben nicht unser Wille sein kann. Unser aller Wille muß es im Gegenteil sein, mehr Ausbildungsplätze zu erreichen und die vorhandenen zu stabilisieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jacobs das Wort.

**Helmut Jacobs [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Röper, Ihnen zunächst gute Besserung, damit Sie sich bald wieder stimmigewaltig für die Belange der Berufsbildung einsetzen können!

(Beifall)

Keine Landtagssitzung - jedenfalls für mich - ohne das Thema berufliche Ausbildung! Vorwegschicken möchte ich, daß wir uns ausdrücklich zum **dualen Berufsausbildungssystem** bekennen. Das duale System der beruflichen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland hat im internationalen Vergleich einen sehr guten Ruf, weil der Praxisanteil während der Ausbildung hoch ist, die Kosten der Berufsausbildung relativ niedrig sind, ein realer Kontakt der Auszubildenden mit der Arbeitswelt existiert und der theoretische Standard in der Berufsschule sehr hoch ist.

(Beifall)

Dennoch ist das duale System in die Jahre gekommen. Es muß in einigen Bereichen weiterentwickelt werden, um auch nach der Jahrtausendwende noch eine berufliche Erstausbildung zu ermöglichen. Es gibt leider viele Ausbildungswege, die nach erfolgreichem Abschluß direkt in Umschulung oder Arbeitslosigkeit münden, weil es für die ausgebildeten Fachkräfte keinen Bedarf am Arbeitsmarkt gibt.

Man hat festgestellt, daß beispielsweise drei Monate nach der Abschlußprüfung fast 60 % der Friseurinnengesellen nicht mehr in diesem Beruf tätig sind. In einigen Berufen, besonders im Handwerk, ist die Zahl der **Ausbildungsabbrecher** besonders hoch, nämlich bis zu 30 %. Die Ursachen sind falsche Vorstellung vom beruflichen Alltag und von den Eigenheiten der Tätigkeiten, gesundheitliche Probleme, zu hohe körperliche oder geistige Anforderungen.

Das duale System orientiert sich vielfach nicht mehr an den klassischen Auszubildenden, die von der Haupt- und Realschule kommen und die berufliche Erstausbildung als **Einstieg in die Lebensarbeitsphase** verstehen. Vielmehr wird das duale System verstärkt von Jugendlichen genutzt, die die praktische Ausbildung als Grundlage für eine anschließende Hochschulausbildung begreifen. Für diese Jugendlichen ist der schulische Teil eine

Unterforderung. Für die anderen Auszubildenden ergibt sich automatisch ein steigendes Niveau. Höhere Anforderungen und immer geringer werdende Chancen für normale Auszubildende sind die Folge.

Die Ausbildungssituation stellt sich so dar, daß die **Zahl der Ausbildungsverträge** im dualen System in den letzten zehn Jahren in der Bundesrepublik deutlich zurückgegangen ist. Während in der Bundesrepublik allein in der Zeit von 1990 bis 1994 die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um 400 000 zugenommen hat, hat im gleichen Zeitraum die Anzahl der Auszubildenden um 200 000 abgenommen.

Obwohl von der Arbeitgeberseite oft unterstellt, führen konjunkturelle Aufschwungphasen nicht unbedingt zur Verbesserung der Ausbildungssituation. Es ist insbesondere ein Rückgang der **Ausbildungsbeteiligung** auch bei den **Kleinstbetrieben** festzustellen. Bei den **Großbetrieben** ist die Ausbildungsbeteiligung etwa konstant geblieben.

In **Schleswig-Holstein** stellt sich die **Lehrstellensituation** im Ländervergleich etwas entspannter dar. Das liegt in der Hauptsache daran, daß die Wirtschaftsstruktur überwiegend mittelständisch geprägt und das Handwerk ohnehin durch eine hohe Ausbildungsquote eine positive Ausnahme ist. Das wurde von meiner Vorrednerin auch gesagt, und dafür sollten wir dem Handwerk ausdrücklich danken.

(Beifall bei SPD und CDU)

Da durch sogenannte Ausbildungshemmnisse - wie höhere Vergütung und vermehrter Berufsschulunterricht - die Zahl der Ausbildungsplätze zurückging, mußte nach neuen Instrumenten zur Verbesserung dieser Situation gesucht werden. Am 15. März 1995 und am 23. Januar 1996 haben Spitzenvertreter der deutschen Wirtschaft beim Bundeskanzler die Zusage gegeben, die Zahl der neu begründeten Ausbildungsplätze bis zum Beginn des Jahres 1997 um 10 % zu erhöhen. Zur Zeit steigt zwar die Zahl etwas, der Bedarf wird dadurch aber auch nicht annähernd gedeckt wird. Der Kanzler hat appelliert und Gespräche geführt, aber das Ergebnis ist unbefriedigend. Salopp gesagt: **Die**

**Ausbildungsgarantie des Bundeskanzlers** ist ein Flop.

(Klaus-Peter Puls [SPD]: So ist es!)

Kürzlich hat der Bundeskanzler einen Versuch gestartet und sich vor Vertretern des Mittelstandes in Frankfurt für eine Straffung des Berufsschulunterrichts ausgesprochen. Bundesbildungsminister Rüttgers, der eigentlich eine große Verantwortung für die Zukunft trägt, wagte sich sogar in die 50er Jahre zurück und forderte, daß Stifte in verlängerten Arbeitszeiten wieder die Halle fegen und Bier holen sollen. Der alte Ruf „Lehrjahre sind keine Herrenjahre!“ wird wieder hervorgekramt. Ich frage mich ernsthaft, wie Jugendliche, die sich um einen Ausbildungsplatz für das kommende Jahr bemühen, eigentlich noch motiviert werden und zuversichtlich den ersten Schritt in das Berufsleben gehen sollen, wenn mit derartigen Phrasen argumentiert wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Ich höre ständig, wie einerseits über den zweiten Berufsschultag gemäkelt und andererseits das Bildungsniveau der jungen Menschen schlechtgeredet wird.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das Handwerk mäkelt nicht!)

- Doch, das ist ein Mäkeln!

An die Forderung des Bundeskanzlers, des Bundeszukunftministers und von Teilen der Wirtschaft nach Abschaffung des **zweiten Berufsschultages** und mehr Ausbildung im Betrieb knüpfte am 4. Oktober nun auch die CDU-Landtagsfraktion an, indem sie einen entsprechenden Antrag der Öffentlichkeit vorstellte.

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Entschuldigen Sie bitte, Herr Abgeordneter! - Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit und darum bitten, Gespräche draußen zu führen.

Bitte, Herr Jacobs, Sie haben das Wort.

**Helmut Jacobs [SPD]:**

Ehe ich auf den CDU-Antrag näher zu sprechen komme, möchte ich noch einmal daran erinnern, daß die Forderung nach der Einführung eines vermehrten Berufsschulunterrichts keineswegs vom Himmel gefallen ist. Es war keine bloße Marotte von irgendwelchen Politikern. Viele kluge Leute haben vor einigen Jahren festgestellt, daß in einer sich rasant wandelnden technisierten Welt die fachlich-theoretischen Anforderungen in der Berufsausbildung eine höhere Qualität verlangen und somit auch die **Quantität des Berufsschulunterrichts** erhöht werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Bereits 1991 ist auf KMK-Ebene im Verbund mit der Wirtschaft einmütig vereinbart worden, 480 Stunden Berufsschulunterricht jährlich zu erteilen. Dieses Ziel ist im Dezember 1995 noch einmal bekräftigt worden.

Was die Einführung anbelangt, so liegt Schleswig-Holstein im Vergleich zu den anderen Bundesländern noch weit zurück. Das hat meines Wissens bisher lediglich der Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen kritisiert. Im Schuljahr 1995/96 wurden erst 56% des Berufsschulunterrichts auf dieser Grundlage realisiert. Ziel ist es, bis zum Jahre 1998 100 % zu erreichen.

Dabei müssen allerdings Probleme bei der tatsächlichen Organisation des Berufsschulunterrichts beseitigt werden. Die Landesregierung hat mehrere der auch von Ihnen heute geforderten flexiblen Lösungen angeboten.

(Beifall bei der SPD)

Die Palette ist riesig lang.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:  
Man muß das nur einmal lesen!)

Ich nenne folgendes Beispiel: in jedem Ausbildungsjahr jeweils im ersten Halbjahr zwei Tage je acht Stunden und im zweiten Halbjahr ein Tag mit acht Stunden. Eine von mir favorisierte Variante wäre: in den ersten drei Ausbildungshalbjahren zwei Tage à acht Stunden und dann nur noch ein Tag mit acht Stunden, so daß

es nur noch in 50 % der Ausbildungszeit einen zweiten Berufsschultag gibt.

Was den **Blockunterricht** angeht, so wurde der Eindruck vermittelt, als ob die Auszubildenden dann zu wenig im Betrieb wären. Als Blockunterrichtsvarianten werden vom Bildungsministerium angeboten: eine Woche Schule und zwei Wochen Betrieb oder während der dreijährigen Ausbildung 42 Wochen Schule, in sechs Blöcke aufgeteilt, und 72 Wochen im Betrieb.

Aber auch andere Formen sind denkbar, ohne von der 480-Jahresstunden-Regelung abzuweichen. Die Landesregierung ist für jeden konstruktiven Vorschlag offen, der einerseits den nötigen Berufsschulunterricht nicht vernachlässigt, andererseits aber auch die Betriebe zufriedenstellt.

Ich möchte insbesondere auf einige Forderungen des CDU-Antrages zur beruflichen Bildung eingehen, mit denen wir nicht übereinstimmen, so daß wir nicht zu einem gemeinsamen Antrag kommen können.

In vielen Gesprächen mit Handwerksmeistern und Innungsvertretern wird mir gesagt: Schafft den **zweiten Berufsschultag** ab! - Frau Volquartz hat übrigens ähnliche Gespräche geführt, und wir beide haben natürlich den gleichen Eindruck vermittelt bekommen. Ich meine aber, daß die CDU mit ihrem Antrag diesen Erpressungsversuch aufgegriffen hat, ohne zu akzeptieren, daß der vermehrte Berufsschulunterricht nicht gleichbedeutend mit einem zweiten Berufsschultag sein muß.

(Angelika Volquartz [CDU]: Wir haben keine Erpressung aufgenommen, wir haben die Realitäten aufgenommen!)

- Ich habe das als Erpressung empfunden.

Die im **CDU-Antrag** allgemein gehaltenen Ausführungen über den Zustand des dualen Systems teilen wir. Die aufgrund der Feststellung, daß sich die Ausbildungszeit im Betrieb verkürzt hat, gemachten Vorschläge können wir nicht beziehungsweise nur eingeschränkt akzeptieren.

Die Forderungen in den Punkten 2, 4 und 7 des CDU-Antrages sind nach meiner Auffassung überflüssig, da sie keineswegs neu sind und ihre

Umsetzung bereits in vollem Gange ist. Den ersten Vorschlag, den Berufsschulunterricht zwischen acht und zwölf Stunden wöchentlich je nach Beruf zu differenzieren, halte ich für kontraproduktiv. Das kommt zwar der Wirtschaft entgegen, wäre aber eine Abkehr von der Umsetzung des KMK-Beschlusses. Außerdem würde man sich damit von der Gleichsetzung der beruflichen und der allgemeinen Bildung verabschieden.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Im dritten Vorschlag wird gefordert, die wöchentliche Ausbildungszeit auf 40 Stunden zu erhöhen. Abgesehen davon, daß es in einigen Tarifverträgen, zum Beispiel bei den Tischlern, diese rückschrittliche Regelung bereits gibt, ist diese Forderung nicht vom Landtag zu beschließen, sondern eine Sache der Tarifpartner.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gleichzeitig soll der **Sportunterricht** abgeschafft werden beziehungsweise als Zusatzangebot kommen. Ich meine, daß diese Abschaffung gegen die Rahmenstundentafel, in der Sport ohnehin nur mit 0,6 Stunden enthalten ist, verstoßen würde.

(Beifall des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

Ich glaube auch nicht, daß die Jugendlichen freiwillig in der notwendigen Form am Sportunterricht teilnehmen würden. Außerdem leistet dieses Fach auch einen gewaltigen und gewichtigen Beitrag zur Gesunderhaltung der Jugendlichen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Kollege Rossmann kann das sicherlich viel besser erzählen. Die Jugendlichen klagen ohnehin schon häufig über Rückenschmerzen, weil sie, wie ich meine, zu wenig Sport treiben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb kürzen Sie auch den Sportunterricht!)

Den Punkt 5 des Antrages, nach dem **Leistungsschwächere** mit kürzeren Ausbildungsgängen beglückt werden sollen, halte

ich für widersinnig und nicht akzeptabel. In jeder Arbeitslosenstatistik können wir eindeutig erkennen, daß das Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, mit steigender beruflicher Qualifikation sinkt. Somit ist wohl jeder in diesem Hause mit mir einer Meinung, daß die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit eine qualitativ gute Berufsausbildung ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Ich behaupte sogar, daß eine anspruchsvolle und erfolgreich abgeschlossene berufliche Ausbildung ein entscheidender Teil der Persönlichkeitsentwicklung und Existenzsicherung junger Menschen ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Inzwischen liegt der Anteil der Abiturienten an den Lehrstellenbewerbern bundesweit bei 25 %. Die Forderung im CDU-Antrag nach besonderen Angeboten für **Leistungsstärkere** unterstütze ich durchaus; denn die in den Ausbildungsordnungen festgehaltenen Inhalte sind Mindestanforderungen, die sinnvoll ergänzt werden können. Die Zusatzqualifikationen müssen aber zusätzliche Angebote bleiben und dürfen sich nicht als Hemmnis für den allgemeinen Zugang zu Ausbildungsplätzen von durchschnittlich Begabten auswirken.

15 % der Jugendlichen finden entweder keinen Ausbildungsplatz oder erreichen keinen Abschluß. Es gibt immer wieder die Forderung, diesen Jugendlichen eine verkürzte und weniger theoretisch befrachtete Berufsausbildung zu ermöglichen. Die Forderung nach weiteren zweijährigen Ausbildungen - es gibt ja schon einige - für lernschwache oder sozial benachteiligte Jugendliche ist nur vordergründig im Interesse der Betroffenen, da dieser Personenkreis eigentlich eine besonders intensive praxisbezogene Ausbildung benötigt

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

und nicht zusätzlich zu den persönlichen Lernschwierigkeiten noch eine verkürzte Zeit zum Lernen bekommen darf.

Ich komme zum Schluß; meine Redezeit nähert sich dem Ende. Ich gehe noch einmal kurz auf unseren Antrag ein. Dieser hat ja in der Hauptsache Appellcharakter. Ich sage noch einmal ausdrücklich Dank dafür, daß es zu diesen Vereinbarungen mit der Landwirtschaftskammer, mit der IHK und so weiter gekommen ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Ich bedaure natürlich, daß es immer noch keinen Abschluß mit den Handwerkskammern gibt. Aber das liegt sicherlich nicht daran, daß man das nicht wollte.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:  
Natürlich! Sie haben sie nicht  
beteiligt!)

Um den Forderungen des Mittelstands gerecht zu werden, sei abschließend noch einmal gesagt: **Qualifizierte Ausbildung** rechnet sich immer noch. Jedem ausbildenden Betrieb muß klar sein, daß die mit gut ausgebildeten Fachkräften zu erzielenden Erträge höher sind als die Kosten der Ausbildung.

Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

(Zurufe der Abgeordneten Martin  
Kayenburg [CDU] und Wolfgang  
Kubicki [F.D.P.]

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluß.

**Helmut Jacobs [SPD]:**

Solche Anträge können nur Appellcharakter haben. Die Verbesserung der beruflichen Bildung ist zwar in unser aller Sinne, aber der Beitrag eines Landtages hierzu kann leider nur gering sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt nach der Besuchergruppe des Hermann-Tast-Gymnasiums aus Husum Mitglieder der Jungen Union aus Schleswig-Holstein und Tübingen.

(Beifall)

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will mein Manuskript hier schlicht vergessen und versuchen, auf das einzugehen, was hier zur Realität gesagt worden ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ganz was Neues!)

Die Realität sieht so aus, daß immer mehr Jugendliche direkt an die **Universitäten** gehen und keine **Ausbildung** mehr machen. Wir haben des weiteren die Situation, daß die Jugendlichen, die über entsprechende Qualifizierungsvoraussetzungen verfügen, zum größten Teil nur noch in den Dienstleistungsbereich oder in kaufmännische Berufe gehen. Es gibt nur noch wenig qualifizierte Auszubildende, die ins Handwerk und in die Produktion gehen. Das ist das Kernproblem.

Wir haben des weiteren die Situation, daß die Qualifikationsanforderungen in der Industrie, in den Betrieben und im Dienstleistungsbereich immer mehr wachsen. Um dem Rechnung tragen zu können, brauchen wir **qualifizierte Ausbildung** in diesen Bereichen.

Ich will ein Beispiel aus meinem eigenen Erfahrungsbereich erzählen. Die Datenverarbeitungskaufleute und Bürokaufleute, die wir ausgebildet haben, bekamen im Betrieb regelmäßig zusätzliche Schulausbildung, um die Programmiersprachen und das erforderliche Know-how zu erwerben, weil einfach die theoretische Berufsausbildung nicht ausreichend war.

Bei VW haben wir bereits die Situation, daß am Fließband, also dort, wo früher Facharbeiter standen, heute Ingenieure stehen, um die entsprechenden Roboter zu überwachen. Das ist das Problem.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Andererseits besteht die Situation, Frau Volquartz - ich habe darüber in den letzten Wochen und Monaten gerade mit dem Handwerk sehr viel geredet -, daß die guten Leute nicht mehr in die Handwerksbetriebe gehen. Dies hat zur Konsequenz, daß in den Handwerksbetrieben die Leute fehlen, die später einmal Meister werden, neue Betriebe gründen und die Zukunft der Handwerksbetriebe sichern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch! Sie reden einen Unsinn, das ist unglaublich!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Hentschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Volquartz?

(Günter Neugebauer [SPD]: Wenn das zur Sache beiträgt!)

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

**Angelika Volquartz** [CDU]: Herr Kollege Hentschel, bedeutet Ihre Aussage, daß keine guten Leute in die Handwerksbetriebe gehen, um dort eine Ausbildung zu machen, daß nur schlechte Leute dort in die Ausbildung gehen?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das mußte ja kommen!)

- Ich habe die Frage leider nicht verstanden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben auch sonst nichts verstanden!)

Wir brauchen gute Leute, die ins Handwerk gehen, um später Meister zu werden. Das heißt, wie müssen attraktive Angebote in den Bereichen schaffen. Das ist eine ganz entscheidende Voraussetzung dafür, daß die **Zukunft des Handwerks** gesichert wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten  
Angelika Volquartz [CDU])

(Beifall der Abgeordneten Angelika  
Volquartz [CDU])

Wir brauchen andererseits **Differenzierungen** - da stimme ich mit Ihnen durchaus überein -, durch die wir auch den Jugendlichen, denen das Lernen schwerer fällt, eine gute Chance bieten, eine **vollständige Ausbildung** abzuschließen.

Deswegen ist es außerordentlich wichtig, daß gerade für Frauen - dies gilt im übrigen auch für Kinder von Einwandererfamilien - attraktivere Möglichkeiten geschaffen werden, damit die guten Leute in die Ausbildungsbereiche kommen, in denen wir sie brauchen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, CDU und F.D.P.)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, CDU und F.D.P.)

Diese Differenzierungen brauchen nicht darin zu bestehen, daß die Jugendlichen weniger Ausbildung bekommen; vielmehr müssen sie darin bestehen, daß die Jugendlichen eine adäquate Ausbildung erhalten und daß die Betriebe, wenn sie lernschwache Jugendliche ausbilden, dabei unterstützt werden.

damit nicht praktisch alle auf den weniger werdenden Arbeitsplätzen, wo eben nicht so hohe Anforderungen gestellt werden, sozusagen zusammenkommen und sich der Konkurrenzkampf dort verschärft. Wir müssen Angebote machen, die allen gerecht sind. Das heißt nicht das Ausbildungsniveau senken, die Zahl der Stunden senken, sondern das heißt, daß insgesamt die Ausbildung qualitativ den notwendigen Anforderungen gerecht werden und weiterentwickelt werden muß.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, CDU und F.D.P.)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, SPD und vereinzelt bei  
der CDU - Meinhard Füllner [CDU]:  
Dann machen wir doch einen  
gemeinsamen Antrag!)

Was den **zweiten Berufsschultag** betrifft, so ist ja schon hinreichend beschrieben worden, daß man durch Blockunterricht und andere Möglichkeiten gewährleisten kann, daß die Jugendlichen in ausreichendem Umfang im Betrieb sind und dort integriert werden. Ich glaube, es muß auch darüber nachgedacht werden, wie die Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Schulen verbessert werden kann, um die praxisorientierte Ausbildung weiterzuentwickeln.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Klug.

Wenn wir beim Handwerk - ich sage einmal - eine Negativauslese haben, dann ist natürlich klar, daß das **Handwerk** darüber klagt, daß seine Auszubildenden heute nicht mehr die Qualität haben wie vor 20, 30 Jahren. Das liegt aber nicht an der Schule, sondern an der **Negativauswahl**, die zur Zeit stattfindet und der nur durch attraktivere Angebote entgegengewirkt werden kann.

**Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, das war in der Tat, jedenfalls in weiten Teilen, die vernünftigste Rede, die bisher ein grüner Abgeordneter in diesem Hohen Hause gehalten hat.

(Beifall der Abgeordneten Angelika  
Volquartz [CDU])

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Lassen Sie mich zum Schluß noch folgendes sagen: Wir haben die Situation, daß viele **Frauen** unter ihrer Qualifikation und ihren Möglichkeiten ausgebildet und eingesetzt werden.

Die **Weiterentwicklung der Berufsschulen** muß im Einvernehmen mit den ausbildenden Betrieben vorangebracht werden, damit die Ausbildungsbereitschaft nicht nachläßt. Die beruflichen Schulen müssen sich in Zukunft stärker als bisher auf unterschiedliche Bildungsvoraussetzungen ihrer Schüler einstellen. Nur so können zum Beispiel Auszubildende mit

einem Hauptschulabschluß die ihnen gemäß Förderung erhalten und mit Erfolg die für viele Berufe, etwa im Handwerk, benötigte berufliche Bildung erwerben. In der Ausbildung im dualen System ist generell auf eine stärkere Differenzierung der Bildungsangebote hinzuwirken.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es darf nicht dazu kommen, daß eine generelle **Professionalisierung** von Beschäftigungsbereichen, verbunden mit immer höheren Anforderungen, einer wachsenden Zahl junger Menschen den Weg zur Berufstätigkeit de facto versperrt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Soweit - abgesehen von meiner Vorbemerkung zu Herrn Hentschel - alles Zitate aus dem im letzten Jahr beschlossenen F.D.P.-Programm. Sie sehen an den Übereinstimmungen mit vielen Aussagen in dem Antrag von Frau Röper, aber auch in der **Übereinstimmung** mit manchen Äußerungen, die Herr Hentschel hier vorgetragen hat, daß wir doch in der Sache relativ nahe beieinander sind. Viele Gedanken, die wir zur beruflichen Bildung in unserem Programm formuliert haben, decken sich mit den hier von den anderen Fraktionen dargelegten Positionen.

Angesichts zunehmender Probleme bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, aber auch vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Anforderungsprofile der ausbildenden Betriebe ist es meines Erachtens an der Zeit, bei der Weiterentwicklung der beruflichen Bildung verstärkt über flexible Formen der Umsetzung nachzudenken. Das bedeutet nicht etwa eine generelle Reduzierung des Berufsschulunterrichts, wohl aber eine mit der ausbildenden Wirtschaft gemeinsam abgestimmte Weiterentwicklung des schulischen Teils der beruflichen Bildung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die 480 Jahresstunden der KMK-Vereinbarung sollten dabei ein wichtiger Eckwert, aber kein Fetisch sein. In der Praxis mag sich zeigen, daß Lösungen auch unterhalb dieses Richtwerts sinnvoll sein können, beispielsweise um die Ausbildungsbereitschaft der Berufe zu erhalten oder um für lernschwächere Jugendliche neue

Ausbildungsqualifikationen unterhalb der bisherigen Gesellenprüfung zu ermöglichen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Diese neuartigen Qualifikationen kann man sehr wohl auch so gestalten, wie Sie, Herr Jacobs, es in Ihrem Antrag formuliert haben, nämlich in Form von **Teilqualifikationen**, die dann nach erfolgreicher beruflicher Tätigkeit in der Praxis quasi aufgestockt werden können. Warum kann man eine solche neuartige zusätzliche Form der beruflichen Qualifikation unterhalb der bisherigen Gesellenprüfung dann nicht auch innerhalb von zwei Jahren erwerben?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Weshalb muß man in diesem Zusammenhang unbedingt drei Jahre als absolutes Muß formulieren? Der Bereich der beruflichen Bildung im dualen System ist so vielgestaltig und differenziert, daß man hier meines Erachtens wirklich nicht Lösungen nach Schema F wählen kann, sondern man muß sehr punktgenau die einzelnen Anforderungen der einzelnen Ausbildungsberufe und der einzelnen Zweige der Wirtschaft berücksichtigen.

Das 10. Jugendparlament hat kürzlich einen Beschluß zur beruflichen Bildung gefaßt, der in diesem Zusammenhang auch nicht unerwähnt bleiben sollte. Eine zentrale Forderung dieses Beschlusses des Jugendparlaments lautet, die **Ausbildungsbereitschaft der Betriebe** müsse gestärkt werden. Genau dies ist auch die Auffassung der F.D.P. Im einzelnen fordert das Jugendparlament dann, den **Berufsschulunterricht** von ausbildungsfremden Inhalten zu entrümpeln. Genannt wird in diesem Zusammenhang speziell der **Sportunterricht**. Ich halte in diesem Punkt allerdings die Auffassung des Jugendparlaments nicht für sinnvoll. Auch aus Gründen der Gesundheitsvorsorge halte ich es für problematisch, den Sportunterricht aus dem Berufsschulunterricht zu entfernen.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.], Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Helmut Jacobs [SPD])

Besser wäre da eine Lösung, wie sie in Punkt 3 des CDU-Antrags formuliert ist, das heißt Sportunterricht als Zusatzunterricht ohne Anrechnung auf die Gesamtzeit.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:  
Was heißt das denn?)

Die beiden anderen Forderungen des Jugendparlaments kann ich dagegen voll unterstützen, nämlich zweitens die Forderung einer stärkeren Orientierung des Berufsschulunterrichts an den **Bedürfnissen der ausbildenden Betriebe** und drittens die Forderung, den Berufsschulunterricht zeitlich so zu organisieren, daß er sich nicht betriebsschädigend auswirkt.

Zu diesem zweiten Punkt gehört ein weiteres wichtiges Thema, die Frage nach der technischen Ausstattung und den Inhalten des Berufsschulunterrichts. Hier hinkt der staatliche Dualpartner tatsächlich oft unter den Anforderungen moderner Ausbildungsberufe weit hinterher. Herr Jacobs, hier muß ich Ihnen widersprechen, wenn Sie sagen, daß der Landtag im Bereich der beruflichen Bildung wenig tun könne. Er kann eine ganze Menge tun durch **Bereitstellung von Ressourcen** und durch **Modernisierung der Ausstattung** von beruflichen Schulen. Denn es hat natürlich überhaupt keinen Sinn, stur auf dem Absitzen von 480 Jahresstunden in der Berufsschule zu beharren, wenn sich diese in ihren Inhalten und in ihrer technischen Ausstattung auf dem Stand von anno Tobak befinden. In manchen Bereichen der beruflichen Schulen haben wir Uralt-PCs mit einer veralteten Software. Da hinkt der Unterricht in der Berufsschule so weit hinter der Entwicklung in modernen Ausbildungsberufen hinterher, daß sich hier wirklich die Sinnfrage eines solchen Berufsschulunterrichts konkret stellt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Sinnfrage eines um allgemeinbildende Inhalte ausgeweiteten Berufsschulunterrichts stellt sich natürlich auch da, wo überwiegend Abiturienten oder junge Leute mit Fachhochschulreife diese Ausbildungsberufe in Anspruch nehmen.

(Sabine Schröder [SPD]: Die haben  
aber eine verkürzte Ausbildung!)

In diesen Fällen - darauf hat etwa die Steuerberaterkammer ausdrücklich hingewiesen - ist es aus der Sicht der ausbildenden Betriebe nicht sinnvoll, den Deutschunterricht oder den Englischunterricht so in erweiterter Form vorzusehen, wie das von der Regierung beabsichtigt wird. Auf der anderen Seite gibt es Ausbildungsberufe - ich nenne das Beispiel der Rechtsanwalt- und Notargehilfen in Kiel -, wo es in einem Berufsschuljahr keinen EDV-Unterricht und in einem anderen Berufsschuljahr keinen Deutschunterricht gibt. Hier ist es doch einfach sinnvoll, die Ressourcen so zu verteilen, daß die in den jeweiligen Ausbildungsberufen bestehenden Anforderungen auch wirklich erfüllt werden, anstatt starr nach einem Schema alles zentral vorzugeben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nicht selten hört man auch in Gesprächen mit Auszubildenden, daß der **Lernstoff in der Berufsschule** überhaupt nichts mit der im Betrieb erlebten **Berufspraxis** zu tun hat, auch nicht im berufsfachlichen Teil. Auch hier gilt es, in einem engen Dialog zwischen dem staatlichen Dualpartner auf der einen Seite - und für die Berufsschule ist nun einmal das Kultusministerium zuständig - und der ausbildenden Wirtschaft auf der anderen Seite solche Defizite rasch abzustellen. Das heißt, die Curricula der berufsbildenden Schulen müssen so modernisiert werden, daß sie aktuellen Anforderungen von Ausbildungsberufen auch wirklich entsprechen.

Glücklicherweise gibt es die geschilderten Defizite nicht überall, aber gerade was die veraltete technische Ausstattung betrifft, von der ich gesprochen habe, gibt es immer mehr Beispiele im Lande dafür, daß die Berufsschule in ein Hintertreffen gerät. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die SPD-Landesregierung vor drei Jahren, 1993, das bis dahin bestehende Technologieprogramm für die Modernisierung der beruflichen Schulen, für die Ausstattung mit moderner Technik aus Einsparungsgründen auf Null heruntergefahren hat und die Schulträger seither mit der Aufgabe alleingelassen sind, ihre Berufsschulen vernünftig mit modernen Apparaten und Einrichtungen auszustatten. Die Kommunen sind nicht in der Lage, diese Aufgabe allein zu bewältigen. Folge ist, daß die berufliche Schule in ihrer technischen Ausstattung von Jahr zu Jahr immer weiter veraltet.

Hier gilt es die Defizite durch eine konsequente Modernisierung der beruflichen Bildung, das heißt auch Ausstattung der berufsbildenden Schulen, aufzuarbeiten. Das ist die zentrale Aufgabe, die ich für den Landtag in diesem Bereich sehe. Von dorthin können Sie sehr viel tun. Als Mitglied einer Regierungsfraktion haben Sie da natürlich ganz andere Möglichkeiten, auch konkret etwas zu bewegen, als wir aus der Opposition heraus.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den ersten Blick fand ich den CDU-Antrag gar nicht einmal so schlecht.

(Ursula Röper [CDU]: Und auf den zweiten?)

- Da fing ich an, mich zu wundern, und zuletzt war ich auch einigmaßen enttäuscht.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Ich frage mich nämlich, wie sich der Anspruch der CDU, die Partei des Fortschritts zu sein - das wird von Ihnen ja immer wieder in Anspruch genommen -, mit solch einem Antrag verträgt; denn immer, wenn wir hier im Landtag wirtschaftliche Entwicklung, technologische Entwicklung diskutieren, sagen Sie doch, daß Sie wüßten, wo es längsgehe. Aber das, was Sie mit Ihrem Antrag erreichen, ist doch die Schaffung schlechter qualifizierter Arbeitskräfte.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Antrag soll einerseits nicht von einer starren Unterrichtszahl ausgegangen werden, andererseits wollen Sie dann zwischen acht und zwölf Wochenstunden beibehalten. Richtig ist, daß an der **Umsetzung des zweiten Berufsschultages** gearbeitet werden muß. Darin sind sich ja auch alle einig. Das ist ja kein Streitpunkt.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:  
Das ist eine Geisterdiskussion!)

- Richtig.

Richtig ist auch, daß **flexible Lösungen** geschaffen werden müssen, Lösungen die dann auch für das Handwerk akzeptabel sind. Alles das ist unstrittig. Richtig ist aber auch, daß die Prüfungen ein klares Bild der Wirklichkeit widerspiegeln müssen. Die Schwierigkeiten liegen nicht im praktischen, sondern im theoretischen Bereich, wenn man sich die Ausbildungsmöglichkeiten oder die Abschlüsse im Handwerk anguckt. Das theoretische Defizit muß also ausgeglichen werden.

Das erreicht man nicht, wenn man den Berufsschulunterricht verkürzt oder wenn man den theoretischen Teil zusammenstreicht.

(Beifall bei der SPD)

Das Schlimmste aus der Sicht der SSW ist der Punkt 5 des Antrages, in dem es um die **Leistungsschwächeren** geht. Da könnte man ja eigentlich einmal das Problem auf den Kopf stellen: Wieso soll man eigentlich junge Menschen mit Lernschwierigkeiten in noch kürzerer Zeit abfertigen?

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Das kann doch nicht der richtige Ansatz sein. Wir müssen doch den Tatsachen Rechnung tragen. Tatsache ist, Frau Volquartz, daß die Anforderungen in den Ausbildungsberufen immer höher werden.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Schauen Sie sich doch einmal die Situation im Baugewerbe an. Handlangerjobs gibt es dort heute gar nicht mehr. Heute wird ein Ausbildungsabschluß verlangt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Stimmt doch gar nicht!)

Mit diesem Punkt des Antrages würden Sie nicht ausgebildete Werkerinnen und Werker schaffen; die Karriere solcher Menschen ohne Ausbildung wäre vorgezeichnet. Die werden später mit ziemlicher Sicherheit zu den Langzeitarbeitslosen gehören.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ein Quatsch!)

Das schadet nicht nur den Betroffenen, es ist auch volkswirtschaftlich verantwortungslos.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wovon reden Sie denn?)

Wenn wir etwas Sinnvolles für die Leistungsschwächeren tun wollen, dann müssen wir ihre Ausbildungszeit entweder verlängern oder eine Alternative schaffen,

(Widerspruch bei der CDU)

einen Ausbildungsabschluß, eine unterhalb des Gesellenbriefes angesiedelte Zertifizierung einführen. Das ist aber etwas ganz anderes.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU  
- Martin Kayenburg [CDU]: Genau das steht darin! Sie müssen das lesen!)

Gerade für ungelernete Hilfskräfte - lassen Sie mich doch einmal ausreden! - wäre es wichtig, eine solche Möglichkeit der Fortbildung und der Zusatzqualifizierung zu schaffen. Wir wollen also keine **Gesellenprüfung zweiter Klasse**;

(Beifall bei der SPD)

wir wollen keine erste und zweite Stufe in der Gesellenprüfung. Wir wollen für Leistungsschwächere etwas anderes schaffen, eine neue Möglichkeit schaffen, sich weiterzuqualifizieren.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das steht doch darin! - Angelika Volquartz [CDU]: Ja, steht doch darin!)

Inhaltlich - das muß ich jetzt auch sagen - können wir dem vorgelegten Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen. Dieser Antrag ist klar als Reaktion auf den CDU-Antrag

zustande gekommen. Das ist natürlich ein bißchen ärgerlich.

Die Entwicklung geht heute nun einmal dahin, daß **Arbeitskräfte** nur Arbeit bekommen, wenn sie eine **qualifizierte Ausbildung** nachweisen können. Deshalb ist es unserer Meinung nach wichtig, daß wir nicht unter Zeitdruck vorgehen. Das meinte ich mit meiner Aussage, daß Ihr Antrag als Reaktion auf den CDU-Antrag zustande gekommen sei. Ich bitte also darum, daß wir uns gemeinsam mit diesem Problem der dualen Ausbildung beschäftigen. Das wurde hier ja auch schon gesagt.

Es geht darum, jetzt wirklich zu einer Reformlösung zu kommen, nicht zu einem Flickenteppich. Wir meinen, daß sich das **duale System** gut bewährt hat, daß es aber reformbedürftig ist, weil es von innen ausgehöhlt wird. Es gibt so viele Probleme, die zusammen mit den Betrieben, mit der Wirtschaft, aber auch mit dem Bildungsministerium und dem Landtag gelöst werden müssen. Deshalb begrüße ich es, daß über diese Anträge im Ausschuß weiter debattiert werden soll. Ich hoffe, daß wir dann auch gemeinsam ein Stück vorankommen werden.

(Beifall bei SSW und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Frau Ministerin Böhrk das Wort.

**Gisela Böhrk**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Ich denke, es ist richtig, uns zu vergegenwärtigen, in welchem Umfeld die gegenwärtig wieder aufgeflamte Debatte um die berufliche Bildung stattfindet. Im Januar 1995 haben die **Arbeitgeber** vollmundig dem **Bundeskanzler** versprochen, 10 % mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Im Sommer 1996 wurde deutlich, daß die Arbeitgeber diese Zusage nicht erfüllen würden. Der Bundeskanzler - ausweislich aller Meldungen - schimpfte dann im August dieses Jahres auf die Arbeitgeber, wütete darüber, drohte damit, daß er sie nicht mehr mitnehmen wolle auf Reisen und sonstiges. Er sagte, daß es falsch sei, kurzfristiges Kostendenken längerfristigen volkswirtschaftlichen Überlegungen voranzustellen.

Dann haben wir im Oktober mit dem Bundesparteitag der CDU den opportunistischen Schwenk erlebt. Die CDU - Rüttgers an der Spitze - fordert nun, daß die Lehre an den Bedürfnissen der Betriebe orientiert werden müsse und daß eben nicht mehr das gelte, was vorher der Kanzler Kohl gefordert hat, nämlich kurzfristiges Kostendenken nicht in den Vordergrund zu stellen. Wir haben es also damit zu tun, daß die Bundesregierung dabei ist, den Arbeitgebern bei ihrem Herausreden aus dem Vertrauensbruch zu helfen

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

und insgesamt faktisch einem Bildungsabbau in der beruflichen Bildung Vorschub zu leisten; denn das ist das Ergebnis.

(Beifall bei der SPD)

Wer - wie die CDU das getan hat - den **zweiten Berufsschultag** in Frage stellt und wer hier im Landtag sagt, daß das differenziert gemeint sei, an Richtlinien, Eckpunkten festzumachen sei, der macht deutlich, daß er einem Bildungsabbau im dualen System Vorschub leisten will, jedenfalls ihm nicht entgentreten will.

Ich halte eine solche Argumentation, eine solche Position nicht nur im Sinne der **Zukunftschancen** der **jungen Generation** für verfehlt, sondern auch im Sinne der Zukunftschancen des **Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein** und des **Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland** überhaupt für verfehlt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Bildungsabbau, weniger Bildung kann nicht die Antwort sein auf den stärker werdenden Konkurrenzdruck in Zeiten der Globalisierung.

Wir müssen vielmehr erreichen, daß die berufliche Bildung, die duale Bildung, die wachsenden Anforderungen, die gestellt werden, erfüllt und daß wir für diejenigen, die mit diesen wachsenden Anforderungen nicht mehr Schritt halten können, die nicht so lernstark sind, die Möglichkeit schaffen, über die Anerkennung von **Teilqualifikationen**, auf die sie weiter aufbauen

können, voranzukommen, so daß sie keinen Ausbildungsabbruch haben,

(Demonstrativer Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

sondern daß sie auch dann, wenn sie sich zunächst kürzer ausbilden lassen, darauf aufbauen können.

(Demonstrativer Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Die Zukunftschancen der Generationen - ich wiederhole das - sind nicht durch eine Schmalspurausbildung zu sichern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine **hochwertige Ausbildung**. Hochwertige Dienstleistungsberufe gehen nicht mit weniger Ausbildung. Ich bin sehr dankbar, daß die Betriebe in Schleswig-Holstein ihre Ausbildungsanstrengungen nicht zurückgefahren haben, sondern ihre Ausbildungsleistungen durchaus konstant halten.

Also nein zum Bildungsabbau, aber ja - das haben wir eingeleitet - zur optimalen und flexiblen Organisation der beruflichen Bildung. Es geht nicht, mehr **Qualifikation** in weniger Zeit zu schaffen, sondern es geht darum, daß wir die **Qualifikationsphasen** so organisieren, daß sie die Betriebe möglichst wenig belasten. Wir haben mit dem Wirtschaftsverband Handwerk, wir haben mit den Industrie- und Handelskammern, wir haben mit der Landwirtschaftskammer eine solche Vereinbarung abgeschlossen. Durchschnittlich 480 Stunden je Ausbildungsjahr, 12 Stunden Berufschulunterricht je Woche - daran halten wir fest.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:  
Sehr gut!)

Gerade weil wir eine bundesweite Debatte über dieses Thema haben, möchte ich folgendes hervorheben: Die Qualifikation, die über die Ausbildung vermittelt wird, muß über die Anforderungen des einzelnen Arbeitsplatzes hinausgehen. Gerade in Zeiten, in denen wir eine so schnelle technologische Veränderung haben, wie wir sie derzeit erleben - und das Tempo der

technologischen Veränderung wird zunehmen -, geht es schlichtweg nicht, in engen Fachbereichen auszubilden oder etwa auf einen bestimmten Arbeitsplatz hin auszubilden; wir brauchen vielmehr eine **breite Ausbildung**.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Wir brauchen weiter die **Gleichrangigkeit von Betrieb und Berufsschule**. Wir brauchen weiter - das sage ich auch in Anbetracht der bundespolitischen Diskussion, die derzeit läuft, mit der Intention, den Arbeitgebern entgegenzukommen - das Konsensprinzip zwischen Arbeitgebervertretung und Arbeitnehmervertretung in der beruflichen Bildung

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

und keine kurzfristigen und kurzsichtigen Eingriffe von seiten der Bundesregierung, wenn es gerade in den Kram paßt. Das schadet den jungen Leuten, und das schadet dem Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Die hohe Qualität der dualen Berufsausbildung wird immer wieder in Sonntagsreden oder - welchen Tag haben wir heute? - Freitagsreden hervorgehoben. Sie darf - ich wiederhole mich - nicht kurzfristigen Kostengesichtspunkten geopfert werden, weil wir dann die Leistungsfähigkeit und die Konkurrenzfähigkeit der gesamten Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Frage stellen.

In Anbetracht der Notwendigkeit, berufliche Bildung ständig zu modernisieren, haben wir als **Landesregierung** bereits vor Jahren angefangen, die berufliche Bildung zu modernisieren, ihre Attraktivität zu steigern. Wir haben in der Kultusministerkonferenz - weil es notwendig ist, zwischen den Ländern eine Einigung herbeizuführen, um nicht Wettbewerbsnachteile zwischen den Ländern zu produzieren - neue Diskussionsvorschläge zur Weiterentwicklung des dualen Systems der Berufsausbildung in Gang gesetzt. Es ist unser Ziel, neue Wege zu finden, die das duale System leistungsfähig erhalten und es den Betrieben erleichtern, Ausbildungsplätze bereitzustellen. Dazu gehört auch ein Konzept, das

den leistungsschwächeren Jugendlichen im Rahmen vorhandener Berufsbilder durch Anerkennung von Teilqualifikationen eine berufliche Perspektive ermöglicht,

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

die bei einem entsprechenden beruflichen Tätigkeitsnachweis zu einer Vollqualifizierung führt, wie es im SPD-Antrag gefordert wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich will deutlich machen, daß die neuen Anforderungen an berufliche Bildung, die bis zum **Qualitätsmanagement** gehen, Anforderungen, die die Auszubildenden erfüllen müssen, nicht mit weniger Theorie geleistet werden können und daß es dabei sicherlich nicht zu vermeiden ist, daß die jungen Leute im Betrieb weniger anwesend sind. Ich halte es da mit einem Volkswirt aus den Handwerkskammern, der bei dem kürzlich durchgeführten Berufsbildungstag in Berlin deutlich gemacht hat, daß die Betriebe das Opfer bringen müssen, daß die Jugendlichen wegen einer optimalen Ausbildung weniger im Betrieb anwesend sind, weil sie - was wir ja in Schleswig-Holstein kennen - überbetriebliche Ausbildungsstätten besuchen, um eine breitere Ausbildung zu bekommen als in ihrem Betrieb.

Diese Ausbildungsteile sind wichtig, damit wir kompetente Arbeitnehmer haben, die sich den zukünftigen Herausforderungen gewachsen fühlen können. Deshalb brauchen wir eine Ausbildung, die berufliche und betriebliche Bildung in gleicher Weise sichert und weiterentwickelt. Wir brauchen Wege, die auch denjenigen Abschlüsse ermöglicht, die die theoretischen Anforderungen nicht im gleichen Umfang erfüllen können - nicht im Sinne einer Werkerausbildung, wie sie früher diskutiert worden ist, sondern im Sinne einer Teilqualifizierung und -zertifizierung, die Aufbau ermöglicht.

(Beifall bei der SPD)

Mir ist diese Angelegenheit deswegen so ernst, weil wir die duale Bildung und den **Qualitätsstandard** durch das sachte Anbohren nicht in Frage stellen dürfen.

Wenn wir uns die Zahlen der jugendlichen Arbeitslosen angucken, stellen wir fest, daß Österreich und die Bundesrepublik Deutschland weit, weit an der Spitze stehen und es hier im Verhältnis zu allen anderen europäischen und außereuropäischen Ländern am wenigsten arbeitslose Jugendliche gibt. In Österreich ist genau wie in der Bundesrepublik Deutschland die duale Ausbildung das vorherrschende Ausbildungsinstrument für die jungen Leute.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Es hat also auch eine Auswirkung auf die Arbeitsmarktsituation. Deswegen appelliere ich an Sie, diesen Aspekt in Zeiten, in denen die Zahl der Arbeitsplätze ja nicht zunimmt, sondern wir erhebliche Arbeitsplatzprobleme haben, mit zu berücksichtigen, die duale Ausbildung weiterzuqualifizieren, die Bildung aber nicht abzubauen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abgeordneter Kayenburg.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Böhrk, Ihre Angriffe gegen den Bundeskanzler und die Wirtschaft waren völlig unberechtigt, Ihre Analyse falsch und Ihre Darstellung von Unkenntnis getrübt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nachdem Sie die Verantwortung für die **berufliche Bildung in Schleswig-Holstein** übernommen haben, ist das ein schwarzer Tag für die berufliche Bildung. Bestimmt hat Ihre Rede keinen Anreiz gegeben, zukünftig zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Für Minister!)

Wenn ich die Zwischenrufe von Herrn Rossmann und die Ausführungen von Herrn Jacobs wertere, weiß man, wo die Position der SPD insgesamt ist. Herr Jacobs, wenn man an die Äußerungen der Betriebe und des Handwerks mit der Bemerkung herangeht, die Handwerkerschaft mäkele, oder von „Erpressungsversuchen“ spricht, sieht man, wo Ihre Dialogbereitschaft ist und in welcher Form Sie sich des ernstesten Themas annehmen wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie sind nicht dialogbereit. Sie wollen ideologische Grundpositionen durchsetzen und sonst gar nichts. Das macht auch der Zwischenruf von Herrn Rossmann deutlich, der gesagt hat, man solle doch bei den „Schwarzen“ lesen, und von Geisterdiskussionen redet. Wer so zwischenruft, will polarisieren, der will keine Lösung des ernstesten Problems, Herr Rossmann.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie unseren Antrag einmal genau angeschaut hätten, hätten Sie bemerkt, daß es überhaupt nicht um Bildungsabbau geht, sondern um Anpassung von **Bildung** an die **Bedürfnisse** der Jugendlichen und an die **Kompetenzen** und **Fähigkeiten** der Jugendlichen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen für **Schwachbegabte** eine entsprechende Ausbildung schaffen, und wir wollen für **Hochbegabte** auch mehr Unterricht, wenn es denn sein muß, aber wir wollen nicht mit dem Rasenmäher über Jugendliche hinweggehen, mit denen wir in den Betrieben erhebliche Probleme haben.

Herr Jacobs, Sie als Berufsschullehrer sollten es doch besser wissen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Der ist Berufsschullehrer? Das kann doch gar nicht angehen!)

- Natürlich ist er Berufsschullehrer. Vor diesem Hintergrund muß man seinen Beitrag einmal werten!

Ich weiß, wie es mit der Ausbildung aussieht. Ich bin Ausbilder, und zwar nicht nur einer, der die

Verantwortung trägt, sondern der sie selbst durchzuführen hat. Alles, was hier hinsichtlich der Fähigkeit der Jugendlichen kritisiert wurde, ist richtig. Die Schule, die Berufsschule und die Betriebe dürfen nicht der Reparaturbetrieb für die Fehler der Elternhäuser und der Vorschulen sein. Darum geht es.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen - da haben wir eine gemeinsame Verantwortung - dafür sorgen, daß sich unsere Jugendlichen - Sie selbst haben ja von falschen Vorstellungen vom beruflichen Alltag gesprochen - wieder mit der Realität im Lande auseinandersetzen. Wir müssen klarmachen, daß es ohne Arbeit nicht geht, und die Null-Bock-Mentalität, die schon bei den Einstellungsgesprächen zum Ausdruck kommt, durchbrechen.

Da liegt unsere Verantwortung. Vor diesem Hintergrund ist auch das, was Herr Hentschel hier gesagt hat, in manchen Punkten durchaus positiv zu sehen.

Wenn Sie einmal in die Berufsschulen hineinschauen, dann erkennen Sie doch, was mit den 480 Stunden passiert. Man unterläuft sie doch. Es wird eben kein Religionsunterricht, kein Sportunterricht gegeben. Weil man aber zusätzlichen Fachunterricht nicht erteilen darf - was tut man dann? Es wird sogenannter Stützunterricht gegeben, mit dem die Vorgaben des Ministeriums unterlaufen werden, Stützunterricht, um den normalen Fachunterricht zu ergänzen.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie dies sehen, dann wird Ihnen - so nehme ich an - sehr deutlich werden, daß unser Antrag in die richtige Richtung geht und daß wir es nur auf diese Weise schaffen werden, zukünftig für die Wirtschaft und für den Standort Schleswig-Holstein so gut ausgebildete Jugendliche zu bekommen, die in der Lage sind, den Lebensunterhalt für sich selbst und für andere zu verdienen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält Herr Abgeordneter Dr. Rossmann das Wort.

**Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kayenburg, Sie haben hier schweres Kaliber aufgefahren; deshalb einige Bemerkungen dazu!

Der erste Punkt: Eine zentrale Stoßrichtung der CDU-Initiative gegen den **zweiten Berufsschultag** beziehungsweise gegen die 480 Jahreswochenstunden haben Sie mit der Unterstellung verbunden, in Schleswig-Holstein gebe es nicht ein intensives Bemühen aller Beteiligten um flexible, kooperative Lösungen.

(Beifall bei der SPD)

Schon diese Unterstellung geht an der Wirklichkeit vorbei, wie man schnell ermitteln könnte, wenn man denn nur lesen würde, und zwar das Dokument, das am 21. August von Herrn Karpfen, Herrn Jochemsen für die Landwirtschaftskammer und von Herrn Asche für die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein unterzeichnet worden ist, in dem ganz flexible Lösungen für die Gestaltung der 480 Jahreswochenstunden Punkt für Punkt erarbeitet und aufgeführt worden sind. Wenn Sie jetzt aber immer vom Handwerk reden, dann darf ich Ihnen das Dokument zur Lektüre empfehlen, das am 3. Juli von Herrn Karpfen und am 6. Juli vom Wirtschaftsverband Handwerk in Schleswig-Holstein, dem Präsidenten Vogler und dem Hauptgeschäftsführer Schütt, unterschrieben worden ist

(Martin Kayenburg [CDU]: Welches Jahr denn?)

- beides 1996 - in dem in genau der gleichen Art sehr konstruktiv flexible Umsetzungsvorschläge für die 480 Jahreswochenstunden in die Diskussion gebracht worden sind.

Ich finde es einfach ein bißchen unter dem parlamentarischen Niveau, hier zu schwätzen, aber solche Dokumente nicht zu kennen und statt dessen so zu tun, als müsse das alles noch kommen, obgleich die entsprechenden Dokumente im

Konsens der wichtigsten Beteiligten bereits vorliegen und es unsere und Ihre Aufgabe wäre, für die Umsetzung dieser Dokumente mit zu werben.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt doch fortschrittliche Teile in der Wirtschaft, bei den Betrieben, bei den Verbänden, und diese fortschrittlichen Teile sollten sich doch auch zusammenschließen und bei anderen, die ängstlich oder reaktionär sind, im Interesse der Ausbildung dafür werben. Darauf war mein Hinweis bezogen, man könnte ja zunächst einmal lesen, bevor man hier irgend etwas in die Welt setzt.

Der zweite Punkt: Ich finde den Hinweis der Ministerin sehr wichtig, die noch einmal den Kern der Stärke des dualen Ausbildungssystems in Deutschland hervorgehoben hat; das ist die **Breite der Ausbildung**, das breite Fundament. Da gibt es natürlich eine Weichenstellung: Gehen wir in Deutschland jetzt den Weg hin zu mehr und mehr nur betrieblicher Ausbildung - sei es modisch verpackt in Form von Modulen, oder sei es knallhart in dem Sinne, daß ich nur ausbilden will, was ich für meinen Betrieb als Richtschnur für die Zukunft brauche -, oder bleiben wir bei dem, was deutsches Facharbeitertum, was deutsche Wirtschaft mit stark gemacht hat - das ist das breite Fundament, das ist die breit angelegte Ausbildung?

An dieser Stelle möchten wir als Sozialdemokratie intensiv für die Breite der Ausbildung werben. Zumindest eine Information möchte ich an dieser Stelle einbringen. Mancher kann ja vielleicht auch nicht wissen, was zwölf Stunden Berufsschulunterricht eigentlich bedeuten. Das sind sechs Stunden Fachkunde und Technologie, eine Stunde Betriebswirtschaft, eine Stunde Gemeinschaftskunde, zwei Stunden berufsbezogener Unterricht, 1,4 Stunden Fremdsprachen und Kommunikation und 0,6 Stunden Sport.

Was zum Sport zu sagen ist, hat Herr Kollege Klug gesagt; nur muß er wissen: Wenn das freiwillig hinzukommt, dann muß man daran denken, daß auch die jungen Männer bei der Bundeswehr nicht alle den Klimmzug machen können, den wir von ihnen eigentlich erwarten müssen - um es in ein Bild zu kleiden. Wer will denn auf Sprachen verzichten, nachdem Europa zusammenwächst? Sollen die Wirtschaftsdaten zusammenwachsen,

oder soll Europa auch von der **Qualifikation der Beschäftigten** her zusammenwachsen können?

(Beifall bei der SPD)

Und in bezug auf den dritten Bereich ist zu sagen: Betriebs- und fachbezogener Unterricht wird ja ausgeweitet.

Ich komme zum Schluß. Ich denke, ein Gedanke sollte hier auch noch etwas intensiver verfolgt werden, weil es mich manchmal wundert, wie schnell wir uns vom Konsensprinzip in der beruflichen Bildung verabschieden. In dem Antrag der CDU-Fraktion liest sich das dann so, daß nur noch die Wirtschaft aufgefordert wird, dies oder jenes zu entwickeln. Wir haben, bitte sehr, das **Konsensprinzip** bei der Festlegung von Ausbildungsordnungen, und dieses Konsensprinzip ist gut, -

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

**Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:**

- weil es die Arbeitnehmer in die Verantwortung einbezieht und weil es dafür sorgt, daß die Breite der Ausbildung gesichert bleibt. Achten wir mehr darauf, daß wir nicht immer nur von „Wirtschaft“ reden, sondern dann auch von den Sozialpartnern. Soziale Marktwirtschaft ist etwas mehr; sie ist auch sozial, sie ist auch konsensorientiert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN - Martin  
Kayenburg [CDU]: Diese Änderung  
nehmen wir gern auf!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschußüberweisung beantragt worden.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: An  
den Wirtschaftsausschuß!)

Es ist beantragt worden, beide Anträge federführend dem Bildungsausschuß und zur

Mitberatung dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Wer so abstimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, als nächsten Punkt den Tagesordnungspunkt 22 a zu behandeln.

Ich rufe deshalb diesen Tagesordnungspunkt auf:

### Transport von lebenden Schlachttieren

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/326

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW]  
Drucksache 14/334

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Jensen-Nissen.

**Peter Jensen-Nissen** [CDU]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Ich habe gestern schon bei der Begründung der Dringlichkeit des Antrags deutlich gemacht, daß das, was uns in der Sendung „Frontal“ des ZDF gezeigt worden ist, unsägliche Bilder sind, Bilder, die wir alle ablehnen, die uns tief ins Mark treffen. Ich sage Ihnen sehr deutlich - auch als Betroffener, als jemand, der in diesem Parlament sitzt und in seinem privaten Umfeld für Tiere, für einen landwirtschaftlichen Betrieb, für landwirtschaftliche Produktion verantwortlich ist -, daß ich mich von diesen Machenschaften ganz persönlich distanzieren muß, daß ich es als unerträglich empfinde, wenn Menschen mit den Geschöpfen, die ihnen anvertraut sind, auf diese Art und Weise umgehen, wenn Quälereien an der Tagesordnung sind, die nicht zu ertragen sind. Unsere Aufgabe als Parlamentarier ist es, dies zu beenden und in vernünftige Bahnen zurückzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Was nützt es uns denn, wenn es eine Tierschutztransportverordnung gibt, die festlegt,

wie das Verladen zu erfolgen hat, die festlegt, wie das Ernähren, das Pflegen zu erfolgen hat und welche Anforderungen an das Transportmittel zu stellen sind, die die notwendigen Bescheinigungen festlegt, die zu beschaffen sind, nach der die Transportplanung dargelegt werden muß, wenn diese Vorschriften aber bei **Lebendvieh-Ferntransporten** ständig und immer wieder umgangen werden, wenn diese Vorschriften nicht kontrolliert und wenn sie nicht strikt eingehalten werden!

Hier ist es notwendig, daß die **EU-Kommission** ihre **Verantwortung** wahrnimmt und endlich die Haushaltsmittel, die dafür eingestellt worden sind - man höre und staune: 2,5 Millionen ECU sind eingestellt worden, um in den Zielorten, um an bestimmten Stellen zu kontrollieren, ob auch alle Vorgaben eingehalten worden sind -, verwendet werden, damit dies endlich auch umgesetzt wird. Ich lehne es ab, dies unter dem Deckmantel der Subsidiarität in der Europäischen Union so vor sich hinplätschern zu lassen; hier muß vielmehr eingegriffen, hier muß durchgegriffen werden.

Ich denke schon, daß es notwendig ist - ich bin froh, daß wir zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sind -, den Agrarminister des Landes Schleswig-Holstein in seiner **Sonderkonferenz** zu unterstützen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Dies ist unsere gemeinsame Verantwortung, fernab jeglichen parteipolitischen Streits. Selbstverständlich haben wir möglicherweise unterschiedliche Ansichten in diesem Parlament über Produktionsmethoden, wir haben unterschiedliche Ansichten über das, was in der Ernährungsindustrie und in der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein geleistet werden kann, und darüber, wer an welcher Stelle eine bestimmte Verantwortung zu tragen hat. Aber dies sind in der Tat nicht die Punkte, über die wir hier diskutieren müssen, sondern der Hauptpunkt ist die Frage, wie hier mit den **lebenden Tieren** umgegangen wird, die uns als **Teil der Schöpfung** anvertraut sind.

(Frauke Walhorn [SPD]: Sehr richtig!)

Vor diesem Hintergrund ist es gut, daß wir hier zu einem Einverständnis kommen.

Ich will noch einmal eines sehr deutlich sagen. Die Europäische Kommission wird in dieser Frage ihre Verantwortung voll ausschöpfen müssen. Und damit dies auch erfolgt, müssen wir einen entsprechenden Druck ausüben.

Wenn man die persönliche Betroffenheit nachempfinden kann und nachvollziehen kann, was mit diesen Geschöpfen geschieht, die uns anvertraut sind, dann halte ich es tatsächlich für sinnvoll, hier in diesem Parlament deutlich zu machen, daß der mit diesen Bildern aufgezeigte Weg nicht der ist, den die schleswig-holsteinischen Landwirte zu gehen beabsichtigen. Sie verlangen ständig und laut genug draußen in den Versammlungen, daß das, was da an Machenschaften gezeigt wurde, endlich ein Ende findet.

Ich denke, wir sind mit dem Änderungsantrag auf einem guten Weg. Ich freue mich, daß es uns gelungen ist, diesen gemeinsamen Antrag zu formulieren, in welchem wir sehr deutlich sagen, daß die **Exporterstattungen** so umgestellt müssen, daß künftig der Anreiz für **Fleischexporte** deutlich größer ist als für **Lebendexporte**. Auch die Aufforderung, die Kontrollen während der Transporte, bei den Versorgungsstellen und am Bestimmungsort sicherzustellen, ist zu begrüßen. Und wir, meine Damen und Herren, müssen als Landesparlamentarier versuchen, sicherzustellen, daß in diesem Sinne gehandelt wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche mir, daß dieser Antrag einstimmige Zustimmung findet.

(Beifall bei CDU, SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Wodarz.

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Jahre 1995 fanden die **EU-Agrarminister** nach langjährigem Tauziehen einen - ich sage es ganz deutlich - aus meiner Sicht sehr faulen Kompromiß zur Regelung von **Schlachtviehtransporten**. Und

auch dieser Kompromiß kam erst unter dem Eindruck von Fernsehberichten über die unvorstellbaren Grausamkeiten zustande, die Menschen Tieren antun, letztlich nur, um damit Geld zu verdienen. Kühlschränke und Fernseher haben es auf ihren Transporten wirklich gut. Sie werden sorgfältig eingepackt, vorsichtig verladen und immer wieder mit Hinweisen versehen, diese bloß nicht zu stürzen. Autos werden in allen europäischen Industriestaaten geputzt, gewienert, gehätschelt und getätschelt.

Ich kann mir diese Bilder, wie wir sie von den Schlachtviehtransporten immer wieder sehen, überhaupt nicht für Autotransporte vorstellen. Diese Tiertransporte machen aus meiner Sicht das gestörte Verhältnis unserer Industriegesellschaft zu unserer Umwelt deutlich. Wir zerstören aus bloßer **Profitgier** unsere Lebensgrundlagen und legen jeglichen **Respekt** gegenüber der **Schöpfung** ab.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von  
Hielmcrone [SPD])

Wir zerstören Landschaften, Flüsse und Meere und selbst die Atmosphäre. Da verwundert es kaum noch, wenn das Tier zu bloßen Ware, zum Ding verkommt, das mit Kiloschlachtgewicht und in Schlachtpreisen und Subventionszuschüssen bewertet wird. Dieses Ding, das kann man auch gefühllos und mitleidslos tagelang zu seinem Schlachtplatz karren. Alle politischen Institutionen und Entscheidungsträger wissen um diese Tiertransportquälerei und entziehen sich aller Konsequenzen, die zum Schutz dieser Tiere notwendig wären.

Die Italiener blockieren ganz offiziell jede Verbesserung. Die unsinnige Subventionspolitik der EU führte dazu, daß der Anteil von lebendem **Schlachtvieh** an der Gesamtmenge der im Sektor Rindfleisch über die **Exporterstattung** ausgeführten Ware derzeit bundesweit 15 % beträgt. Die EU erstatt derzeit bei Bullen auf das reine Fleischgewicht bezogen eine Subvention von 3,18 DM pro Kilo. Deutschland führte 1995 zirka 250 000 Schlachttiere lebend aus. Jedes Jahr werden rund 20 Millionen Schlachttiere durch Europa und außereuropäische Länder transportiert. Das ist nicht nur eine millionenfache Tierquälerei, sondern auch Steuerverschwendung und ein Arbeitsplatzvernichtungsinstrument.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Wir transportieren die Tiere aus Schleswig-Holstein an den Schlachthöfen vorbei - und das ist wirklich abartig -, denn es findet bei uns damit keine Wertschöpfung statt. Unsere **Schlachthöfe** müssen sogar aufgeben. Die Tiere werden mit finanziellem Segen der EU auf einen schrecklichen Todesmarsch geschickt, um dann meist unter primitivsten Bedingungen ihr letztes Stückchen Restleben auszuhauchen.

Ich freue mich ganz besonders, daß wir die Initiative der CDU zu einem interfraktionellen Antrag umarbeiten konnten. Es soll damit ein deutliches Signal gesetzt werden, daß es im Schleswig-Holsteinischen Landtag keinen Volksvertreter und keine Interessensgruppe gibt, die diese Politik der Mehrheit des EU-Ministerrats trägt.

(Beifall der Abgeordneten Sabine  
Schröder [SPD])

Wir entziehen diesen Repräsentanten mit unserem Antrag unser Vertrauen und fordern einen besseren Schutz für die Schlachttiere.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, daß der Druck auf die europäischen Institutionen so stark wird, daß es zu einschneidenden Änderungen kommt. Es gibt schon ein paar hoffnungsvolle Ansätze dafür. Die Entscheidung von Minister Wiesen, keine **Tiertransporte aus Schleswig-Holstein nach Triest** zuzulassen, ist richtig.

(Beifall der Abgeordneten Frauke  
Walhorn [SPD] und Günter  
Neugebauer [SPD])

Die schnelle Reaktion Niedersachsens ist gerechtfertigt und sollte weitere Konsequenzen nach sich ziehen.

Zwei große Fleischlieferanten, von denen man es vielleicht kaum erwartet, Moxsel und Südfleisch, fordern von Brüssel schon über unseren Antrag hinausgehend die Streichung sämtlicher EU-Subventionen für den Export lebender Schlachttiere.

Beide Konzerne verzichten schon seit Jahren auf die Ausfuhr von Lebensvieh ins Ausland.

Der Präsident des Verbandes der beamteten Tierärzte, Herbert Wohn, fordert die deutschen Tierärzte auf, Bescheinigungen für Schlachtviehtransporte in den nahen Osten und nach Afrika zu verweigern.

Auch wir sollten unseren Beitrag dazu leisten und die Landesregierung bitten, auf die EU einzuwirken, diese Tierquälerei zu stoppen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluß.

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Eine Minute habe ich noch nach der Uhr.

(Heiterkeit)

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die F.D.P. unseren Antrag noch etwas erweitern wollte. Das ist zwar inhaltlich richtig, aber wir haben uns aus Gründen der Systematik darauf geeinigt, daß das ein Zusatzantrag sein soll. Ich kann für die SPD sagen, daß wir diesem Antrag zustimmen werden. Er ist gut und richtig. Ich denke, wir werden das Thema im Agrarausschuß entsprechend diskutieren.

Es ist auch nicht das erste Mal, daß sich dieser Landtag mit dieser **Tierquälerei** befaßt. Aber wir erwarten von der **Regierung** wie auch vom **Parlament**, daß wir uns dieses Themas so lange annehmen, bis wir endlich zu vernünftigen, tiergerechten Transporten und Schlachtbedingungen kommen.

Ich danke schön. Jetzt ist meine Zeit auch um.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Matthiessen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dem Kollegen Jensen-Nissen möchte ich eingangs danken für die Aufklärung, daß es da 2,5 Mio. ECU in Brüssel für diese Kontrolle gibt. Das wußte ich nicht. Und ich werde auch noch erläutern, warum ich das nicht wußte.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist gut!)

Dank sagen möchte ich aber auch den Mitarbeitern des Landwirtschaftsministeriums, die in ihrer Freizeit eine **Aufklärungskampagne** in der Fußgängerzone in Kiel starten wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das ist ebenso zu würdigen wie die schnellen **Reaktionen der Tierschutzverbände** und anderer.

Ich meine, der CDU-Antrag, der hier im Landtag eingebracht worden ist, kommt zum richtigen Zeitpunkt und ist auch vom Inhaltlich her zu unterstützen.

Ich komme nun zu den Zahlen. Der Agrarminister ist im Augenblick nicht hier. Aber ich meine, es waren immer so an die 60 000 Rinder, die aus Schleswig-Holstein exportiert wurden.

(Minister Hans Wiesen betritt den Saal)

- Hans Wiesen, ist das noch aktuell?

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: 5 % weniger!)

- Gut, weniger, also 50 000 Rinder.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Nein, nein! - Hans Wiesen [SPD]: Dieses Jahr unter 20 000, letztes Jahr 36 000! - Glocke der Vizepräsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Entschuldigung bitte, im Moment hat der Herr Abgeordnete Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, aber ich habe ja auch gefragt.

(Hans Wiesen [SPD]: Nur ein Zwischenruf als Abgeordneter Wiesen!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Fragen können nur an den Redner gerichtet werden.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Auch 20 000 sind noch eine ungeheure Menge. Und das ganze läuft folgendermaßen. Die behördlichen Eingriffsmöglichkeiten auf Landesebene bestehen darin, daß wir die **Transportbegleitbescheinigungen** unter Maßgabe des Europarates in der internationalen Vereinbarung zum Schutz der Tiere auf dem Transport erfüllen.

Diese Bescheinigung kann verweigert werden. Die Initiative des Ministers Steenblock zielt darauf ab, für einen solchen Fall bezüglich des Zielortes Triest die Bescheinigung zu verweigern. Das begrüßen wir sehr.

Die Vorgänge in Triest sollten wir allerdings nicht zu hoch hängen, so schrecklich sie auch sind. Fritz Wodarz hat schon erklärt: Es sind Bilder, die uns das Fernsehen wiederholt in die Wohnstube liefert.

Ich will auch einmal folgendes sagen. Diese Bilder sind im Grunde nur ein Peak in der Kurve, die auf sehr hohem Niveau organisierter, gesellschaftlich sanktionierter Tierquälerei bei uns stattfindet.

Ich sagte schon einmal: Was wir hier im Lande mit den Tieren machen, ist einer Kulturnation nicht würdig.

Wir vom Agrarausschuß waren bei der Universität. Wir haben uns dort die Bullenmast auf Holzspaltenboden angeguckt. Ich sollte noch darauf aufmerksam gemacht werden, wie schön die Bullen es dort haben. Die hatten nun keine abgetretenen Schwänze. Warum nicht? Weil darüber ein Gitter war, damit sie nicht aufspringen und aufeinander herumreiten können und so weiter. Dicke Gelenke

wurden da geflissentlich übersehen. Außerdem waren es solche Tiere, die frei herumlaufen, deren Verhaltensrepertoire ein anderes ist, als wenn sie auf wenigen Quadratmetern eingesperrt wären. Aus meiner Sicht widerspricht diese ganz normale Haltung von Tieren der Würde der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung.

Wenn im übrigen der Ausschußvorsitzende abends sein Enkelkind auf den Schoß nimmt, liest der Opa aus dem Bilderbuch vor. Es heißt „Das Leben auf dem Lande - Wir fahren hinaus zum Bauernhof“. Die Tierhaltung, die in diesem Buch dargestellt wird, ist nicht identisch mit derjenigen, die mir bei dem Besuch als vorbildlich verkauft werden sollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier unterhalten wir uns im wesentlichen über die **Auswirkungen der Subventionen der EU**. Ich muß sagen: Die Dritte-Welt-Länder warnen davor, die Exporterstattung zurückzufahren, weil mittlerweile zum Beispiel in einem Land wie Burkina Faso die normale Rinderhaltung völlig zerschlagen ist. Wir würden dort Hungersnöte auslösen. Unsere Maßnahmen dürfen nur sukzessive ergriffen werden.

Ich persönlich habe das Bedürfnis nach einem Punkt 5 in diesem gemeinsamen Papier, der da lautet: Wir haben die Schnauze voll von dieser Agrarpolitik; wir müssen die Agrarsubventionen EG-weit komplett abschaffen.

(Beifall der Frau Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, wir reden hier von der Agrarexporterstattung, aber auch von der Stilllegungsprämie, von der Mutterschaftsprämie, von der Dieselsteuerrückerstattung, von Weizenausgleichszahlungen, von einzelbetrieblichen Förderungen und neuerdings auch von der Herodes-Prämie, durch die das Todschlagen zwei Wochen alter Kälber subventioniert wird. Ich fasse mich bei diesem Agrarsystem an den Kopf.

(Beifall der Frau Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist ein Verbrechen als Folge von jahrzehntelanger CDU-diktierter Agrarpolitik, meine Damen und Herren. Die CDU hat sich auf ihrem Hamburger Parteitag davon verabschiedet, den bäuerlichen Familienbetrieb als Leitbild in der Agrarpolitik hinzustellen. Sie reden inzwischen von unternehmerischem Handeln. Bitte schön, dann soll sich die ganze Soße auf dem Markt bewähren. Ich denke, der Strukturwandel wird sich auf niedrigerem Niveau fortsetzen, und der Erzeugerpreis wird ein bißchen höher gehen. Wir könnten ohne all diese Bürokratiegebäude leben.

Ich muß mich jetzt mit dieser Biobauern-Förderung herumquälen. Da muß ich Minister Wiesen zum Jagen tragen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Diese verfluchte Biobauern-Förderung hätte ich in den Koalitionsvertrag doch nie hineinverhandelt, wenn es sie in den anderen Ländern nicht gäbe und ich unsere Biobauern nicht vor einem Landesvergleich innerhalb der Bundesrepublik bewahren wollte.

Also: Agrarsubventionen ade!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan** [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Matthiessen hat einmal wieder aus dem Füllhorn seiner agrarischen Erfahrungen geschöpft und uns ein breites Spektrum vorgeführt. Von „Im Märzen der Bauer“ bis Burkina Faso ist alles drangekommen, selbstverständlich auch der ökologische Landbau. Natürlich hat er auch gegen die EU gesprochen; das muß natürlich immer dabei sein.

Herr Matthiessen, es ist ziemlich schnurz, ob wir einen Familienbetrieb oder einen unternehmerisch gestalteten Betrieb haben. Es kommt uns darauf an, daß wir eine nachvollziehbare Landwirtschaft haben, die sich am Markt orientiert. Dazu müssen wir beitragen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im übrigen darf ich einmal erwähnen - in diesem Haus, vor allem auf der linken Seite, wissen es einige -, daß besonders Kollege Sickmann von der SPD immer den **unternehmerischen Landwirt** gefordert hat. Er wollte nicht den bäuerlichen Familienbetrieb nach dem Motto „Im Märzen der Bauer“.

Bei den Tiertransporten aus der Europäischen Union nach Nordeuropa kommt es immer wieder zu grauvollen Szenen, die niemand kaltlassen können. Egal, ob die Bilder im Fernsehen einmal oder mehrmals gezeigt werden, sie sind eben grausam. Das müssen wir sehen. Wir sind gefordert, alles uns Mögliche zu unternehmen, um das abzustellen. Der Respekt vor der Schöpfung gebietet es, daß wir Tiere nicht als Sachen betrachten, die wie leblose Gegenstände in engen Lastern über weite Strecken transportiert werden dürften. Wir sind dafür, solches abzustellen.

Die **Bundesregierung** bereitet eine nationale **Verordnung für Tiertransporte** vor. Es soll ausgeschlossen werden, daß Tiere länger als acht Stunden transportiert werden, es sei denn, in tiergerechten Spezialfahrzeugen.

Wir müssen uns aber auch mit der Frage beschäftigen, warum es diese Tiertransporte gibt. Dafür sind nicht nur die EU-Exporterstattungen verantwortlich. Es gibt noch zwei weitere Gesichtspunkte, die wir berücksichtigen müssen, mit denen wir uns zumindest als Agrarausschuß einmal beschäftigen sollten. In Nordafrika fehlen funktionierende Kühlketten, so daß diese Länder darauf angewiesen sind, Tiere lebend zu importieren. Anders kann man nicht gewährleisten, daß die Importware für die Ernährung genutzt werden kann.

Dann besteht bei uns teilweise das Verbot der rituellen Schlachtung. Hier liegt ein weiteres Problem. Wir wissen, daß das Gesetz aus dem Jahr

1933 stammt. Es handelt sich um ein rassistisches Problem. Ich meine, wir sollten uns damit beschäftigen - -

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich frage, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen zulassen.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Nein, eine Zwischenfrage gestatte ich nicht, Herr Matthiessen. Wir haben uns darüber schon am Rande unterhalten. Ich habe einmal nachgecheckt: Ihre Informationen dazu sind nicht richtig. Daher meine ich, daß wir das im Landtag nicht noch einmal diskutieren sollten. Wir werden in der nächsten Sitzung dazu einen Antrag einreichen. Denn ich meine, daß wir uns im Agrarausschuß tatsächlich einmal ernsthafter mit diesem Problem beschäftigen sollten.

Ich freue mich, daß die CDU diesen Dringlichkeitsantrag so aktuell eingebracht hat. Es ist gut, daß wir es zusammen mit allen Fraktionen geschafft haben, eine gemeinsame Beschlußfassung zu ermöglichen, um deutlich zu machen, daß der Landtag gegen diese unmenschlichen Tiertransporte ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Recht ist die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit über die schockierenden Fernsehbilder zu quälereichen Tiertransporten entsetzt. Wer so tut, als gäbe es diese Art von Tiertransporten erst seit gestern, hat verdrängt, daß wir es hier mit einem Problem zu tun haben, das schon viel früher hätte angepackt werden müssen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Besser spät als gar nicht, so sagen wir jedoch. Deshalb stimmen wir dem CDU-Antrag - jetzt ist es der gemeinsame Antrag - natürlich zu.

Es ist jedoch fraglich, ob etwas erreicht wird. Denn im Grunde genommen haben wir es hier mit einer weiteren **fragwürdigen Entwicklung in der Ernährungswirtschaft** zu tun. Der Rinderwahn symbolisiert eine weitere Tendenz. Für beides gilt, daß hier nicht die Qualität in der Fleischwirtschaft erste Priorität hat, sondern die Quantität. Ich sage ja nicht, daß das von der Landwirtschaft so gewollt wird. Ich sage auch nicht, daß das von der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein so gewollt wird. Das ist gar nicht so.

Aber wir haben es mit der industrialisierten Fleischproduktion zu tun, wo immer wieder nach kostenregulierenden Faktoren gesucht wird. Billiges Futtermehl und tierquälerische Transporte von Schlachtvieh sind unserer Meinung nach zwei Seiten derselben Medaille. Ich gebe Herrn Matthiessen ausdrücklich recht, daß auch die verfehlte Landwirtschaftspolitik der EU dazugehört. Erst sie hat vieles möglich gemacht. Sie muß ihre Verpflichtungen wahrnehmen; da stimme ich Ihnen, Herr Jensen-Nissen, natürlich zu.

Bei dem vorliegenden Antrag darf dieser Aspekt nicht aus dem Auge verloren werden. Aus unserer Sicht muß deshalb weiter ausgeholt werden. Wir müssen wieder einmal darüber nachdenken, wie wir zum Beispiel eine **Regionalisierung der Fleischproduktion und der Fleischverarbeitung** erreichen können. Unter ökologischen Gesichtspunkten ist es auch wesentlich verträglicher, die Ware Tier nicht meilenweit durch die Gegend zu fahren, bevor sie verarbeitet wird. Alles das ist von uns schon gesagt worden.

Darum kann ich nur hinzufügen: Gerade die Verbraucherinnen und Verbraucher könnten der Landwirtschaft helfen, zu einer regionalisierten Fleischverarbeitung zurückzufinden. Wir hier im Landtag können mit unserem gemeinsamen Antrag ein wenig dazu tun, daß wir in die richtige Richtung weiterarbeiten können. Aber mit einem großen Sprung hat dieser gemeinsame Antrag nichts zu tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Besucher von der Grone-Schule in Kiel und von der Gewerbeschule I in Lübeck.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Minister Steenblock.

**Rainer Steenblock**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Wiesen und ich teilen uns die Redezeit, weil wir hier Stellungnahmen aus unterschiedlichen Ressorts abgeben wollen.

Gestatten Sie mir, zunächst noch einmal deutlich zu machen, daß die Landesregierung beziehungsweise die Beamten in unseren Häusern sehr rasch reagiert haben. Wir haben schon am Freitag die Anweisung herausgegeben, und insbesondere die Beamtinnen und Beamten aus unserem Hause haben - auch sehr stark hinter den Kulissen - die Verwaltungen in den anderen Bundesländern in Kenntnis gesetzt und dafür gesorgt, daß zumindest mit einer Reihe von Bundesländern sehr schnell ein koordiniertes Vorgehen erreicht wurde.

Ich bedanke mich hier ganz ausdrücklich bei den Beamtinnen und Beamten, die schnell reagiert haben, und auch bei den Beamten in den Kreisen, die diese Reaktion sofort mitgetragen und umgesetzt haben. Das war ein vorbildliches Verhalten in einer Situation, die durch Skandale geprägt ist.

Es ist ein großes Problem, das wir im Umweltbereich immer haben, daß Reaktionen der Politik, Reaktionen der Verwaltung in der Regel immer erst dann kommen, wenn Skandale aufgedeckt werden und daß das, was Frau Spoorendonk zu Recht eingefordert hat, eine vorsorgende Politik, an dieser Stelle fehlt. Es sind immer erst Skandale notwendig, damit endlich etwas geschieht.

Nach Angaben von Tierschutzorganisationen werden in jedem Jahr 20 Millionen Schlachttiere durch Europa und bis in außereuropäische Länder, etwa in den Nahen Osten oder nach Nordafrika, transportiert, und zwar oft unter brutalsten Umständen. Ich verweise hier auch auf die Stellungnahme des Präsidiums des

Bundesverbandes der beamteten Tierärzte, der aus genau diesen Gründen seine Mitglieder aufgefordert hat, die Unterschrift unter die **Transportbescheinigung für Tiere**, die außerhalb Europas geschlachtet werden sollen, zu verweigern. Das halte ich für einen richtigen Schritt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist für unsere hochtechnisierte Gesellschaft unwürdig und ethisch verwerflich, wenn immer noch Tiere unter schlimmsten Bedingungen durch Europa transportiert werden. Wir verfügen über entwickelte Kühltechniken, die einen Lebendtransport von Tieren von Kontinent zu Kontinent völlig überflüssig machen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Um auch das deutlich zu machen, Frau Happach-Kasan: Ich bin sehr dafür, daß wir uns darüber unterhalten, ob tatsächlich Subventionen in die Fortsetzung dieser **Kühlketten in andere Länder** hineinfließen müssen. Aber wir müssen auch sehr deutlich untersuchen, ob nach dem Tierverkauf, der vorher hier im Lande schon stattgefunden hat, auch der Fleischverkauf in diese Länder hinein tatsächlich notwendig ist. Ich halte das, was Sie angesprochen haben, auch für notwendig und wünschenswert.

**Langstreckentransporte** müssen der Vergangenheit angehören. In den Zielsetzungen der Anträge, die heute hier zur Abstimmung stehen, sind wir uns sehr einig. Es dürfen keine Transporte mit über acht Stunden Dauer mehr genehmigt werden.

Noch immer hat die Europäische Union für wesentliche Teilbereiche dieses Minimalrechts für Tiere keine Ausführungsvorschriften vorgelegt. Hier muß schleunigst Abhilfe geschaffen werden.

Auch da ist Schleswig-Holstein, ohne daß es diese Vorschriften gibt, mittlerweile national wie international Vorreiter, und zwar deshalb, weil wir diese noch nicht verabschiedeten Richtlinien mittlerweile umsetzen.

Auf Papier geschriebene Gesetze sind nicht alles. Sie müssen auch - und das ist ganz wichtig - das Herz und die Köpfe der Menschen treffen; denn

Triest kann bald überall sein. Um zu verhindern, daß das Recht der Tiere auf pflegliche Behandlung und auf Würde nicht mit Füßen getreten wird, muß es zu einer flächendeckenden Kontrolle in der gesamten Europäischen Union kommen.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch einen Satz: Die schlimmen Bilder aus Triest, die heute vielfach Einigkeit in den Forderungen auslösen, machen für mich auch schlaglichtartig deutlich, daß es sich um typische Auswüchse einer Wirtschaftsweise handelt, für die Profit das einzige Ziel und der Ellenbogen der wichtigste Körperteil ist. Eine solche Wirtschaftsweise ist zutiefst unsozial. Sie ist unökologisch, und sie ist zutiefst unmoralisch. Hier ist die Politik gefordert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Minister Wiesen.

**Hans Wiesen**, Minister für Ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, daß wir heute Gelegenheit haben, hier im Landtag über diese Problematik zu diskutieren und zu beschließen.

Ich hatte den Film im ZDF nicht gesehen. Gemeinsam mit einigen Mitgliedern meines Ministerbüros habe ich ihn mir dann auf Kassette angeguckt. Ich habe darauf spontan reagiert und gesagt: Da muß man einen Volksaufstand organisieren. Und ich habe spontan hinzugefügt: Wenn das keiner macht, dann mache ich das!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich brauchte ein paar Minuten, um mich wieder ein bißchen zu beruhigen. Dann habe ich den Bundesminister Borchert angerufen.

Manche hier im Hause, Frau Spoorendonk, wissen, daß wir schon seit Auftreten der ersten Bilder, also seit 1992/93, mehrfach Sondersitzungen, Sonderprogramme gefordert haben, um diesen Wahnsinn abzustellen. Ich denke dabei an

Agrarministerkonferenzen, an direkte Verhandlungen in Brüssel und so weiter.

(Zuruf von der SPD: Das ist wirklich widerlich!)

Ich habe Herrn Borchert gesagt: Herr Minister, wir müssen einen neuen Vorstoß machen. - Borchert hat mir zugestimmt und für gestern zu einer Sitzung der für den Tierschutz zuständigen Ministerien eingeladen. Über diese Sitzung ist mir heute morgen mündlich einiges berichtet worden. Ich habe das bisher nur mündlich.

Ich habe, nachdem ich diesen Bericht gesehen und Herrn Borchert angerufen hatte, als zweites sofort eine **Sondersitzung der Argarminister** von Bund und Ländern beantragt mit dem Ziel, dort einen sorgfältigen und ausführlichen Forderungs- und Maßnahmenkatalog zu erarbeiten. Dabei geht es erstens darum, was man machen muß, und zweitens darum, was jetzt versucht werden muß und kann und was letztlich das Ziel sein muß. Ich habe eben mit meinen Worten umschrieben, wohin das aus meiner Sicht gehen soll. Ich möchte alle Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern und den Bundeslandwirtschaftsminister dafür gewinnen, daß wir wirklich alle gemeinsam am selben Ende desselben Tampens ziehen, um hier etwas zu bewegen, um diese Tierquälerei auszuräumen.

Erstens soll nun möglichst schnell die zwar völlig unzulängliche **Verordnung der Europäischen Union in nationales Recht** umgesetzt werden, in der festgelegt ist, daß Tiertransporte nach spätestens 24 Stunden unterbrochen werden müssen und ähnliches.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens sollen ab 1. Januar 1997 zwölf europäische **Kontrollleure** zumindest in den Zielhäfen, soweit sie noch zur Europäischen Union gehören, also an den Außengrenzen der Europäischen Union liegen, überprüfen, daß die Tiere gesund und artgerecht behandelt dort ankommen. Nur dann soll eine Exporterstattung gewährt werden, ansonsten nicht.

Man darf in dem Zusammenhang gar nicht über den Inhalt der Begriffe „menschlich“ und „tierisch“ nachdenken. Wenn man dieses unmenschliche Verhalten tierisch nannte, beleidigte man die Tiere; sie tun so etwas nicht.

Die italienische Regierung hat zugesagt - so ist mir über die gestrige Sitzung bei Herrn Borchert berichtet worden -, daß zwei italienische Tierärzte, unterstützt übrigens auch von deutschen Tierärzten, mindestens während einer Übergangszeit die Überwachung der Häfen im Hinblick auf Tierschutzrecht wahrnehmen sollen.

Ich habe heute morgen den Schleswig-Holsteinischen Bauernverband und die wichtigsten Viehhändler und deren Organisationen zu einer Sitzung zu mir ins Haus eingeladen. Der Bauernverband konnte leider nicht dasein. Vertreter des Viehhandelsbereichs haben mich darauf hingewiesen, daß die Zahl der Exporte nach Nahost, im wesentlichen in den Libanon, erheblich zurückgegangen ist, nämlich von etwa 36 000 Stück im letzten Jahr auf 20 000. Nur, wenn einige von den Tieren so gequält werden, wie wir es gesehen haben, dann sage ich: Auch das geht nicht.

Ich sage, daß das ein richtiger Schritt ist. Ich teile auch die Meinung derjenigen, die sagen, daß auch dieser Antrag des Parlaments ein richtiger Schritt ist. Aber es ist eben nur ein Schritt. Das Ziel muß darin bestehen, jegliche Form solcher bestialischer Tierquälerei zu beseitigen. Eine derartige Tierquälerei muß unmöglich gemacht werden.

Die **Transporte aus Schleswig-Holstein** werden im wesentlichen nicht über italienische Häfen, sondern über Slowenien und Kroatien abgewickelt,

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Zuruf der SPD: Das ist auch nicht besser!)

Ich füge als Nebensatz hinzu: Das gilt auch für die sogenannte Herodes-Prämie, die gewährt wird, wenn Kälber, um ihr Fleisch zu Tiermehl zu verarbeiten, im Alter von 14 Tagen bis drei Wochen geschlachtet werden. Ich finde das widerlich.

wo die Verhältnisse - ich sage das ungeschützt - besser sein sollen. Ob es tatsächlich so ist, weiß ich nicht.

Ich habe jedenfalls heute morgen versucht, auch die handelnden Personen in der Produktion und im Handel dazu zu bewegen, alles das zu tun, was sie selber tun können, um so etwas zu vermeiden.

Morgen wird der Tierschutzbund in der Holstenstraße Unterschriften sammeln. Ich muß dazu sagen, daß ich das gut finde.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walthorn [SPD])

Ich will Ihnen noch eine weitere Information geben. Als ich spontan gesagt habe: „Wir müssen einen Volksaufstand machen, und wenn das niemand macht, dann mache ich das“, wurde ich am Abend desselben Tages über Autotelefon angerufen. Eine Gruppe von Mitarbeitern des Hauses hatte gesagt, es gehe schlecht, daß der Minister das machte. Aber sie empfänden das genauso; sie wollten das freiwillig und in ihrer Freizeit machen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So kommt es morgen früh zu zwei Unterschriftensammlungen auf der Holstenstraße in Kiel. Ich werde dazu auch öffentlich ein paar Worte sagen. Ich werde meinen Mitarbeitern natürlich beim Sammeln von Unterschriften helfen. Wenn die eine oder der andere dort einmal vorbeigucken würde, so es geht und gewollt ist, dann wäre das gut. Wenn wir gegen diese Tierquälerei nicht aufstehen, dann könnte ich nicht mehr in den Spiegel gucken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

#### **Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht nur noch einmal um die Zwischenfrage an die Adresse der Kollegin von der F.D.P.

Bevor Erstattungen für Lebewie Mode wurden, war es ja üblich, daß muselmanische Einkäufer hier haben schächten lassen. Das heißt also, dieses Kühlkettenproblem stellte sich damals nicht. Infolgedessen meine ich, muß man sich über zukünftige Subventionen in diesem Bereich nun wirklich keine Gedanken machen. Das rituelle Schächten ist hier im Lande möglich. Schächten ist Töten unter Blutentzug, und vorher erfolgt eben eine Betäubung. Die Muselmanen machen es ein bißchen anders, mit Nach-Osten-Richten, einem Bild an der Wand und so etwas. Das können sie gerne tun. Aber das können sie genausogut bei uns tun. Dazu müssen wir die Tiere nicht dorthin quälen.

Das war Gegenstand meiner Nachfrage an Sie. Ich habe die Gelegenheit gleich genutzt, um das zu vermitteln.

#### **Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält Herr Abgeordneter Jensen-Nissen.

**Peter Jensen-Nissen** [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um eine redaktionelle Änderung im Änderungsantrag, auf die wir uns gemeinsam verständigt haben. Der zweite Satz unter Nummer 4 soll lauten: „Das Exportverbot ist auf Häfen auszudehnen, in denen ähnliche Mißstände auftreten.“ Es soll also das Wort „Länder“ durch „Häfen“ ersetzt werden, weil eine andere Regelung nicht im Rahmen unserer Kompetenz beziehungsweise der der EU läge. Es geht hier um die Exporthäfen. Ich bitte, das zu ändern.

#### **Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Besteht darüber zwischen den Fraktionen Einigkeit?

(Zurufe: Ja!)

- Dann lasse ich jetzt über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk, i Drucksache 14/334, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Dann lasse ich jetzt über den Ursprungsantrag in der soeben geänderten Fassung abstimmen. - Ich sehe ratlose Gesichter. Wir haben zu dem Abstimmungsverfahren heute morgen noch ein Gespräch geführt: Es muß sein; es entspricht den Anforderungen.

Ich bitte also diejenigen um das Handzeichen, die dem Ursprungsantrag in der soeben geänderten Fassung zustimmen wollen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 24 auf:

### **Bodenschutzprogramm „Ziele und Strategien des Bodenschutzes in Schleswig-Holstein“**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/188

Ich erteile dem Herrn Minister für Umwelt, Natur und Forsten, Herrn Steenblock, das Wort.

**Rainer Steenblock**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem von der Landesregierung vorgelegten Bodenschutzprogramm „Ziele und Strategien des Bodenschutzes in Schleswig-Holstein“ wird eine programmatische Lücke im schleswig-holsteinischen Umweltschutz geschlossen. Das Programm vervollständigt die anderen umweltpolitischen Programme und Maßnahmen der Landesregierung zur ökologischen Erneuerung und ist Grundlage für die **Weiterentwicklung** einer insbesondere **vorsorgeorientierten Bodenschutzpolitik** in Schleswig-Holstein.

Das in dem Gutachten „die Gefährdung der Böden“ von 1994 des wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „globale Umweltveränderungen“ auch als Bodenvergessenheit der Gesellschaft bezeichnete Phänomen hat seine Ursachen unter anderem darin, daß sich die Veränderungen im Boden vergleichsweise langsam beziehungsweise schleichend vollziehen und Belastungen oft erst dann sichtbar werden, wenn gravierende Schädigungen oder dauerhafter Funktionsverlust des Bodens eingetreten sind. Da auch die

Regenerationsprozesse - sofern eine Regeneration überhaupt möglich ist - erhebliche Zeiträume beanspruchen, ist der Boden im Vergleich zu Luft und Wasser ein extrem gefährdetes und daher in besonderem Maße schutzbedürftiges Umweltmedium. Bodenbelastung erkennt man aber sehr viel schlechter als belastete Luft oder auch verschmutztes Wasser. In der umweltpolitischen Diskussion sowie auf administrativer und insbesondere legislativer Ebene hat der Schutz des Bodens in den vergangenen Jahrzehnten daher leider nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Die politischen Versäumnisse der Vergangenheit und die Mißachtung des Vorsorgeprinzips verursachen heute erhebliche Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte. So mußten von 1988 bis 1995 allein aus dem Landeshaushalt des Landes Schleswig-Holstein für Untersuchungen und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Altlasten über 130 Millionen DM aufgewendet werden. Das ist aber nur - Sie wissen das alle sehr genau - die Spitze des Eisbergs. Wenn wir den tatsächlichen Sanierungsbedarf heute finanzieren würden, würden wir zu ganz anderen Größenordnungen kommen. Die durch unterlassenen Bodenschutz entstehenden **volkswirtschaftlichen Verluste** betragen nach Angaben des Umweltbundesamtes für die Bundesrepublik Deutschland zirka 25 Milliarden DM pro Jahr. Das ist eine Größenordnung, die man sich im Grunde gar nicht klarmachen kann und deren Bedeutung sicherlich auch erst die zukünftigen Generationen, die diese Lasten tragen müssen, erkennen werden. Hier zeigt sich das Prinzip: Profit für wenige, und für die sozialen und ökologischen Folgen sind dann wieder alle zuständig. Diese Art von Wirtschaftsweise wird die zukünftigen Generationen in unverantwortlicher Weise belasten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf drastische Weise verdeutlicht diese auch ökonomische Bedrohung die Dringlichkeit und die Bedeutung ökologischer Erfordernisse. Der Boden als unverzichtbare Lebensgrundlage für Menschen, Tiere, Pflanzen und ihr Ökosysteme besitzt keine grenzenlose Regenerations- und Ausgleichsfähigkeit gegenüber den durch Menschen verursachten Belastungen, die man von ihm unbewußt häufig erwartet. Bisher sind wir alles

andere als pfleglich mit unserem Boden umgegangen.

Das **Bodenschutzprogramm** des Landes Schleswig-Holstein wird dieses Problem - das kann man hier auch ganz ehrlich sagen - allein nicht lösen, aber es soll einen Beitrag leisten, den Bodenschutz zu einem zentralen Bestandteil einer ganzheitlichen und vorsorgeorientierten Umweltpolitik zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, den Schutz dieses Umweltmediums auf allen Ebenen stärker in der Gesellschaft zu verankern. Im Bodenschutzprogramm werden die Bodennutzung und deren Folgewirkung, die Belastung für die Böden in Schleswig-Holstein, benannt. Ziel und Instrument des Bodenschutzes zugleich ist eine **standortgerechte und umweltgerechte Nutzung** des Bodens. Voraussetzung ist, daß die Nutzung sich nach den jeweiligen Empfindlichkeiten der Böden und den Belastungspotentialen bei der Nutzung ausrichtet.

Die Grundlagen, die für mich hier relevant sind, ergeben sich aus den Prinzipien der ökologischen Nachhaltigkeit. Insbesondere ist dabei zu berücksichtigen, daß die Nutzung einer Ressource nicht größer sein darf als ihre Regenerationsrate, daß die Freisetzung von Stoffen nicht größer sein darf als die Aufnahmefähigkeit der Umwelt und daß das Zeitmaß der menschlichen Eingriffe in einem ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der natürlichen Prozesse stehen muß. Diese Grundlagen sollen in der Konkretisierung dieses Bodenschutzprogramms berücksichtigt werden.

Mit der Benennung der **Belastungsquellen** und Ursachen der aktuellen Probleme, auch der Ursachen aus dem Bereich der Landwirtschaft - natürlich unter Zurkenntnisnahme dessen, was in der Landwirtschaft in den letzten Jahren geleistet worden ist -, ist dieser Bericht erstellt worden. Die bestehende Problemfelder und der jeweilige Handlungsbedarf einschließlich der konkreten Maßnahmen sind aufzuzeigen, und genau dies tut das Programm.

Ein wirkungsvoller Schutz und eine verantwortungsvolle Nutzung des Bodens ist nur auf der Basis hinreichender Kenntnisse der Böden,

ihrer Verbreitung, ihrer Belastung, ihrer Selbstregenerationsfähigkeit möglich. Die umfassenden Arbeiten zur Schaffung entsprechender Informationsgrundlagen in Schleswig-Holstein, angefangen mit der Bodenkartierung, dem Aufbau des Bodenbelastungskatasters, ferner - was wir jetzt neu machen, was ich für sehr wichtig halte - die **Überwachung der Bodenveränderungen** im Rahmen von Bodendauerüberwachungen, wo bestimmte Flächen über einen sehr langen Zeitraum wissenschaftlich beobachtet werden, bis hin zu den verschiedenen bodenschutzrelevanten Datenerhebungen und Katastern, die in ein Bodeninformationssystem integriert werden sollen - all diese analytischen Komponenten sind im Bodenschutzprogramm dargestellt.

Versiegelung, Erosion, Bodenversauerung, Überdüngung und Altlasten dokumentieren nicht nur die Folgen einer unzureichenden Beachtung des Vorsorgeprinzips beim Umgang mit den Böden, sondern sie belegen auch die Unzulänglichkeit der bisher nur partiell vorhandenen Vorschriften zum Schutz der Böden. Wir werden daher die programmatische Ebene, die wir heute vorstellen, durch gesetzliche Regelungen ergänzen. Weil ein Programm nicht die Wirkung von Gesetzen entfalten kann, wird von uns ein Landesbodenschutz- und Altlastengesetz auf den Weg gebracht werden.

Die Ausgestaltung dieser Landesgesetze hängt aber - das wissen Sie auch - von Bundesregelungen ab. Die Bundesregierung hat gerade jetzt ihre Vorstellungen von einer Rahmengesetzgebung in den Beratungsprozeß eingebracht. Mein Eindruck ist aber der, daß der dem Bundesrat zur Stellungnahme übermittelte Entwurf der Bundesregierung weit hinter den Erfordernissen einer vorsorgenden Bodenpolitik zurückbleibt.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Hier geht es tatsächlich nur um Reparatur. Die notwendige Vorsorge, die in ein Gesetz zentral hineingeschrieben werden müßte, fehlt bei der Vorlage der Bundesregierung bisher völlig. Wir werden uns aber in diesen Gesetzgebungsprozeß konstruktiv einschalten und versuchen, über Änderungsanträge des Landes Schleswig-Holstein

eine vernünftige **Rahmengesetzgebung des Bundes** zustande zu bringen.

Aber nicht alle Maßnahmen müssen meiner Meinung nach über Gesetze geregelt werden. Bodenschutz ist auch nicht allein das Anliegen der Legislative und der Exekutive. Eigenverantwortung, Bewußtseinsbildung, Kooperation, Fortbildung und Beratung sowie die Förderung umweltgerechten Handelns haben hier Vorrang. Das Bodenschutzprogramm ist ja ein Angebot auf dieser Ebene bis hin zu **Selbstverpflichtungserklärungen**, eine Zusammenstellung einer breiten Palette von Maßnahmen, die als Angebot den Bodenschutz deutlich verbessern können. Über 100 Einzelpunkte, die ich hier nicht in aller Breite darstellen will, werden im Bodenschutzprogramm als Konsequenzen dargestellt. Ich glaube, daß dieses Angebot eine Möglichkeit ist, gerade auch in Kooperation mit der Landwirtschaft voranzukommen, auch nach dem, was ich im „Bauernblatt“ gelesen habe. Da ist ja der Artikel zum Bodenschutzprogramm so überschrieben, daß man sagt: Die Zielsetzung stimmt. Natürlich gibt es auch mit der **Landwirtschaft** bestimmte Diskussionen, die wir bei der Umsetzung dieses Programms noch führen werden. Aber ich bin sehr froh, daß wir hier einen konstruktiven Prozeß eingeleitet haben und daß wir auch eine grundsätzliche Bereitschaft der Landwirtschaft haben, sich auf diese Problematik stärker einzustellen, als das bisher der Fall war.

Dort, wo dieser Prozeß - das sage ich sehr deutlich - der freiwilligen Verabredung und der Verträge zum Schutz des zentralen Umweltmediums Boden nicht reicht, wo also nichts anderes möglich ist, werden wir konsequent Handlungsinstrumente gesetzlicher Art einsetzen und verankern. Als Ultima ratio bei gravierenden Bodenbelastungen oder zum Schutz vor weiteren Schädigungen muß das Land auch die Möglichkeit von **Nutzungsbeschränkungen** haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der **vorsorgeorientierte Schutz** unseres Bodens ist das zentrale Anliegen dieses Programms. Eine wesentliche Zielsetzung in der Natur- und Umweltschutzpolitik allgemein und des Bodenschutzes im besonderen muß es sein, den Übergang von einem nachsorgenden, nur einem reparierenden Ansatz hin zu einer vorsorgenden

Umweltschutzplanung, zu einem vorsorgenden Umweltschutzhandeln zu organisieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das Bodenschutzprogramm kann und soll hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Lassen Sie mich abschließend den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die das Programm mit großem Einsatz erarbeitet haben. Wir alle sollten es nutzen, um den ökosystemaren und vorsorgeorientierten Schutz unserer Böden in Schleswig-Holstein voranzubringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

**Das Wort hat Frau Abgeordnete Franzen.**

**Ingrid Franzen [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Der Boden ist unverzichtbare Lebensgrundlage für Menschen, Tiere, Pflanzen und ihre Ökosysteme“, so - als wörtliches Zitat - der erste Satz im Bericht der Landesregierung zum Bodenschutzprogramm! Oder: „Böden brauchen Tausende von Jahren, um in eine Tiefe von ein Meter zu wachsen“, so ein Zitat aus dem Info-Blatt des BUND Schleswig-Holstein. Auch der Volksmund weiß um den Wert des Bodens: „Den Boden unter den Füßen verlieren“, das ist ein Sprichwort für die Beschreibung einer existenzbedrohenden Situation für Menschen.

Boden ist ein Umweltmedium, wenn nicht sogar das Umweltmedium, denn bei der Aufzählung „Boden, Wasser, Luft“ wird er stets, zu Recht an erster Stelle genannt.

Und wie gehen wir mit diesem wichtigen Umweltmedium Boden um? - „Täglich gehen mehr als 70 ha Boden verloren durch Flächenentzug, durch Wohnbebauung, Freizeitwecke, Verkehr und Gewerbe“, titelte das „Bauernblatt“ vom 15. Juni 1996.

In Schleswig-Holstein ist die vorhandene entsprechende Statistik etwas erfreulicher, denn der

Flächenverbrauch für **Versiegelung** sank von 3,1 ha pro Tag in den Jahren 1981 bis 1989 auf 2,3 ha täglich bis 1993.

Ob nicht allerdings unsere aktive Wohnungsbaupolitik, für die ich hier gerne geradestehe, höhere Werte bewirkt hat, wissen wir zur Zeit nicht.

Eine andere Art, den Boden zu schädigen, sind **Verseuchungen** durch giftige Einträge. Im gesamten Bundesgebiet gibt es bis zu 240 000 Flächen, auf denen Altlasten vermutet werden. Die Hälfte davon liegt im Osten. Den Sanierungsbedarf schätzt das Berliner Umweltbundesamt allein dort auf 80 Milliarden DM.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Diese Daten und Fakten habe ich nicht genannt, um ein Horrorszenario aufzuzeigen, sondern um ausreichend klarzumachen, wie wichtig es ist, sich intensiv mit Bodenschutz zu befassen.

Der von der Landesregierung vorgelegte Bericht, der bis auf wenige kleine Passagen im Bereich der Landwirtschaft unverändert dem in der vergangenen Legislaturperiode von der SPD-Landesregierung unter Edda Müller verfaßten Bodenschutzprogramm entspricht, ist für uns eine gute Arbeitsgrundlage.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Bericht der Landesregierung ist eine geballte Information über die Funktion der Böden generell und die konkreten Nutzungsarten und Besonderheiten in Schleswig-Holstein. Echt lesenswert, meine Damen und Herren!

Zu den Besonderheiten ein paar Anmerkungen! Die landwirtschaftliche Nutzung in Schleswig-Holstein beträgt über 73 %, bundesweit nur 54,7 %. Die Waldflächen betragen bei uns 9,2 % - das Ziel sind 12 % - in der BRD sind es 29,2 %. Das treibt einem ein bißchen die Schamröte ins Gesicht. In einem Gespräch mit einem Biologen habe ich eine Anregung bekommen, die ich hier zu Protokoll geben möchte. Er hat gefragt, ob wir nicht berechtigt seien, in diese Aufnahme die Besonderheiten der Knicks einzurechnen, zumindest

dann, wenn sie ein Öko-Verbundsystem darstellen. Diese Anregung gebe ich gern weiter.

Besonders dankenswert ist eine Aktualisierung des Berichts um mögliche Belastungen durch gentechnisch veränderte Organismen.

Zu den Bodenbelastungen möchte ich einige Ausführungen machen. Die schlimmste Bodenbelastung ist logischerweise der **Bodenverlust**, der durch **Versiegelung**, Abbau und **Erosion** passiert. Das führt nämlich dazu, daß der Boden seine biologische Funktion total verliert.

Die **Erosion** ist meist landwirtschaftlich bedingt, entweder durch Vergrößerung der Ackerschläge unter gleichzeitiger Beseitigung der Knicks - auch das kommt vor - oder durch bestimmte Fruchtfolgen wie Mais- und Zuckerrübenanbau; dort setzt eine sehr späte Bodenbedeckung ein.

Auch **Bodenverdichtung** durch intensive Bewirtschaftung und den Einsatz schweren Geräts in Forst- und Landwirtschaft ist ein Feind der biologischen Funktion der Böden.

Auch die stoffliche Belastung durch **Düngung** ist nicht zu unterschätzen. Es gibt hierzu intensive Untersuchungen. Mein Verdacht, daß die Gärtner, die Gärtnerinnen, die ihre Gärten immer so hübsch ordentlich halten, maßgeblich daran beteiligt sind, bestätigt der Bericht im Detail.

Es gibt eine Aussage zu den **stofflichen Belastungen** in Schleswig-Holstein. Es gibt landesweite Meßnetze. Wenn wir nach der TA-Luft gingen, wären wir „Reinluftgebiet“ oder „ländlicher Raum“. Das sind die beiden besten Kategorien. Allerdings weiß ich von meinen Messungen zu Hause, in der Stadt Flensburg, daß es Straßen und Ecken gibt, in denen man, zumindest den Kindern, den Aufenthalt, das Wohnen und das Begehen verbieten müßte - so hoch sind die Belastungen dort.

Der Bericht enthält auch eine geballte Information der Darstellung über das Ist und einen genauso großen Katalog der Schutzmaßnahmen zu den unterschiedlichen Belastungen. Seitenweise gibt es quer durch alle denkbaren Ressorts zum Teil alte, zum Teil neue, auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene umzusetzende Maßnahmen. Es ist zwar dankenswert, erinnert mich allerdings etwas

an einen Neckermann-Katalog und ist für eine kurz-, mittel- und langfristige Konzeption nicht genau genug. Die SPD-Fraktion wird sich im Rahmen der Ausschußbefassung darum bemühen, ein konkretes Konzept, das in den Folgejahren haushaltswirksam umgesetzt werden kann, zu erstellen. Ob die im Haushalt in erster Linie für die weitere Datenerfassung vorgesehenen Mittel vorrangig nötig sind, sollten wir intensiv beraten; wir sollten uns und die Böden nicht zu Tode messen.

Was tut sich auf Bundesebene? - Dort hat nach zehnjähriger Entwurfsgeschichte am 25. September endlich ein Gesetzentwurf das Kabinett verlassen und das Licht der Welt erblickt. Aber was wir da sehen, ist schon sehr blamabel. Hier, meine Damen und Herren von der F.D.P., hätte Ihre Bewertung gepaßt, die Sie glaubten, dem Bodenschutzprogramm Schleswig-Holstein in Ihrer Pressemitteilung zuordnen zu müssen. Denn in den zehn Jahren sind diesem Gesetzentwurf wirklich alle Zähne gezogen worden, so daß es sich um einen zahnlösen Tiger handelt.

Ich will dazu eine kleine Mängelliste aufstellen:

Das Vorsorgeprinzip wurde völlig aufgegeben.

Die zahlreichen Ausnahmen im Gesetz gelten Verkehr, landwirtschaftlichen Flächen, dem Atomgesetz und dem Gentechnikgesetz. Damit wird alles herausgenommen, wo es Konfliktpunkte geben könnte.

Das Gesetz orientiert sich an der Nutzfunktion und nicht an der natürlichen Funktion. Machen Sie das einmal irgendeinem Verband klar, der mitarbeiten soll.

Es fehlt eine TA-Boden.

Es fehlt selbstverständlich jede Aussage über die Finanzierung.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und bei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

Da Bundesrecht bekanntlich Landesrecht bricht, wir also eine landesrechtliche Regelung nur im Rahmen der verbleibenden Möglichkeiten des Bundesrechts schaffen können, werden wir als SPD-Fraktion uns sehr intensiv mit diesem Bodenschutzgesetz

auseinandersetzen und unsere Mitbestimmungsmöglichkeiten über den Bundesrat intensiv nutzen.

Lassen Sie mich einige Schlußbemerkungen zum Verfahren machen. Die SPD beantragt Überweisung in den Umweltausschuß federführend und in den Agrarausschuß mitberatend. Ich habe auf die 75% hingewiesen. Das möge man im Fachausschuß intensiv beraten.

Wir wollen da, wie ich bereits angedeutet habe, einen kurz- und mittelfristigen Maßnahmenkatalog zum Schutz des Bodens entwickeln und uns gleichzeitig mit dem Bundesbodenschutzgesetz und einem Begleit Antrag dazu beschäftigen.

Da wir uns gerade in den Haushaltsdebatten befinden, kann ich es mir ganz zum Schluß nicht verkneifen, den „Finanzern“ auf allen Ebenen, die schon wieder Mehrausgaben wittern, folgendes ins Stammbuch zu schreiben: Nichts ist teurer als unterlassener Bodenschutz.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Laut einer Studie des Umweltbundesamtes - der Herr Umweltminister hat schon darauf hingewiesen; ich tue es noch einmal - beträgt der volkswirtschaftliche Verlust 25 Milliarden DM pro Jahr, nicht eingerechnet die Kosten für Untersuchungen, Sicherungen und Sanierungen. Also: Präventiver Bodenschutz tut Not, sonst sparen wir am falschen Ende.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Tengler.

**Frauke Tengler [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU ist der Auffassung, daß wir in der Pflicht sind, etwas zum Schutz des Bodens zu tun. Sehr lange sind wir nicht gerade zimperlich mit diesem Teil unserer Umwelt umgegangen.

Das, was die Landesregierung als Bodenschutzprogramm vorlegt, ist wohl eher als Schnellschuß zu bezeichnen.

(Lachen der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD])

Es ist ein Schnellschuß, weil in Bonn ein Bodenschutzgesetz beraten wird, mit dessen Inkrafttreten noch im nächsten Jahr zu rechnen ist.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist relativ!)

Frau Franzen, ich weise Ihre Kritik am Bundesbodenschutzgesetz so lange zurück, bis diese Landesregierung etwas Praktikableres vorgelegt hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im Ausschuß wird besonders die Frage zu klären sein, inwieweit eine **nutzungsunabhängige Sanierung**, vor allem vor dem Hintergrund der immensen Kosten sinnvoll ist.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, muß denn wirklich jede Fläche so saniert werden, daß dann darauf ein Kindertanzplatz errichtet werden kann?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau das ist es!)

- Frau Fröhlich, wir sollten uns davor hüten, so fürchterlich gründlich von einem Extrem ins andere zu fallen.

(Beifall bei der CDU)

An diesen Vorgaben wird deutlich, daß das Programm erkennbar überhastet erstellt wurde. Wenn ich bereits in der Tabelle auf Seite 9 unter der Rubrik „Erholung und Fremdenverkehr“ auf den sogenannten Vertritt als Problem aufmerksam gemacht werde, dann entsteht bei mir der Eindruck, daß hier hemmungslos aus österreichischen Büchern abgeschrieben wurde, ohne sich überhaupt die Mühe gemacht zu haben, die zugrunde liegenden Gedanken auf unsere Region zu übertragen.

[Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, oh! - Zurufe des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich gebe Ihnen gleich die Quelle an.

Ich wundere mich auch über diesen Satz auf Seite 20: „Die Bodenerosion ist in den letzten Jahrzehnten ... durch Änderungen und Intensivierungen der landwirtschaftlichen Nutzung - insbesondere durch Ausweitung von Ackerflächen auf Hanglagen - beschleunigt worden.“ Es wäre interessant zu erfahren, an welche Regionen die Landesregierung dabei denkt. Letztlich ist Schleswig-Holstein ein Flachland. Wir befinden uns nicht im Mittelgebirge oder gar in den Alpen.

(Ursula Kähler [SPD]: Die Holsteinische Schweiz! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mir fallen die Hüttener Berge ein! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Die Abgeordnete Frau Tengler hat das Wort!

**Frauke Tengler [CDU]:**

Oder sollten hier ebenfalls unkritische Aussagen aus den Veröffentlichungen von Blum und Wenzel aus „Bodenschutzkonzeption: Bodenzustandsanalyse und Konzepte für den Bodenschutz in Österreich“ übernommen worden sein?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Österreich ist manchmal flacher, als man denkt!)

Das Ganze wurde dann noch reichlich mit rot-grünem Gedankengut gespickt.

Vor allem wird bei dem Schutzgedanken einmal mehr vergessen, daß in Schleswig-Holstein auch noch Menschen leben, die in einem strukturschwachen Raum wirtschaften wollen und müssen. Dennoch wird die alte unglückselige Schützer-Nutzer-Diskussion bereits in der

Einleitung neu belebt. Durch das ganze Programm hindurch wird in erster Linie der **Landwirtschaft** eine massive Mitschuld an der desolaten Situation des Bodens zugewiesen. Lösungsvorschläge, wie der Landwirt in Schleswig-Holstein nach all den vorgeschlagenen Verboten und Regelwerken überhaupt noch wirtschaften soll, die suche ich allerdings in Ihrem Bodenschutzprogramm vergeblich - ganz zu schweigen von Hinweisen, wer die Mehrkosten, die durch viele Auflagen entstehen, übernehmen soll.

(Konrad Nabel [SPD]: Weil der Bund seit Jahren kein Bodenschutzprogramm vorlegt!)

Die Kosten soll die Landwirtschaft doch wohl nicht übernehmen!

Vielleicht sollte dieses Programm lieber „Bauernverdrängungsprogramm“ heißen.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, oh! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das liegt an der Bundesregierung und ihrer unmöglichen Agrarpolitik!)

Hierfür will ich einige Beispiele nennen. Auf Seite 57 machen Sie Vorschläge, mit welchen Maßnahmen Sie den Boden schützen wollen. So soll der Landwirt nicht mehr frei entscheiden, was er künftig auf seinem Feld anbaut. Sie schlagen zum Beispiel vor: „Schonende Bodenbearbeitung und Auswahl von standortgerechten Fruchtarten, ganzjährige Bodenbedeckung durch immergrüne Fruchtfolgen oder Anbau von Zwischenfrüchten und Untersaaten.“

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch gut!)

Das nenne ich Überregulierung.

(Ursula Kähler [SPD]: Das sind nur ganz normale Vorgaben!)

Sie haben sich dabei hoffentlich überlegt, wer dabei die Mindereinnahmen auszugleichen und die neuen Kosten für die ohnehin stark gebeutelten Landwirte zu übernehmen hat.

(Konrad Nabel [SPD]: Das zahlen sowieso alles wir!)

Ich frage mich, ob Ihre Maßnahmen nicht alles nur Theorie sind. Das Wirtschaften ist nach Ihren Maßgaben nämlich kaum noch möglich.

Darüber hinaus stelle ich die Frage, inwieweit Eingriffe in das Eigentum anderer vorgenommen werden. Sowohl bei den Uferrandstreifen als auch bei den Knick- und Waldpufferzonen werden Nutzungen untersagt.

Einen Lichtblick habe ich allerdings in dem Bodenschutzprogramm auch gefunden. Endlich haben Sie erkannt, daß der **Waldbestand** in Schleswig-Holstein mit 9,9 % Schlußlicht in Deutschland ist. Das wollen Sie ändern, da die nutzungsbedingte Bodenbelastung durch die Forstwirtschaft gering ist. - Sehr richtig. Ich kann Sie dazu beglückwünschen, daß Sie endlich der CDU-Forderung nach einer schnellen Vergrößerung des Waldanteils auf etwa 12 % nachkommen wollen. Das haben wir auch in unserem Forstentwicklungskonzept von 1995 schon gefordert.

Doch bleiben wir bei den Maßnahmen zum Bodenschutz. Die getroffenen Aussagen zum Flächenrecycling auf Seite 58 sind im Prinzip zu begrüßen, wenngleich eine sparsame **Ausweisung von Bauflächen** für Siedlung und Wirtschaft zumindest die Frage aufkommen läßt, ob weniger ausgewiesen werden soll, als tatsächlicher Bedarf vorhanden ist.

Ferner führt die Aussage der Landesregierung, künftig verstärkt auf bereits ausgewiesene Flächen zurückzugreifen, zu einer Stärkung der Städte, der Metropolregionen und zu einer Schwächung der ländlichen Räume. In neu ausgewiesenen Baugebieten soll unter anderem die Geschößflächenzahl erhöht und die Grundflächenzahl erniedrigt werden, ist zu lesen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat etwas mit Versiegelungen zu tun!)

Wollen Sie jetzt auf dem Lande Hochhäuser bauen, Frau Fröhlich?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man muß ja nicht von einem Extrem ins andere fallen!)

Ein weiterer Vorschlag des Bodenschutzprogramms lautet, Gefahren zu vermeiden und den Boden während der Bautätigkeit zu schützen. Das ist doch wohl auch reine Theorie - nach der Zauberanleitung: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.“

(Beifall bei der CDU - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Laut Programm will man Flächen sparen. Das würde beim Thema Abfallwirtschaft eigentlich die Bevorzugung von thermischer Abfallbehandlung, im Gegensatz zu der aus ideologischen Gründen favorisierten Deponierung bedeuten. Statt dessen wird das Bodenschutzprogramm durchgehend dazu mißbraucht, zweifelhafte Argumente gegen die thermische **Abfallbehandlung** zu liefern, indem zum Beispiel die Emissionen von Hausmüllverbrennungsanlagen in ihrer besonderen Beeinflussung auf den Boden immer wieder erwähnt werden. Sie tun das, obwohl die Emissionen der Müllverbrennungsanlagen dank der 17. BImSchG-Verordnung verschwindend gering sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auf Seite 35 wird dann auch festgestellt, daß Schleswig-Holstein ein **Reinluftgebiet** ist. Das wird dem ländlichen Raum zugeschrieben und steht in einem gewissen Gegensatz zu den dramatisierenden Aussagen an anderer Stelle des Berichtes über diesen Raum.

Selbst das Thema **Gentechnik** wird in diesem Bericht durch die ideologische Brille aufgegriffen. Die Landesregierung kommt auf Seite 42 zu dem Schluß, daß hier die Empfehlung der Enquetekommission des Landtages abzuwarten ist und daß bis dahin auf die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen, Tiere und insbesondere Mikroorganismen zu verzichten ist.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, die Fakten sehen anders aus. Die Freisetzung geschieht bereits, zum Beispiel in Ostholstein. Außerdem ist Schleswig-Holstein hier gar nicht zuständig, sondern der Bund.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist das Problem, wie so oft!)

Bodenschutzrelevante Daten müssen systematisch erhoben werden. Man muß den Überblick behalten und die Bodenveränderungen ermitteln.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie müssen erst einmal den Überblick gewinnen!)

- Ich befürchte, daß bei dem, was Sie alles anbieten, Ihr Überblick verlorengeht. Ist es wirklich erforderlich a) Bodendatenbanken zu unterhalten, b) eine Bodendauerbeobachtung durchzuführen, c) ein Bodenbelastungskataster aufzunehmen und d) ein Bodeninformationssystem einzurichten?

Im Ausschuß wird zu klären sein, inwieweit die Bemerkungen 1996 des Landesrechnungshofes aufgegriffen werden und eine eindeutige Definition des tatsächlichen Bedarfs an Information berücksichtigt werden muß.

(Beifall der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Herlich Marie Todsén [CDU])

Auch aufgrund der angespannten Haushaltslage drängen sich hier weitere Fragen auf: Sind alle diese angesprochenen Einrichtungen nötig? Wer alles soll an diesen Projekten arbeiten? Wie effizient sind die Projekte, oder ist das Ganze vielleicht nur eine weitere ökologische Spielwiese?

Sinnvoll scheint mir zum Beispiel die Bodendauerbeobachtung zu sein, weil ihr ein auf Bundesebene abgestimmtes Konzept zugrunde liegt. Hier macht die Einrichtung Sinn, weil zumindest auch ein Vergleich mit anderen Bundesländern möglich ist.

Im komme zum Schluß: Wir müssen etwas für den Bodenschutz tun, doch das Ziel können wir nicht mit einem Konzept erreichen, das offenbar in weiten Teilen an der Wirklichkeit vorbeigeht, so viele Fragen offenläßt und vor allem weitgehend durch die rot-grüne Brille betrachtet wird.

Ich beantrage Ausschußüberweisung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Matthiessen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen, daß das lange vernachlässigte Thema Bodenschutz auf Landesebene nun endlich von seiten des Umweltministeriums aufgegriffen wurde. Als Ergebnis liegt das **Bodenschutzprogramm** vor.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Frau Tengler, Sie sagten, das sei ein Schnellschuß. Ich weiß nicht, in welchen zeitlichen Dimensionen Sie denken, aber wenn Sie das als Reaktion auf die Bemühungen auf Bundesebene abstellen, zu einem Bodenschutzprogramm zu kommen, dann fasse ich mich doch an den Kopf. Darauf warten wir schon seit 1985, und noch immer nicht ist darin ein landwirtschaftlicher Teil enthalten.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Konrad Nabel [SPD] - Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

- Das ist doch lächerlich, Frau Tengler. Die Tatsache, daß auf Bundesebene seit 1985 an diesem Gesetz herumgebastelt wird, können Sie doch nicht übersehen.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Seit 1980!)

Dieses mühsam gelegte Ei zum Bodenschutz, wird immer mehr zum Windei. Das ist eben das, daß wir in Schleswig-Holstein gar nicht die Alternative hatten, wenn wir nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten wollten.

Bodenzerstörung und Bodenversiegelung gehören weltweit zu den brennendsten, aber leider auch fast wenig beachteten Umweltproblemen. Der Boden ist durch viele Faktoren bedroht, weil Bodenversiegelung, **Bodenverbrauch**, Bodenvergiftung in den vielfältigsten Formen gerade in den sogenannten Entwicklungsländern immer weiter um sich greifen.

Bei uns ist natürlich auch das nicht von Pappe, was mit dem Boden geschieht. Ich rede von Luftaustrag, von großflächigen Einträgen düngerwirksamer Substanzen. Landesweit - inklusive natürlich der angrenzenden Meere - werden zwischen 15 und 30 kg reines N ausgeschüttet. Ich kenne die Zahl nicht ganz genau; die schwankt immer ein bißchen.

Das wird immer sehr gern der Landwirtschaft in die Schuhe geschoben. Das ist aber allenfalls die halbe Wahrheit - ich glaube, nicht einmal die halbe Wahrheit -, denn unsere gewaltige **Energiekonsumtion** in Form von Verkehr und anderen Emissionen trägt dazu den Löwenanteil bei.

Wenn wir den Düngereintrag in der Gesamtfläche sehen, dann haben es die „Hungerkünstler“ natürlich schwer; das heißt die Fische, die eben in eutrophierten Gewässern nicht konkurrenzfähig sind, weil sie nährstoffarme Umgebung brauchen.

Lassen Sie mich jetzt einmal eine „Delikatesse“ aus der Forstpolitik erwähnen. Es gab zwischen den Ökologen und den Forstlern lange Zeit den Kampf um die Düngung der Wälder. Plötzlich treten die Forstspezialisten an die Öffentlichkeit und sagen: Wir düngen nicht mehr; wir sind jetzt ganz ökologisch geworden.

Das, was dahintersteckt, ist dieser massenhafte **Düngereintrag**, der sozusagen die aktive Düngung der Wälder mittlerweile obsolet gemacht hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Obsolet?)

- Ja, überflüssig, Herr Kubicki.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Bei den Forsten haben wir aber auch das Problem der Versauerung der Böden; das ist auch ein sehr nachhaltiges Problem.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben wir hier auch! - Heiterkeit)

- Ja, Herr Kubicki neigt auch immer dann, wenn ich hier stehe, zur Versauerung. Das ist aber Ihr Privatproblem, Herr Kubicki.

(Konrad Nabel [SPD]: Das hat mit dem Boden nichts zu tun, denn der hat keine Bodenhaftung!)

Nicht zuletzt sind die Pestizide zu erwähnen, die uns die Wasserprobleme, aus dem Boden herauskommend, bescheren.

Flug- und Schwemmerosionen sind selbstverständlich auch in Schleswig-Holstein ein Problem, Frau Tengler.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo denn?)

- Ich lade Sie gern einmal zu mir nach Osterby in die Hüttener Berge ein, wo die Hanglage die Oxbek hinuntergeht. Selbstverständlich gibt es dort solche Probleme.

(Zurufe)

Wenn uns die Luft zum Atmen fehlt oder das Wasser zum Trinken ausgeht, dann merken wir unmittelbar, daß etwas nicht stimmt. Geht uns aber der Boden aus, dann bemerken wir das kaum; denn der Boden ist ja irgendwie immer da. Dank der Schwerkraft kleben wir ja fast auf ihm und beachten ihn deshalb so wenig. Das einzige, was die meisten am Boden interessiert, sind der Preis und vielleicht noch seine Qualität, wenn es um die **landwirtschaftliche Nutzung** geht.

Doch auch die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft läßt solche Aspekte in den Hintergrund treten.

Ich nenne an dieser Stelle nur einmal ein Beispiel: In Holland ist man mittlerweile so weit, daß man die Tomaten ganz bodenfrei produziert. Dort gibt es Betonwannen, in die Steinwolle kommt, und mit Tropfbedüngung und -bewässerung wird dann das landwirtschaftliche Erzeugnis produziert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Das heißt also, durch die Technisierung und Chemiesierung der Landwirtschaft ist auch ein Stück weit die Notwendigkeit, auf den Boden sorgfältig zu achten, verlorengegangen, wenn der Boden sozusagen nur noch zum Festhalten der Pflanzen dient.

Ein besonderes Problem ist es, daß auf Bundesebene irgendwann in ferner Zukunft in einer schillernden Verpackung - wahrscheinlich handelt es sich um eine Mogelpackung - ein **Bodenschutzprogramm**, Frau Tengler, serviert werden wird. Von daher muß also das jetzt auf Landesebene vorliegende Programm sein, weil nach jetzigem Kenntnisstand auf Bundesebene die Formulierungen viel zu wenig tragen und auch schwammig sind. Diesen Fehler sollten wir bei unserem Bodenschutzprogramm nicht machen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Dabei kommt es dann auch ein bißchen auf die künftige Praxis an, Herr Kubicki. Ich sehe die Aufgabe des Bodenschutzes als eine echte Querschnittsaufgabe vor dem Hintergrund, was alles den Boden belastet. Das ist eine Querschnittsaufgabe der Landesregierung, und wir werden natürlich darauf achten müssen, in welcher Art und Weise das dann ausgestaltet wird.

Ein Bodenschutzprogramm ist nicht nur ein Altlastenkataster oder ein Programm zur Altlastensanierung; es betrifft in vielen Bereichen - zum Beispiel hinsichtlich der Verkehrswege - gewaltige Probleme. Ich nenne beispielhaft die Reste von Bleieinträgen aus dem Bleitetraethyl im Benzin.

Das vorliegende Bundesbodenschutzgesetz jedenfalls wird in seinem Entwurf, soweit es bekannt ist, den Anforderungen eines echten Bodenschutzes nicht gerecht. Ein besonderes Problem ist schon von der SPD-Rednerin erwähnt worden, nämlich der **Flächenverbrauch**. Wenn es mit dem Flächenverbrauch so weitergeht, in einer Größenordnung von 4,2fach Wesselsbürener Koog zugestraftet per annum, haben wir im Jahre 2050 ein Viertel der Flächen im Lande zugestraftet. - Herr Steinbrück ist im Moment leider nicht hier -

das gilt natürlich auch für gewisse Straßenbaumaßnahmen, die geeignet sind, einen gewaltigen Schadensbeitrag zu leisten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb wollen wir ja mehr Brücken! - Martin Kayenburg [CDU]: Dafür gibt es Umweltverträglichkeitsprüfungen!)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiesen?

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Wiesen, bitte schön!

**Hans Wiesen** [SPD]: Herr Kollege Matthiessen, war Ihr Hinweis auf die Notwendigkeit, weniger Flächen zu versiegeln, ein Hinweis darauf, daß es richtig ist, in bestehende ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude Wohnungen einzubauen, damit wir nicht neue Flächen versiegeln müssen?

(Lebhafter Beifall)

- Herr Wiesen, ich bin sehr für Lückenbebauung, Altbaunutzung, Umnutzungskonzepte und so weiter. Vielleicht gibt es noch Erörterungsbedarf hinsichtlich der Subventionierung solcher Maßnahmen. In diesem Punkt liegen wir vielleicht etwas auseinander.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letztes kurzes Wort zu Frau Tengler, die davon sprach, das sei so landwirtschaftsfeindlich! Das mag aus Ihrer Sicht aus irgendwelchen Quellen stammen. Ich kann das nicht nachvollziehen. Wenn wir einmal das „Bauernblatt“ nehmen, Kommentar zum Bodenschutzkonzept - da lautet die Überschrift: Die Zielsetzung stimmt, die Sachdiskussion beginnt. - Dem ist nichts hinzuzufügen, Frau Tengler.

Wenn der Antrag von landwirtschaftlichen Flächen problematisiert wird, dann vor dem Hintergrund

einer vernünftigen Fruchtfolge, im Sinne einer weiten Fruchtfolge. Das ist allerdings eine Sachdebatte. Ich sehe nirgends die Botschaft, daß sich die Landwirtschaft durch das Bodenschutzprogramm diskriminiert fühlt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Endlich! Jetzt hört mal ein bißchen zu da drüben!)

**Dr. Christel Happach-Kasan** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Matthiessen, Bodenschutz ist ein etwas ernsteres Thema, als daß man es als Chance für Politclownerie nutzen sollte.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich meine, da steckt eine Menge mehr drin. Ich danke Minister Wiesen ausdrücklich dafür, daß er einfach einmal ein Recycling-Problem angesprochen hat, landwirtschaftliche Gebäude als Wohnung zu nutzen, genauso wie Industriebrachen zu recyceln. Das halte ich für sinnvoll. Dafür müssen wir die entsprechenden Fördergelder zur Verfügung stellen, wenn man **Bodenschutz** ernst meint.

(Ursula Kähler [SPD]: Das haben wir doch gemacht!)

Herr Matthiessen, ich darf Sie in zwei Punkten korrigieren. Den ersten Entwurf eines Bodenschutzgesetzes hat der damalige Bundesinnenminister Baum bereits 1980 vorgelegt, in der sozial-liberalen Koalition war er leider nicht durchsetzungsfähig; die Probleme sehen wir allenthalben.

Ich darf ein Weiteres korrigieren: Nicht Minister Steenblock hat den Bodenschutz aufgegriffen, sondern er hat das Bodenschutzprogramm aus dem Jahre 1995 von Frau Ministerin Müller aufgewärmt.

(Beifall bei der F.D.P. - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe auch nicht von Steenblock geredet, sondern vom Umweltministerium!)

Dasselbe Programm mit unwesentlichen Änderungen ohne Verbesserungen, aber immerhin aktualisiert durch die Zahlen aus dem Altlastenbericht - das möchte ich anerkennen - hat der Umweltminister jetzt dem Landtag als Bericht zugeleitet. Ich möchte ausdrücklich feststellen: Die Fachabteilung des LANU, das ehemalige Geologische Landesamt, hat die fachlichen Grundlagen des Programms sorgfältig erarbeitet; es ist eine gute Grundlage, die wir anerkennen sollten.

Von den Umweltmedien Luft, Wasser, Boden sind der Schutz von Luft und Wasser deutlich besser geregelt als der Schutz des Bodens. Was im Boden versickert, sieht niemand, riecht niemand, und frei nach dem Motto „aus den Augen, aus dem Sinn“ wird der Bodenschutz als Aufgabe des Umweltschutzes nur eingeschränkt wahrgenommen. Dabei wird verkannt, daß der Boden ein sehr hohes Gut ist. Von der biologischen Funktionsfähigkeit unserer Böden hängt die Bodenfruchtbarkeit ab, Grundlage nicht nur der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, sondern auch aller naturnahen Biotope.

Der Boden ist eine Station, die die Stoffe der biologischen Kreisläufe wie Wasser, Kohlendioxid, Stickstoff et cetera durchlaufen. Er ist sehr viel mehr als seine mineralischen Bestandteile, er lebt. Lebende Böden sind zu schade, um als Speicher für die aus Luft und Wasser eingetragenen Schadstoffe zu dienen.

Über viele Maßnahmen zum Bodenschutz besteht durchaus Einigkeit. Vermeidung weiterer Versiegelung, der Erosion, von Schadstoffeinträgen et cetera. Doch wie Bodenschutz umgesetzt werden soll, ist nicht so klar. Die zusätzliche Aufnahme des Bodenbewußtseins sowie des öffentlichen Personennahverkehrs in das Programm bedeutet keine Qualitätssteigerung. Es kommt nicht darauf an, möglichst viele Stichpunkte aufzuführen, die etwas mit dem Bodenschutz zu tun haben, es sind für die Kernbereiche, in denen der Boden beeinträchtigt wird, praktikable Vorschläge zu

machen und zügig umzusetzen. Frau Tengler hat das ebenfalls richtig festgestellt.

Aber gerade daran fehlt es doch! Einen Kernbereich für den Bodenschutz bilden Siedlung und Verkehr. Würde die Landesregierung dem Bodenschutz oberste Priorität einräumen, müßte sie sich folgerichtig für den Transrapid auf Stelzen

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

nicht nur zwischen Hamburg und Berlin, sondern auch auf weiteren Trassen einsetzen. Geringe **Bodenversiegelung** bei gleichzeitig hoher Beförderungskapazität - - Frau Fröhlich, könnten Sie mir bitte einmal sagen, wer gerade das Wort hat?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie!)

- Danke schön, Frau Fröhlich. - Geringere Bodenversiegelung bei gleichzeitig hoher Beförderungskapazität und guten Umweltbilanzen gewährleistet kein anderer Verkehrsträger.

Ein weiterer Kernbereich ist die **Landwirtschaft**. Ihre Bewirtschaftungsmethoden können zur Verminderung der Erosion beitragen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu ist eine intensive Beratung erforderlich. Wer jedoch gleichzeitig der Landwirtschaftskammer finanziell die Luft abdrehet, kann auf diesem Gebiet keine Entwicklung verbesserter Bodenbearbeitungsmethoden, verbesserter Beratung erwarten. Die Agrarumweltprogramme der EU finden auf knapp 10 000 ha in Schleswig-Holstein Anwendung. Das sind rund 10 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche gegenüber einem Anteil von 28 % im gesamten Bundesgebiet. Das heißt, die Cofinanzierung der EU-Programme durch die Landesregierung ist derartig schlecht, daß kaum Akzeptanz für diese Programme besteht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wer statt dessen allein auf den Ökolandbau setzt, der keine 2 % der Fläche ausmacht, setzt seine Mittel an der falschen Stelle ein.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Die Hervorhebung der Sozialbindung des Eigentums, die der Minister bei jeder Gelegenheit anführt, läßt unberücksichtigt, daß dadurch die Sicherung der eigenen Existenz nicht gefährdet werden darf. Bodenschutz in der Landwirtschaft ist offensichtlich kein Thema für diese Regierung.

Der dritte Kernbereich ist die **Abfallwirtschaft**. Die Maßnahmengruppe 09 - Abfallvermeidung, Abfallwirtschaft und Altlastensanierung - wird im vorgelegten Haushaltsentwurf von 46,6 Millionen DM 1996 auf 38,8 Millionen DM im Jahre 1997 heruntergefahren. Offenbar ist der Bodenschutz kein Schwerpunktbereich der Landesregierung. Bodenschutzmaßnahmen sind eben auch nicht so gut zu verkaufen. Daher werden sie stiefmütterlich behandelt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Die mechanisch-biologische Restmüllbehandlung wird entgegen jeder Vernunft jedoch mit 5 Millionen DM gefördert, obwohl sie keine Zukunft haben wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Auch in diesem Bereich hat der Bodenschutz keine Priorität.

Das von der F.D.P. mehrmals angemahnte Altlastenkataster ist weiter in der Vorbereitung, seit 1991. Hoffen wir, daß das, was lange währt, auch endlich gut wird.

Ein Kuriosum am Rande: Damit auch für jeden etwas dabei ist und auch die grüne Klientel am Bodenschutz Gefallen findet, wird im Programm auch die grüne Gentechnik thematisiert. Auf der von der F.D.P.-Fraktion organisierten Anhörung zur grünen Gentechnik - Herr Matthiessen, ich habe Sie vermißt - wurde nichts vorgetragen, das die Vorbehalte der Landesregierung gegen diese

Methode inhaltlich rechtfertigt. Professor van den Daele, Leiter des Runden Tisches am Wissenschaftszentrum in Berlin, hat in einem Interview deutlich herausgestellt, daß bei gleichem Maßstab die Freisetzung auch herkömmlich gezüchteter Pflanzen verboten werden müßte. Wollen Sie das, Herr Minister?

Im Fazit ist festzustellen, daß der Bodenschutz für die Landesregierung von untergeordneter Bedeutung ist. Ein zentraler Bestandteil Ihrer Politik ist er nicht. Daran kann auch die kritische Würdigung des Entwurfs des Bundesbodenschutzgesetzes nichts ändern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerckens.

**Peter Gerckens [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW begrüßt das **Bodenschutzprogramm**, das der Umweltminister vorgelegt hat. Wir alle wissen, wie wichtig es ist, unsere Böden vernünftig zu behandeln. Der Boden ist das zentrale Medium für fast alle ökologischen Prozesse. Ohne Boden kein Leben, aber auch ohne Leben kein Boden. Das gilt gleichermaßen für Mensch und Tier. Die ökologischen und damit volkswirtschaftlichen Schäden, die durch Belastung und verkehrte Nutzung der Böden in Deutschland und Schleswig-Holstein entstehen, sind hinreichend bekannt.

Der SSW teilt daher die Ziele des Programms und dessen Schwerpunkte: eine Verringerung der Bodenversiegelung, die Senkung der **Schadstoffbelastung** über Luft und Wasser und damit die Minimierung der direkten und indirekten Schadstoffeinträge.

Wir wissen natürlich ebenfalls, meine Damen und Herren, daß der Handlungsspielraum der Landesregierung in vielen Bereichen begrenzt ist. Besonders die Senkung der Schadstoffbelastungen durch den Verkehr und die Industrie liegt hauptsächlich in der Verantwortung des Bundesgesetzgebers.

Bei der Förderung von Energiesparmaßnahmen und der Stärkung des ÖPNV ist die Landesregierung auf

dem richtigen Weg; dies sei hier nur einmal als Beispiel erwähnt. An dieser Stelle möchte ich dann auch noch einmal den Landesweiten Nahverkehrsplan erwähnen.

Wir vom SSW sind aber der Auffassung, daß die Ziele des Bodenschutzprogramms regional unterschiedlich zu gewichten sind. Beispielsweise darf die vorgesehene sparsamere Ausweisung von Bauflächen für Siedlung und Wirtschaft nicht die Möglichkeiten des ländlichen Raumes und der **Westküste** zur weiteren Entwicklung einschränken. Den strukturschwachen Gebieten müssen genügend Flächen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zu **Neuansiedlungen** zur Verfügung stehen. Es kann nicht sein - und man wird diesen Eindruck angesichts der Diskussion der letzten Tage, aber auch angesichts der kommenden Diskussion um dieses Programm nicht los -, daß die Westküste im Landesteil Schleswig als Ausgleichsfläche für die Wirtschaftsentwicklung in anderen Teilen des Landes erhalten muß. Dagegen werden wir uns zur Wehr setzen.

(Beifall bei der CDU)

Dies wäre nämlich eine grundsätzlich fatale Entscheidung. Was in den letzten Jahren mit Erfolg erreicht wurde - die Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten an der Westküste sind der konkrete Nachweis dieser Erfolge -, darf jetzt und künftig nicht aufs Spiel gesetzt werden. Eine solche kurzfristige Politik wird der SSW jederzeit entschieden ablehnen, ja er wird aktiv dagegen angehen.

Ohne Zweifel besteht auch Handlungsbedarf hinsichtlich der Belastung der Böden durch landwirtschaftliche Nutzung. Die verstärkte Förderung des ökologischen Landbaus ist ein Weg, meine Damen und Herren, wird aber nicht ausreichend sein. Deshalb muß verstärkt das Gespräch mit allen Beteiligten gesucht werden. Der SSW empfiehlt deshalb, nach dem dänischen Modell zusammen mit der **Landwirtschaft** feste Zielsetzungen zur Reduzierung der Düngemittelanwendung zu erarbeiten. Eine Stickstoffabgabe darf aber erst das letzte Mittel sein, wenn alle anderen Bemühungen keinen Erfolg bringen. Es muß also kooperativ und im Konsens verfahren werden. Dieser Grundauffassung sind wir.

Wir begrüßen die weitere Beratung in den Ausschüssen. Zum Schluß kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen, Herr Kollege Matthiessen. Ihre Ausführungen zu den holländischen Tomaten ohne Bodenhaftung waren ja ganz interessant, aber es gibt nachweislich auch Menschen, denen es ohne jegliche Bodenhaftung durchaus ebenfalls gutgeht.

(Heiterkeit)

Es gibt dafür zahlreiche Beispiele. Was in der Natur stattfindet, gilt dann eben auch für die Menschen.

Wir sehen der Beratung in den Ausschüssen entgegen, warnen aber davor, die Belange insbesondere der Westküste im Blick auf deren wirtschaftliche Entwicklung beiseite zu schieben. Dies wäre fatal. Dies machen wir nicht mit.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Nabel.

**Konrad Nabel [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß mit ein paar Märchen aufräumen. Seit 1988 wird in diesem Hause - programmatisch vorangetrieben von der SPD und dem damaligen Umweltminister Berndt Heydemann sowie seiner Nachfolgerin Edda Müller - bei jeder Diskussion zu einem der grundlegenden Umweltgesetze, die wir ja alle vorgelegt haben - Medienschutz- und Naturschutzgesetze - auch deutlich gemacht, daß es ein Landesbodenschutzgesetz deshalb nicht geben kann, weil auf Bundesebene bis dahin nichts vorgelegen hat und weil darüber hinaus - dies ist wohl der entscheidende Punkt - zur Finanzierung der **Altlasten** auf Bundesebene kein sinnvolles und vernünftiges Konzept vorgelegt worden ist. Wir haben dies gerade auch im Zusammenhang mit der Altlastendiskussion hier im Landtag angemahnt. Solange es auf Bundesebene keinen - maßgeblich von der verursachenden Industrie finanzierten - Bodenschutzfonds gibt - keinen Altlastenfonds, um es genauer zu sagen -, so lange werden wir die milliardenschweren Altlasten, die wir zu sanieren haben, nicht sanieren können. Dann aber macht auch ein Landesbodenschutzgesetz wenig Sinn.

Es ist notwendig, daß auf Bundesebene ein **Bodenschutzgesetz** verabschiedet wird, das der Vorsorge und der Nachsorge Rechnung trägt.

(Beifall bei der SPD)

Der Bund ist und bleibt gefordert, endlich ein Gesetz zu verabschieden. Mit dem bekannten Entwurf allerdings wird nicht der Boden, sondern werden die Nutzer des Bodens geschützt. Das darf so nicht weitergehen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschlußüberweisung beantragt worden, und zwar ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung federführend dem Umweltausschuß und dem Agrarausschuß zur Mitberatung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Punkt 9 der Tagesordnung auf:

#### **Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses nach dem Landesrichtergesetz**

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/304

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, über den Wahlvorschlag offen abzustimmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist offenbar nicht der Fall.

Dann weise ich noch darauf hin, daß für die Wahl zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich sind.

Ich lasse jetzt über die Drucksache 14/304 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe dann Punkt 10 der Tagesordnung auf:

#### **Besetzung der Stelle der Präsidentin/des Präsidenten beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht**

Bericht und Wahlvorschlag des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 14/324

Auch zu diesem Punkt ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, über diesen Vorschlag ebenfalls offen abzustimmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Auch in diesem Falle weise ich darauf hin, daß für die Annahme des Wahlvorschlags eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 14/324 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Zweidrittelmehrheit ist deutlich erreicht. Ich glaube, weitere Einzelheiten des Abstimmungsergebnisses brauchen wir an dieser Stelle nicht festzustellen.

Damit ist die Wahl des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgerichts vom Parlament bestätigt worden.

Ich rufe Punkt 23 der Tagesordnung auf:

#### **Verfassungsschutzbericht 1995**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/143

Das Wort hat Herr Innenminister Dr. Wienholtz.

#### **Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Landesverfassungsschutzgesetz verpflichtet die Landesregierung, den Landtag mindestens einmal jährlich über die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zu unterrichten. Der Jahresbericht 1995 war bereits im Frühjahr dieses Jahres fertiggestellt. Die Landesregierung wollte ihn jedoch nicht mehr dem alten, sondern erst dem neuen Landtag vorlegen. Die Lagerdarstellung ist nach wie vor aktuell. Wesentliche Ereignisse der ersten Hälfte des Jahres 1996 sind nachträglich eingearbeitet worden.

Auch dieser Bericht will die aktuelle Entwicklung im Rechts-, im Links- wie im Ausländerextremismus beschreiben. Er strebt keine vollständige Aufzählung aller extremistischen Bestrebungen an, sondern beschränkt sich auf wesentliche und prägende. Rechtsextreme Kleinverlage und völkisch-esoterische Gruppen zum Beispiel haben zur Zeit weitgehend an Einfluß verloren; sie werden - wenn überhaupt - nur kurz erwähnt.

Ich möchte die Aussagen des Lageberichts wie folgt zusammenfassen. Das Bild des **Rechtsextremismus** ist derzeit von Bemühungen geprägt, sich neu zu orientieren. Die rechtsextremen Parteien haben weiterhin Mitglieder verloren, bundes- wie landesweit gegenüber dem Vorjahr rund 20 %. Außer in Baden-Württemberg, wo die Republikaner bei der Landtagswahl im Frühjahr 9,1 % der Wählerstimmen erringen konnten, sind rechtsextreme Parteien in keinem Landesparlament mehr vertreten. Es ist ihnen im wesentlichen nicht gelungen, nach rechtsaußen tendierende Protestwähler auf Dauer an sich zu binden.

Das rechtsextreme Lager bemüht sich derzeit verstärkt um einen politischen Zusammenschluß. Dabei geht es insbesondere bei der NPD zunehmend darum, auf neonazistische Gruppen zuzugehen.

Im Gegensatz zu dem Mitgliederbestand der Parteien hat sich die Zahl junger neonazistischer Aktivisten nicht verringert. Bedenklich ist die zunehmend enge Verbindung zum rechtsextremistisch orientierten Teil der **Skinheadszenen**. Hier hat sich eine feste, rechtsextrem orientierte Jugendkultur mit einer nationalistisch-fremdenfeindlich, zunehmend antidemokratisch geprägten und auf Haß und Gewalt fixierten eigenständigen Kult- und Musikszene herausgebildet.

Zwar ist die Zahl der Gewalttaten 1995 weiter zurückgegangen, die Aggressivität der rechtsextrem orientierten Jugendszene ist jedoch weiterhin unverkennbar hoch.

Im Bereich des **Linksextremismus** ging 1995 die größte Gefahr von der Terrorgruppe **Antimperialistische Zelle**, AIZ, aus. Sie verübte vier Sprengstoffanschläge auf Wohn- und Geschäftsgebäude. Nach der Verhaftung zweier

mutmaßlicher AIZ-Mitglieder am 25. Februar 1996 im Kreis Stormarn sind für dieses Jahr angekündigte weitere „potentiell tödliche Aktionen“ - so das Zitat - bisher ausgeblieben. Ob durch die Festnahmen die von der AIZ ausgehende Gefahr beseitigt ist, läßt sich derzeit allerdings noch nicht abschätzen. Die Ermittlungen zu möglichen weiteren Mitgliedern dieser terroristischen Gruppierung dauern an.

Die militante **linksautonome Szene** verknüpfte ihren Widerstand gegen die sogenannten Herrschaftsansprüche des Staates und seiner Verfassungsorgane vor allem mit dem Protest gegen die **Castor-Transporte** und gegen das Zwischenlager **Gorleben**. Zahlreiche Anschläge auf Bahnanlagen verursachten Sachschäden in Millionenhöhe und gefährdeten den Personenverkehr. An den Auseinandersetzungen mit der Polizei waren auch Autonome aus Schleswig-Holstein beteiligt.

Im Bereich des **Ausländerextremismus** gehen die Gefahren für die innere Sicherheit nach wie vor in erster Linie von revolutionär-marxistischen türkischen Organisationen sowie von der Arbeiterpartei Kurdistan **PKK** aus. Ihnen sind nahezu alle in den vergangenen Jahren sowie im bisherigen Verlauf des Jahres 1996 in der Bundesrepublik verübten Gewalttaten mit ausländerextremistischem Hintergrund zuzuschreiben. Die PKK setzte bis ins Jahr 1996 hinein ihre in der Bundesrepublik verfolgte Doppelstrategie fort: einerseits als Dialogpartner für die Kurden im Lande sprechen zu wollen, andererseits durch militante Aktivitäten Aktions- und Kampfbereitschaft zu demonstrieren. Noch Anfang 1996 hat ihr Generalsekretär Öcalan unverhüllt mit Terroranschlägen in der Bundesrepublik gedroht. Seitdem betont er Gewaltfreiheit und Verhandlungsbereitschaft. Ich hoffe sehr, daß die PKK in all ihren Organisationsteilen damit zur Einhaltung rechtsstaatlicher Verhaltensnormen auf Dauer bereit ist.

Die seit 1994 zu beobachtende verstärkte Konfliktbereitschaft zwischen jüngeren nationalistischen Türken auf der einen Seite und Anhängern der PKK sowie Anhängern revolutionär-marxistischer Organisationen auf der anderen Seite hat sich auch 1995 fortgesetzt. Brennpunkte waren Kiel, Rendsburg und vor allem Neumünster, wo es

am 3. September 1995 zur Erschießung eines Anhängers der PKK kam. Im Anschluß an diese Tat gab es eine Demonstration in Neumünster, die geprägt war durch eine hohe Anzahl von Demonstranten, durch ein besonders besonnenes, auf Deeskalation ausgerichtetes Verhalten der Polizei und durch ein vernünftiges Verhalten auch derer, die für die Demonstration verantwortlich waren. Das gleiche hat sich dann ein Jahr später, vor wenigen Wochen, in Neumünster wiederholt.

Soweit dieser Rückblick, der zugleich Ausblick sein soll. Er zeigt, daß die Anerkennung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundregeln in unserem Staat derzeit nur von wenigen in Frage gestellt wird. In diesem Sinne mag der Bericht beruhigend sein. Wir alle aber wissen, wie schnell eine offene und freiheitliche Gesellschaft aus dem Gleichgewicht gebracht werden kann. Der Bericht rückt die Ansatzpunkte, von denen aus dies versucht werden könnte, ins öffentliche Bewußtsein.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Kähler.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können es sicherlich als großen politischen Erfolg verzeichnen, daß es im Schleswig-Holsteinischen Landtag keine rechtsextremen Abgeordneten mehr gibt.

(Beifall im ganzen Haus)

Aber ich sage auch ganz deutlich, daß diese Tatsache keinesfalls den Auftrag von Politik und Gesellschaft beendet, den Rechtsextremismus, aber, wie ich finde, auch den Linksextremismus zu bekämpfen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Denn sie haben mit Sicherheit eines gemeinsam: diesen Staat und das System zu bekämpfen und zu stürzen. Das sind sogar Originaltöne aus bestimmten Veröffentlichungen dieser extremistischen Gruppen.

Im Bericht wird notiert, daß die **Umstrukturierung des Rechtsextremismus** zur Zeit doch sehr stark stagniert. Dennoch müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß es weiterhin ein sehr hohes **Gewaltpotential** gibt, welches gerade auch aus unserem Bundesland heraus operiert. Die Vorbereitung zu dieser Umsetzung von Gewalttaten ist laut Bericht sehr viel subtiler geworden und somit auch sehr viel schwerer erkennbar.

Versuchen die Rechtsextremen jetzt auf der sozialfaschistischen Schiene ihr Süppchen zu kochen, so agieren die **linksextremen Gruppierungen** unter dem Deckmantel der sogenannten Szene. Sie versuchen, Eingang zu Agitation zu finden, autonome Infoläden als Anlaufstelle und Treffpunkt zu nutzen, um sporadisch und ganz unverbindlich protestbereite Jugendliche, aber auch Erwachsene für ihre militanten Aktionen zu mobilisieren und/oder die Ängste der Menschen, die gegen die Atomenergie protestieren, für ihre Ziele zu nutzen beziehungsweise sich hinter ihnen zu verstecken, um weitestgehend unbemerkt ihre eigenen Ziele verfolgen zu können.

Niemand wird bezweifeln wollen, daß unser liberaler, demokratischer Rechtsstaat vor solchen Extremen geschützt werden muß. Wer jedoch, Herr Füllner - da spreche ich insbesondere nicht nur die CDU-Landespartei und -Landtagsfraktion an, sondern auch die Bundes-CDU -, zum wiederholten Male einen vorgelegten Verfassungsschutzbericht zum Anlaß nimmt, die **Verfassungsschutzbehörde mit polizeilichen Aufgaben** zu betrauen, der kratzt nicht nur ganz verschämt an den tragenden Verfassungsprinzipien und rechtsstaatlichen Strukturen, sondern stellt diese Prinzipien ganz unverfroren zur Disposition. Damit noch nicht genug! Diese Prinzipien werden von Ihrer Partei auch noch mit Forderungen nach gesetzlichen Maßnahmen über den Haufen geworfen.

Die SPD-Landtagsfraktion wird dem Verfassungsschutz keine polizeiliche Befugnis zugestehen. Die **Bekämpfung der organisierten Kriminalität** ist nicht und soll nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes sein. Eine solche Entwicklung der geheimdienstlichen Ermittlungshilfe, die Forderung der Koordinierung bis hin zur Zusammenführung von Verfassungsschutz und Polizei halten wir für im höchstem Maße problematisch. Dies hat für die Bundesrepublik nicht nur verfassungsrechtliche, sondern auch

historische Gründe. Mit einem polizeilichen Staatsschutz wird die verfassungsgemäße **Trennung von Polizei und Verfassungsschutz** systemwidrig vermischt.

Die SPD-Landtagsfraktion, Herr Füllner, hält auch an einer personellen und sachlich-funktionalen Trennung fest. Es ist ja auch eine Forderung von Ihnen gewesen, diese Trennung aufzuheben. Natürlich ist auch uns nicht verborgen geblieben, daß es großflächige Überschneidungen gibt, ohne daß sich an der verfassungsgemäßen Situation etwas geändert hätte. Diverse Datenschutzberichte des Bundes und einiger Länder sind ja geradezu Fundgruben für solche Überschneidungen. Ich gehe jedoch davon aus, Herr Minister, daß dies nicht für das Land Schleswig-Holstein gilt.

Meine Fraktion will weder ein Bundes- noch ein Landessicherheitsamt, wie es in CDU-Kreisen gefordert wird; denn wir sagen, daß man ein solches Amt gleich als Geheimpolizeiamt einstufen könnte. Die Rettung des Gebots der Trennung von Verfassungsschutz und Polizei bleibt eine zentrale politische Forderung der Sozialdemokraten. Wir erteilen von dieser Stelle aus der CDU-Forderung eine Absage, den Verfassungsschutz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Füllner.

**Meinhard Füllner [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Beschreibung des Problems und der Ergebnisse im Verfassungsschutzbericht sind wir uns, Herr Innenminister, glaube ich, alle einig. Das sind Fakten, das ist die Fortschreibung einer etablierten Szene, die sich in bestimmten Richtungen weiterentwickelt. Ich denke, es ist auch weiterhin notwendig, diese **Verfassungsschutzberichte** vorzulegen, wenngleich ich glaube, daß es seit dem Jahre 1995 bereits wieder einige Entwicklungen gegeben hat, die auch die Aktualität der heutigen Beratung in Frage stellen.

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz:  
Was?)

Im Bericht finden sich auch viele Tatbestände, deren Aufnahme überflüssig gewesen wäre, Herr Kubicki. Ich glaube, es ist nicht nötig, diese Dinge immer wieder neu darzulegen, weil es - und darauf komme ich im zweiten Teil meiner Ausführungen zurück - neue Herausforderungen gibt, die wir im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutzbericht diskutieren müssen. Ich komme darauf gleich noch einmal auch im Zusammenhang mit den Worten von Frau Kähler zurück.

Ich will ergänzend noch etwas zu der sogenannten etablierten Szene des Links- und des Rechtsextremismus sagen. Ich teile Ihre Auffassung, Herr Innenminister, daß sich die Situation hier in Teilbereichen entschärft hat. Diese Erscheinungen sind aber nach wie vor subversiv vorhanden. Ich glaube, daß die gesellschaftliche Solidarität und die gesellschaftliche Ächtung hier in diesem Hause auch dazu geführt haben, daß **DVU** und **DLVH** in Schleswig-Holstein nicht mehr den Stellenwert haben, den sie einmal hatten. Das ist ein Erfolg, der positiv zu vermerken ist. Darüber sollten sich die demokratischen Parteien auch weiterhin einig sein.

Andererseits müssen wir uns darüber im klaren sein, daß das Verschwinden von der offenen Szene nicht den Schluß zuläßt, daß diese Kräfte nicht mehr vorhanden seien. Deshalb glaube ich, daß hier weiterhin Wachsamkeit erforderlich ist. Zwei Bereiche haben in der letzten Zeit besonders spektakuläre Aufmerksamkeit hervorgerufen.

Da sind einmal die Antiatomaktivitäten im Zusammenhang mit den **Castor-Transporten** in Niedersachsen. Ich glaube, hier ist noch einmal ganz deutlich geworden, daß es denen, die dort demonstriert haben, die Gewalt ausgeübt haben, nicht primär darum gegangen ist, die Atomkraft zu bekämpfen oder den Castor-Transport zu verhindern, sondern daß es ihnen insbesondere darum ging - und das zeigt auch die Struktur dieser Gruppen, die dort tätig geworden sind -, einen Anschlag gegen die verfassungsmäßige Ordnung durchzuführen. Ich glaube, das ist das Kernziel. Der Kampf gegen die Atomkraft ist nur das Vehikel für eine Demonstration gegen unseren **Rechtsstaat**. Das müssen wir erkennen.

Wer wie in Niedersachsen eine Politik betreibt, die vor diesen Organisationen zurückweicht, erkennt

nicht, daß diese Chaoten etwas ganz anderes wollen, als diesen Castor-Transport zu bekämpfen. Der erkennt, daß es diesen Leuten um ganz andere Dinge geht, nämlich um die Destabilisierung unserer verfassungsrechtlichen Ordnung.

Deswegen müssen sich alle demokratischen Parteien darüber einig sein, daß wir vor diesen Kräften nicht zurückweichen dürfen, auch wenn dadurch starke polizeiliche Kräfte gebunden werden. Das ist ein großes Problem - ich sehe dies auch -, und zwar nicht nur für die Polizei, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt, aber dennoch, glaube ich, muß die klare Antwort der Politik darin bestehen, daß der Staat sein **Gewaltmonopol** in dieser Situation dann auch ausübt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich will ein zweites Thema ansprechen, weil es in diesem Haus eine Rolle gespielt hat, nämlich die **extremistischen Bestrebungen von Ausländern**. Auch da fordere ich - Frau Fröhlich, Sie gucken gerade sehr sorgenvoll - die Solidarität aller demokratischen Parteien ein. Es kann nicht angehen, daß eine demokratische Institution wie das Landeshaus von ausländischen Gruppen besetzt wird und dann einige aus den demokratischen Parteien ausscheren und sogar noch ein gewisses Verständnis für solche Besetzungen zeigen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hätten wir sie herunterspringen lassen sollen?)

Das sollten wir zum Anlaß nehmen, noch einmal darüber nachzudenken, daß auch in diesem Bereich wirklich die Solidarität von uns allen erforderlich ist.

Unsere **Solidarität mit Minderheiten** ist unbestritten, aber gewaltsame Auseinandersetzungen dürfen nicht in unserem liberalen Rechtsstaat, auf unserem demokratischen Boden erfolgen. Dagegen müßten wir uns gemeinsam wehren.

Nun komme ich zu dem Punkt, den Sie, Frau Kähler, angesprochen haben. Mir ist dieser Verfassungsschutzbericht auch wieder Anlaß, eine grundlegende Debatte darüber zu fordern, was denn eigentlich in unserer Gesellschaft die Verfassung gefährdet. Beschränkt sich die Gefährdung auf das,

was hier in dem Bericht beschrieben worden ist? Ich sage ganz eindeutig: Nein, die Gefährdung beschränkt sich nicht darauf. Wir haben neue Herausforderungen. Zwei Bereiche sind dabei auch in der öffentlichen Debatte von besonderer Aktualität.

Da ist einmal die Frage der sogenannten **Scientology Church**, die Frage, ob das Wirken von Sekten oder dieser Scientology Church unsere verfassungsrechtliche Ordnung gefährden kann. Unsere Antwort ist klar: Ja, eine solche Gefährdung ist möglich! Ich glaube, daß sich viele auch über die Parteien hinweg darüber im klaren sind.

Herr Innenminister, wir haben darüber auch im Innen- und Rechtsausschuß aufgrund Ihres Berichtes diskutiert, und Sie haben dort das gleiche dargelegt, was die Innenministerkonferenz vor einigen Tagen noch einmal bestätigt hat, daß es nämlich zur Zeit keine gerichtsverwertbaren rechtlichen Anhaltspunkte dafür gibt, um eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz vornehmen zu können. Aber, meine Damen und Herren, wir diskutieren in solchen großen Bereichen von gewaltigen Herausforderungen und mit großen Gefährdungspotentialen gerade auch für junge Menschen immer in ganz formaler rechtsstaatlicher Manier. Das ist ja auch unsere Pflicht. Es stellt sich aber die Frage: Wie lange wollen wir so diskutieren? Wollen wir diese Entwicklung so lange hinnehmen, bis es zu spät ist, bis sich Strukturen gebildet haben, die dann nur schwer bekämpft werden können?

Deshalb sollten wir alle gemeinsam noch einmal darüber nachdenken, ob es nicht wirklich Sinn macht, auch in einem weiteren Bereich, den ich noch kurz ansprechen will, nämlich im Bereich der **organisierten Kriminalität**, mit dem **Verfassungsschutz** zusammenzuarbeiten.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Herr Abgeordneter Füllner, Sie haben die Redezeit bereits um eine Minute überzogen.

**Meinhard Füllner [CDU]:**

Ich will nur noch einen Satz sagen.

Es geht keinesfalls darum, Frau Kähler, etwa dem Verfassungsschutz **polizeiliche Befugnisse**

zuzuordnen. Darum geht es in keiner Weise. Das hat niemand behauptet. Sie haben hier einen Popanz an die Wand gemalt, den ich in keiner CDU-Broschüre und in keinem CDU-Beschluß nachlesen kann. Wir haben allerdings darüber nachgedacht, Frau Kähler, ob es nicht wirklich Sinn machen kann, die besonderen Kompetenzen und **Beobachtungsverfahren des Verfassungsschutzes** zur Bekämpfung einer Entwicklung zu nutzen, die der Gesellschaft insgesamt mehr und mehr Sorge bereiten muß. Wir sollten hier in diesem Hause einmal gesondert darüber diskutieren, ob der Verfassungsschutz nicht in besonderer Weise neue Aufgaben übernehmen kann, ohne das **Trennungsgebot** zu gefährden.

Herr Innenminister, eigentlich wollte ich noch - ich komme nicht mehr dazu - die **Personalentwicklung** beim Amt für Verfassungsschutz ansprechen.

(Glocke des Präsidenten)

Es kann natürlich nicht angehen, daß wir die Stellenzahl von früher 124 Stellen auf 65 Stellen jetzt reduzieren. Diese Reduzierung ist mehr als problematisch.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

**Matthias Böttcher** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der **Verurteilung politischer Gewalt** sind wir uns sicherlich einig. Aber ob man die Besetzung des Landeshausbalkons als politische Gewalt bezeichnen kann, das halte ich für fraglich. Eine solche Ansicht scheint mir eher stark übertrieben und im Gegensatz zu anderen Dingen auch wesentlich verharmlosend, wenn ich mir zum Beispiel die Vorgänge in Mölln ansehe.

Gesetzliche **Aufgabe des Verfassungsschutzes** ist die Unterrichtung der Landesregierung über Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit von Bund und Land. Sinn und Zweck dieses Gesetzesauftrages ist es, daß die zuständigen

Stellen rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr ergreifen können.

Obwohl der **Verfassungsschutzbericht 1995** 58 Seiten umfaßt, kann ich keine Stelle finden, die diesem Auftrag auch nur annähernd gerecht wird oder wenigstens zu neuen Erkenntnissen beiträgt, die nicht offensichtlich oder aus der Presse bekannt sind.

Ich fasse den Bericht zusammen: Weder bei den Rechtsextremen noch bei den Linksextremen gibt es im Gegensatz zu den Vorjahren bedrohliche Veränderungen. Aber ist das das Verdienst des Verfassungsschutzes? Hat die Tätigkeit des Verfassungsschutzes irgend etwas zu dem Rückgang beigetragen, oder - wie er selbst auf Seite 2 berichtet - verstärkt seine Tätigkeit nicht den Zusammenhalt und das Widerstandsbewußtsein innerhalb der extremen Szenen? Die Erkenntnis, daß die rechte Gewalt - das gilt auch für die linke - keine Gefährdung der Verfassungsordnung, sondern eine Herausforderung für die **innere Sicherheit** darstellt, heißt für mich, daß hier die **Polizei** zuständig ist. Sie soll laut gesetzlichem Auftrag die innere Sicherheit mit ihren rechtlichen Mitteln und Kompetenzen bewahren.

Ich frage Sie: Wo, bitte, ist die **Zuständigkeit des Verfassungsschutzes** für die Überwachung eines eingetragenen Vereins, der sich mit politisch Verfolgten und Gefangenen solidarisiert und einen öffentlichen Bericht herausgibt? Sieht etwa so heute die Gefährdung unserer Verfassungsordnung aus?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Oder muß der Verfassungsschutz extra eine Verknüpfung zwischen Atomkraftgegnern und der Berliner Autonomen Zeitschrift, in der das System als Fehler bezeichnet wird, konstruieren, wobei es das Geheimnis des Verfassungsschutzes bleibt, ob mit dem Begriff „das System“ tatsächlich die Verfassungsordnung gemeint ist?

Ich frage mich daher: Braucht der Verfassungsschutz 58 Seiten, um uns zu zeigen, daß er, obwohl weder von rechts noch von links noch von außen Gefahren für die Verfassungsordnung bestehen, noch eine Tätigkeit und Existenzberechtigung hat? Sind die Tätigkeiten, über die berichtet wird, nicht vielmehr primär eine Aufgabe der **Polizei**, und sollten die für den

Verfassungsschutz aufgewendeten Mittel nicht besser in den Polizeihauhalt einfließen?

Betrachte ich die gesamtpolitische Entwicklung seit 1989, das Ende des Kalten Krieges und unsere knappen Haushaltskassen sowie die Vorfälle im Zusammenhang mit dem Bundesnachrichtendienst - ich erinnere an die Plutoniumaffäre -, so komme ich zu der Auffassung, daß die Tätigkeiten des Verfassungsschutzes auch sehr gut bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft aufgehoben wären. Es sind ausreichend Straftatbestände vorhanden, die eine Zuständigkeit der Polizei und der Staatsanwaltschaft bereits im Vorfeld begründen. Polizei und Staatsanwaltschaft haben ausreichend rechtliche Möglichkeiten, für die innere Sicherheit zu sorgen.

Der Innenminister muß sich fragen lassen, ob in der heutigen Situation wirklich noch ein Nebeneinander von **Polizei und Verfassungsschutz** in Schleswig-Holstein notwendig ist;

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Darauf hätte ich gern eine Antwort! Das würde ich gern hören, Herr Innenminister!)

denn die Gefahren für die Verfassungsordnung bestehen aus meiner Sicht nicht mehr. Eine Beibehaltung des Verfassungsschutzes führt, wie der Bericht zeigt, vorrangig zur Kostenverursachung und dem Füllen von 58 Seiten. Noch bedenklicher für das Nebeneinander von Justiz, Polizei und Verfassungsschutz aber ist das Suchen nach Tätigkeitsfeldern, weil sich niemand gern selbst für obsolet erklärt. Der BND hat dies in beispielhafter Weise gezeigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der von Innenminister Ekkehard Wienholtz vorgelegte **Verfassungsschutzbericht** hat auf der rechten Seite des politischen Spektrums eine gewisse Entspannung der Lage festgestellt. Die

**rechtsextremen Gewalttaten** in Schleswig-Holstein haben gegenüber 1995 um 50 % abgenommen. Die rechtsextremen Parteien sind deutlich schwächer geworden und haben zudem in der März-Wahl dieses Jahres ihre parlamentarische Plattform verloren. Dies ist - ich denke, alle Fraktionen hier im Landtag sind sich darüber einig - eine begrüßenswerte Entwicklung.

In der Neonaziszene ist allerdings genau das Gegenteil zu beobachten: Sie ist gewaltgeneigter und unübersichtlicher geworden und hat sich auf die Durchführung dezentraler Einzelaktionen zurückgezogen. Was dies bedeutet, liegt auf der Hand: Eine rechte Szene ohne feste organisatorische Struktur ist wesentlich schwieriger zu kontrollieren als eine Parteiorganisation mit einer klaren Funktionszuordnung.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist der von Innenminister Wienholtz bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts geäußerte Wunsch nach der Aufstockung des **Personals** im Verfassungsschutz verständlich. Herr Kollege Böttcher, Ihre Klage, daß von relativ wenig Beamten im Verfassungsschutz 58 Seiten Papier produziert worden sind, führt mich zu der Erkenntnis: Wenn es noch weniger Personal wird, dann können sie nicht mehr tun, als Zeitung zu lesen und das zu verarbeiten. Was wir in diesem Bereich brauchen, ist genau das Gegenteil, nämlich mehr Personal. Darauf komme ich noch zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der grünen Fraktion, wieso ausgerechnet Sie sich gegen eine Personalerhöhung beim Verfassungsschutz ausgesprochen haben, ist mir völlig unerklärlich. Daß es auch anders geht - hier mache ich einen kleinen Exkurs -, hat ja die Fraktionsvorsitzende der Grünen in einem Schreiben an die Ministerpräsidentin dokumentiert, in dem sie gefordert hat, für das Verfahren gegen Safwan Eid in Lübeck mehr Staatsanwälte zur Verfügung zu stellen. Frau Kollegin Fröhlich, Sie haben das zu erklären versucht. Als Strafverteidiger ist es mir völlig unerklärlich, warum ausgerechnet Sie mehr Staatsanwälte in dem Verfahren wollen, damit die Verurteilung einfacher wird. Die Staatsanwaltschaft Lübeck geht ja von einer Täterschaft von Safwan Eid aus.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wäre vielleicht gut

gewesen, wenn Sie mit mir darüber gesprochen hätten!)

Sie betonen stets Ihre antifaschistische Grundhaltung. Wenn es aber um konkrete Maßnahmen gegen **Rechtsradikalismus** geht, dann verweigern Sie sich. Wahrscheinlich liegt das am begrüßenswert sachlichen und unaufgeregten Ton, mit dem der Innenminister die Gefahren des Extremismus beschreibt. Er hätte in diesem Fall etwas lauter trommeln sollen, um die Schwerhörigkeit bei Ihnen zu überwinden. Wir glauben nicht, daß die Landesregierung jetzt dazu übergehen wird, Berichte nur noch um der Berichte willen zu geben; denn nicht nur die Gefahren des Rechtsextremismus bestehen nach wie vor, auch die Zahl der **linksextremen Gewalttaten** hat 1995 zugenommen, ebenso wie die **Taten von Ausländern mit extremistischem Hintergrund**.

Die Rote Armee Fraktion hält sich an ihren vorläufigen Verzicht auf tödliche Aktionen. Die Antiimperialistischen Zellen hingegen sind nach wie vor zur Durchführung tödlicher Aktionen bereit. Auch die Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterpartei Kurdistans und nationalistisch gesonnenen jungen Türken gefährden die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland. Es kann nicht angehen, daß auf dem Boden Schleswig-Holsteins innertürkische Auseinandersetzungen gewaltsam ausgetragen werden und die hier friedlich lebenden türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger durch eine verschwindend kleine gewaltsame Minderheit diskreditiert werden.

Die Lage hat sich weder entspannt noch grundlegend verändert. Im Gegenteil: Die früher scharfe **Abgrenzung von Links- und Rechtsextremismus** löst sich auf. Getragen von einem gemeinsamen Widerstandsbewußtsein gegen den angeblichen Repressionsstaat, werden ideologische Grenzen zugunsten der gemeinsamen Bekämpfung des Staates und seiner Organe überwunden.

Die Weiterentwicklung der **Kommunikationstechnik** fördert diese Entwicklung zusätzlich und macht eine Beobachtung noch schwieriger. Hier baut sich ein Gefährdungspotential auf, das, wenn nicht energisch gegengesteuert wird, in den nächsten Jahren zu einer großen Gefahr werden kann.

Hinzu kommen neuartige Gefahren. Scientology versucht, unter dem Tarnmantel einer religiösen Gemeinschaft Einfluß zu gewinnen. Dies bedeutet nicht weniger, sondern mehr Aufgaben für den Verfassungsschutz. Die Antwort der rot-grünen Regierungskoalition auf diese neuen Herausforderungen haben wir bereits erhalten: keine Personalaufstockung. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Böttcher, ist von Ihrer Seite ja sogar mit einer **Personalverminderung** in diesem Bereich zu rechnen.

Wohin die Reise geht, ist in **Hessen** zu sehen. Dort haben die rot-grünen Regierungspartner im Koalitionsvertrag eine Verminderung des Verfassungsschutzpersonals um ein Fünftel bereits fest vereinbart. Herr Böttcher, ich wehre mich vehement dagegen - vielleicht haben Sie noch ein bißchen Nachholbedarf, was den Rechtsstaat angeht -, daß die **Polizei** zur Verfolgung von Straftaten künftig **nachrichtendienstliche Mittel** einsetzen kann, und das bereits im Vorfeld.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich nicht gesagt!)

Als Kompensation wird wahrscheinlich ein Netz von Beauftragten für verfassungsrechtliche Fragen eingerichtet, die unter Beachtung der psychosozialen Umstände der Täter vierfarbige Faltblätter verteilen, in denen die radikalen Gegner dieser Demokratie freundlichst aufgefordert werden, doch ein bißchen netter zu diesem Staat und seinen Organen zu sein.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

- Ich meine das in vollem Ernst, Ute Erdsiek-Rave, weil Repräsentanten des Staates - mittlerweile auch Sozialdemokraten - in diesem Hause sind, die genau der gleichen Gefährdungssituation ausgesetzt sind wie alle anderen Beteiligten auch.

Angesichts der akuten und latenten Gefahren, die von extremistischen Bestrebungen ausgehen, ist es falsch, den Verfassungsschutz zu schwächen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, ich fordere Sie deshalb auf, dem Wunsch des Innenministers zu folgen und einer Personalerhöhung beim Verfassungsschutz mit uns

gemeinsam in den Haushaltsberatungen zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern abend sah ich im Fernsehen ein Interview mit Frau Hamm-Brücher. Ich fand, es war ein sehr gutes Gespräch. Dabei kam Frau Hamm-Brücher natürlich auch auf ihr Verhältnis zu ihrer Partei, der F.D.P., zu sprechen. Sie meinte, daß sie doch große Schwierigkeiten habe, sich da zu Hause zu fühlen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch gar nicht!)

Unter anderem sprach sie die Frage an, wie es denn mit dem **Großen Lauschangriff** weitergeht. Sie meinte, daß das, was jetzt in bezug auf den Großen Lauschangriff getan wird, sehr wenig mit liberaler Ideologie und überhaupt mit Freiwilligkeit zu tun hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wem werfen Sie das vor, den Sozialdemokraten?)

- Ich sage Ihnen das, Herr Kubicki, weil ich bei Ihnen doch einen Grundtenor von Liberalismus und Liberalität erwarte. Sie haben hier gerade eine Horrervision gezeichnet, die auch nicht in Ordnung ist.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Horrervision?)

- Ja.

Für alle hier Anwesenden ist das Erfreulichste, finde ich, bei der diesjährigen Auseinandersetzung mit dem Bericht, daß ausschließlich demokratische Parteien an seiner Erörterung beteiligt sind.

Es ist erfreulich, daß sich bei der Landtagswahl im März auch bei uns die allgemeine Tendenz des Niedergangs rechtsextremistischer Parteien bestätigt hat. Diese Tatsache ist unserer Auffassung nach auch ein Beleg dafür, daß der SSW mit seiner immer wieder vertretenen Einschätzung richtig liegt: Verbote rechts- und linksextremistischer Parteien können zu gefährlichen Konsequenzen führen und bringen nichts oder sehr wenig. Das solche Verbote vielmehr die Bildung konspirativer Organisationsformen fördern, scheint mittlerweile nicht mehr zweifelhaft zu sein. Wir wollen also die demokratische Auseinandersetzung, und wir wollen in jedem Fall davon ausgehen, daß weder die Rechtsstaatlichkeit noch die Verfassungsstaatlichkeit dieses Landes so schwach ist, daß Verfassungsschutz immer noch so stark gefragt sein muß.

Herr Füllner, es kann doch wohl nicht die Aufgabe des Verfassungsschutzes sein, sich mit der organisierten Kriminalität zu befassen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es kann, finde ich, auch nicht die Aufgabe des Verfassungsschutzes sein, sich mit der Scientology zu befassen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

solange wir nicht festgestellt haben, inwiefern es sich um eine Sekte oder um eine konspirative Organisation handelt. Das muß doch zuerst geklärt werden.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Ich meine auch, daß **Scientology** ein Problem ist, daß da eine Ideologie zum Ausdruck gebracht wird, die mehr als bedenklich ist; aber wir können doch nicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun.

Ich muß auch noch hinzufügen, weil das vorhin so anklang: Staatsgewalt führt auch zu Gegengewalt. Deshalb muß man da sehr auf Aufklärung, auf

Information, auf politische, demokratische, parlamentarische Auseinandersetzung setzen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist erfreulich, daß die Gewalttaten - wie in dem Bericht steht - weiterhin rückläufig sind. Bedauerlich ist, daß in unserem Bundesland die Stadt Lübeck nach wie vor derartig gebeutelt dasteht. Zu dem Briefbogenanschlag und den Anschlägen auf die Synagoge kam der Anschlag auf das Asylbewerberwohnheim. Zur Zeit findet in dieser Sache eine Gerichtsverhandlung statt. Der Angeklagte bestreitet vehement, der für den Tod so vieler Menschen verantwortliche Brandstifter zu sein. Zum jetzigen Zeitpunkt wissen wir deshalb noch nicht, ob wir es mit einer politisch motivierten Tat zu tun haben. Ich bitte darum, nicht mißverstanden zu werden: Das Geschehene ist und bleibt unbegreiflich. Daran vermag die Motivation, die der Tat zugrunde gelegen hat, nichts zu ändern.

Der Bericht benennt drei Ursachen für die allgemeine Rückläufigkeit extremistisch begründeter Gewalttaten. Zwei dieser Gründe vermag ich nicht so ohne weiteres nachzuvollziehen. Ich denke, daß Verbote - ich sprach das vorhin schon an - und Strafverfolgungsmaßnahmen auf diese Gruppierungen noch nie einen sonderlich abschreckenden Effekt hatten. Die Begründung, die gesellschaftlichen Reaktionen auf rechtsextremistische Gewalttaten seien erfolgreich gewesen, scheint mir doch viel plausibler zu sein. Ich muß zugeben, daß mich viele Beiträge der Medien, ob es sich dabei nun um Zeitungs- oder Zeitschriftenartikel oder um Berichte im Radio und im Fernsehen handelte, deshalb so beeindruckt haben, weil sie durchweg durch eine klare und deutliche Linie der Ablehnung getragen waren. Das ist doch das Wesentliche. Wir müssen selbst aktiv werden, wir müssen selbst Stellung beziehen für den Rechtsstaat und auch für die Verfassung.

(Beifall bei SSW und SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist kein Antrag gestellt worden. Das Parlament hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 2 und 5 zur gemeinsamen Beratung auf:

**Gemeinsame Beratung:**

**a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage**

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/30

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 14/286

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderungen des Gesetzes über Sonn- und Feiertage**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/307

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 14/323

Das Wort hat zunächst der Berichterstatter des Innenausschusses, Herr Abgeordneter Maurus.

**Heinz Maurus [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf nochmals auf beide Drucksachen verweisen. Mit Drucksache 14/286 empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuß im Einvernehmen mit den beteiligten Ausschüssen mit sieben Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen drei Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P., den Gesetzentwurf abzulehnen.

Mit Drucksache 14/323 empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuß dem Landtag mit acht Ja-Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU bei drei Nein-Stimmen von CDU und F.D.P., den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Einzelberatung. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute zwei Gesetzentwürfe, die die zukünftige Ausgestaltung des Buß- und Bettages in unterschiedlicher Weise regeln. Die Hauptpunkte unseres Gesetzentwurfs hat Herr Dr. Klug bereits ausführlich bei der ersten Lesung dargestellt. Ich möchte heute nur noch kurz die wichtigsten Punkte wiederholen.

Nach unseren Vorstellungen sollte der Buß- und Bettag wieder zum gesetzlichen **Feiertag** werden. Die Arbeitgeber - das will ich hier ganz deutlich sagen - sollen durch die vollständige **Übernahme der Kosten** der Pflegeversicherung durch die **Arbeitnehmer** nicht zusätzlich mit steigenden Lohnnebenkosten belastet werden.

Meine Damen und Herren, der **Gesetzentwurf der Landesregierung** geht einen völlig anderen Weg. Die Abschaffung des Buß- und Bettages als Feiertag wird nicht revidiert. Vorgesehen ist vielmehr, Beschäftigten und Auszubildenden auf Antrag eine unbezahlte Freistellung - das will ich wiederholen: eine unbezahlte Freistellung - zu gewähren, sofern betriebliche Notwendigkeiten nicht entgegenstehen. Für Schülerinnen und Schüler ist das gleiche vorgesehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die beiden Vorschläge unterscheiden sich nicht darin, daß die Ausübung des Feiertages mit Kosten für diejenigen verbunden ist, die von der jeweiligen Regelung Gebrauch machen. Auch nach Ihrem Vorschlag, meine Damen und Herren, tragen die Arbeitnehmer die Kosten in Form des unbezahlten Urlaubstages,

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

nur daß nach Ihren Vorstellungen noch zusätzliche Kosten für die Arbeitgeber hinzukommen.

Bei der Vorstellung des Gesetzentwurfes meiner Fraktion hat uns der Herr Kollege Schröder vorgeworfen, der Vorschlag der F.D.P. sei - ich zitiere - „faktisch ein Antrag zur Erhöhung der Abgabenlast der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land.“ Bei allem Respekt, Herr Kollege Schröder, das ist polemisch, unseriös und wirklichkeitsfremd. Wer trägt denn die Kosten bei Ihrem Entwurf?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das soll er gleich einmal sagen!)

Die Lohnnebenkosten, meine Damen und Herren, sind in diesem Land zu hoch. Das sollte auch bei Ihnen, Herr Schröder, inzwischen angekommen sein. Sollen wir da insgesamt die Kosten der Pflegeversicherung wie vorgesehen noch draufsatteln? Natürlich nicht, es sei denn, Sie wollen den Export von Arbeitsplätzen ins Ausland noch weiter ankurbeln.

Daß eine **Kompensation** für die Unternehmen erfolgen muß, ist entgegen den Behauptungen von Ihrer Seite auch von den Bürgern verstanden worden. Die Menschen haben akzeptiert, daß die Verbesserungen, die sie durch die Pflegeversicherung erhalten, nicht zum Nulltarif zu haben sind. Die Frage ist also nicht, ob eine Kompensation erfolgen soll, sondern wie sie erfolgen soll.

In Schleswig-Holstein haben Sie sich dafür entschieden, den Buß- und Bettag als gesetzlichen Feiertag zu streichen. Zwischenzeitlich hat sich jedoch gezeigt, daß diese Regelung von vielen religiös gebundenen Bürgern nicht angenommen wird. Der Wunsch, den Buß- und Bettag wieder zu einem regulären Feiertag zu machen, ist in starkem Maße spürbar. Wir kommen mit unserem Gesetzentwurf diesem Wunsch nach.

Meine Damen und Herren, ich will Ihre Geduld nicht länger belasten. Ich habe den Eindruck, daß wir ziemlich am Ende dieser Tagung sind und dort auch ankommen sollten.

Lassen Sie mich aber dennoch einen ganz wichtigen Punkt wiederholen, um klarzumachen, daß der Unterschied, den Sie immer wieder behaupten, nicht besteht. Sie sagen, die Kosten werden bei Ihrer Regelung von den Arbeitnehmern nicht getragen. Das ist schlicht und einfach Unsinn. Die

**Arbeitnehmer** tragen die Kosten aufgrund der Tatsache, daß sie eben einen unbezahlten Sonderurlaub beantragen müssen. Daran werden Sie nichts ändern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Puls.

**Klaus-Peter Puls [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Sachen Bußtag sind der Worte schon viele gewechselt und der Reden schon viele gehalten worden. Ich will mich deshalb ebenfalls relativ kurz fassen.

(Beifall)

Mit Beschluß vom 23. Mai 1996 hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage vorzulegen. Ziel des heute zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurfs der Landesregierung ist es, den Buß- und Betttag als **geschützten Feiertag** zu erhalten und darüber hinaus Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine **unbezahlte Freistellung** für den gesamten Tag zu ermöglichen. Die SPD-Fraktion wird diesem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben. Den Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion lehnen wir ab.

Die F.D.P. betreibt unter der falschen Flagge „Bußtag“ nach bewährtem Bonner Muster wieder einmal Wirtschaftsförderung durch Sozialabbau. Sie wollen den Bußtag als gesetzlichen Feiertag mit automatisch allgemeiner Arbeitsruhe landesrechtlich wieder einführen. Dankenswerterweise befürworten Sie dabei ausdrücklich die bundesrechtlich einzige Konsequenz der einseitigen, alleinigen und ausschließlichen Belastung der Arbeitnehmerseite mit den Beiträgen zur Pflegeversicherung.

Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche will mit dem von ihr initiierten **Volksbegehren** ebenfalls den Bußtag wieder als landesgesetzlichen Feiertag verankert wissen. Insofern macht die F.D.P mit ihrem gleichgerichteten Gesetzentwurf ihrem Namen durchaus Ehre - ich habe es hier schon

einmal vorgetragen - F.D.P. gleich Fortbestand durch Populismus.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Die Kirche verschweigt allerdings - das bedauere ich - in ihrem Antrag auf Durchführung des Volksbegehrens die mit einem Erfolg der Volksinitiative verbundene zwangsläufige Konsequenz. Als SPD-Fraktion können wir hier deshalb auch für das Volksbegehren keine Werbung machen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen Sie gerade!)

Jeder, der sich mit seiner Unterschrift für die Wiedereinführung des Buß- und Bettages als gesetzlichen Feiertag ausspricht, spricht sich nämlich gleichzeitig für höhere finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger aus.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo denn?)

Ich finde schon, daß es fair gewesen wäre, wenn die von der Kirche zur Unterschrift geworbenen Menschen auf diese unmittelbar portemonnaiebelastenden Folgen ihrer Unterschrift hingewiesen worden wären.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist schlicht falsch!)

Bei der SPD-Fraktion läuft das Bußtagsthema nicht nur als Feiertagsthema. Die Absicht der Landesregierung, „der kulturellen, sozialen und kirchlichen Bedeutung des Bußtages gesetzlich wieder stärker Rechnung zu tragen“, wird auch von der Nordelbischen Kirche durchaus anerkannt und begrüßt. In der SPD-Fraktion läuft die Diskussion ausdrücklich auch unter der Überschrift „Solidarität und Sozialpartnerschaft“.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Wir sind solidarisch mit den pflegebedürftigen und ihren Familien. Wir sind solidarisch mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die Pflegeversicherung soll für uns wirklich die vierte Säule der Sozialversicherung sein - eben mit jeweiliger 50prozentiger **Beitragsbeteiligung** der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Dieses System hat sich bewährt, ist traditionell und sollte in diesem Bereich weiter praktiziert werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glaubt bei Ihnen mittlerweile auch niemand mehr!)

Das geschieht auch mit Vorlage dieses Gesetzentwurfs der Landesregierung.

Der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben sich ausdrücklich für den Gesetzentwurf der Landesregierung ausgesprochen. Wir tun das auch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aus Angst vor der Volksinitiative!)

Wir tun das - das mache ich abschließend - mit den Worten des DGB:

„Die von der liberal-konservativen Regierungskoalition in Bonn zu verantwortende Ungerechtigkeit, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Finanzierung der Pflegeversicherung durch Streichung von entweder 0,85 % des Lohns oder eines Feiertags überproportional aufzulasten,“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oder eines Urlaubstages!)

„kann landesrechtlich nicht korrigiert werden. Wäre es bei der hälftigen Beitragsleistung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auch in der Pflegeversicherung wie in anderen sozialen Sicherungssystemen geblieben, stünde Schleswig-Holstein nicht vor den Problemen, die mit der Streichung des Buß- und Bettages als regulärem Feiertag verbunden sind. Eine Wiedereinführung des Buß- und Bettages als regulärer Feiertag, wie es das Volksbegehren der Kirche will,“

- ich ergänze: wie es auch die F.D.P. will -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Tata! Tata!)

„würde die überproportionale Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zementieren.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mit freundlichen Grüßen!)

„Die besondere Bedeutung des Buß- und Bettages insbesondere für engagierte Christen läßt es allerdings sinnvoll erscheinen, die Entscheidung über die Wahrnehmung des Buß- und Bettages als christlichen Feiertag den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern selbst in die Hand zu geben.“

(Beifall bei der SPD)

Genau das geschieht mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung. Ich bitte um Ihrer aller Zustimmung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete de Jager.

**Jost de Jager [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was die CDU an dem Gesetzentwurf der Landesregierung bemängelt, ist, daß er zu einem Zeitpunkt kommt, zu dem die Kirche gerade ein Volksbegehren laufen hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb ja! Das soll unterlaufen werden!)

Wir glauben, daß das nicht in Ordnung ist. Wir glauben, daß dies nur ein Versuch sein kann,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist die Angst der SPD vor einer Niederlage!)

dieses Volksbegehren zu unterminieren. Deshalb halten wir den Zeitpunkt für falsch.

Die CDU hat die Abstimmung in dieser Sache freigegeben. Ich bleibe aber dabei, daß das Abstimmungsverhalten unserer Kollegen im Innen- und Rechtsausschuß gilt.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die war auch gespalten!)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Fröhlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt kommt unsere esotherische Brücke!)

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nachdem im Mai das Volksbegehren zur Erhaltung des Bußtages als allgemeiner Feiertag auf den Weg gebracht wurde, haben wir heute darüber zu entscheiden, ob wir den Menschen, die für einen Feiertag auf einen Teil ihres Gehaltes verzichten wollen - und das vor allem auch können -, die Möglichkeit eines freien Tages verschaffen. Ich stimme der Begründung des Regierungsentwurfs darin zu, daß der Buß- und Bettag mittlerweile neben der kirchlichen auch eine soziale und kulturelle Bedeutung hat. Dabei ist an die Stelle des Bedürfnisses nach Buße heute ein Bedürfnis nach Muße getreten. Muße ist in Zeiten, in denen sich eine immer weitergehende Entzerrung der Arbeitszeit kaum verhindern läßt, ein äußerst kostbares Gut geworden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aus Buß- und Bettag wurde Muß- und Bettag!)

Sie ist nicht nur ein bestimmter, zur freien Verfügung stehender Zeitraum, sondern ein Zustand, in dem man sich entspannt, sich der Besinnung widmen kann. Dafür ist es für viele, die in Familien oder anderen Lebensgemeinschaften leben, wichtig, gemeinsam Zeit miteinander zu verbringen. Der uns bekannte Buß- und Bettag an einem Mittwoch ist ein traditionell evangelischer Feiertag. Ich habe mir sagen lassen, daß in der katholischen Theologie jeder Freitag ein Bußtag ist.

Leider trifft das heute auch auf die von uns zu, die nicht katholisch sind, denn wir alle müssen dadurch,

daß wir nur einen unbezahlten Feiertag beschließen können, für den Bonner Pflegeversicherungsdeal büßen, der der erste Schritt zur Aufweichung einer der wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften ist, der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Heute ist in Bayern Feiertag!)

Wir treten nach wie vor für den Buß- und Bettag als arbeitsfreien Arbeitstag ohne weitere Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die 100prozentige Beitragslast für die Pflegeversicherung ein. Wer, wie der Kollege Klug in der ersten Lesung, hierfür das Wort „Sozialnostalgie“ benutzt, kennt nicht die Bedeutung des Sozialstaatsbegriffs.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Er beinhaltet nämlich in erster Linie die Herstellung der sozialen Sicherung,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

wie sie die gesetzliche Sozialversicherung konstituiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie reden jetzt auch vom Staat!)

Die Herstellung beziehungsweise Sicherung des sozialen Rechtsstaates ist Staatsziel und nicht Tauschware gegen kirchliche Feiertage.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich sollte jeder Tag ein Feiertag sein, so meine ich,

(Heiterkeit und Beifall)

jeder Tag, den wir in Gesundheit verbringen, jeder Tag, den wir eine Arbeit haben, die uns ernährt, jeder Tag, der uns Menschen schickt, die uns auf unseren jeweiligen Wegen weiterhelfen.

Auch jede Landtagssitzung könnte oder sollte ein Tag sein, an dem wir auch feiern können, nämlich zum Beispiel, daß wir in Freiheit miteinander reden können. Das entspräche doch der Würde des

Wählerinnen- und Wählermandats, das uns hierher geschickt hat. Doch leider gehen wir nicht so miteinander um. Deshalb haben wir mehr grauen Alltag als Anlässe zum Feiern und brauchen gesonderte und geschützte Feiertage.

Ob der Bußtag als allgemeiner Feiertag wieder eingeführt wird, wird vermutlich von denjenigen, die davon betroffen sind, aufgrund des Volksbegehrens demnächst selber entschieden werden. Diese Möglichkeit der eigenen Stellungnahme begrüße ich. Ich hoffe auch sehr, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land weiter Widerstand gegen Sozialabbau leisten werden und daß sie sich vor allen Dingen darüber im klaren sind, was sie tun, wenn sie ihr Ja für die Wiedereinführung des Feiertags sagen.

Diesen Widerstand gegen den Sozialabbau begrüße ich sehr. In der Ostseehalle konnten wir das ja am letzten Sonnabend eindrucksvoll erleben. Bis dahin sehe ich die unbezahlte Freistellung für den gesamten Tag, sofern sie gewünscht wird, als brauchbaren Kompromiß an. Ich bitte Sie daher, dem vorgelegten Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Was den Gesetzentwurf der F.D.P. zur Wiedereinführung des Buß- und Bettages angeht, so muß ich für den SSW feststellen, daß sich unsere Sichtweise hierzu seit der ersten Lesung in keiner Weise verändert hat. Der SSW vertritt nach wie vor die Meinung, daß es nicht angehen kann, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die **Kosten der Pflegeversicherung** einseitig aufzubürden.

Das war ja auch der Grund dafür, daß wir die Initiative aus dem Volk begrüßt haben. Zu den Nachteilen, die mit der Wiedereinführung des Bußtages verbunden wären, sind wir der Meinung, daß die Bürger in diesem Land dann auch selbst entscheiden sollen, ob es das ist, was sie wirklich wollen.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs der Landesregierung sieht die Sache anders aus. Danach müssen die **Arbeitnehmer** die Kosten der Pflegeversicherung nicht tragen; sie erhalten vielmehr die Möglichkeit, an einem Tag im Jahr Urlaub zu nehmen, und zwar unbezahlten Urlaub. Das ist aus unserer Sicht nicht verwerflich. Die Arbeitnehmer, für die dieser Tag eine ganz besondere Bedeutung bekommt, erhalten so die Möglichkeit, den Tag in der von ihnen gewollten Art und Weise zu verbringen. Für den SSW kann ich daher sagen, daß wir diesem Gesetzentwurf zustimmen können.

Zuletzt möchte ich die Landesregierung vorsichtshalber aber doch noch fragen, ob sie sich auch wirklich darüber im klaren ist, was sie da eigentlich tut. Sollte das Gesetz nämlich bald verkündet werden, so riskieren wir, daß wir hier am ersten Tag der nächsten Landtagstagung ganz allein sitzen.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Jedenfalls könnten sich die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung dann am 20. November freinehmen; dann ist nämlich Buß- und Bettag.

(Heiterkeit und Beifall)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat jetzt Herr Minister Dr. Wienholtz.

**Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich aus der Diskussion über diesen Gesetzentwurf der Landesregierung auf drei Bedenken eingehen, die sich aus der Anhörung ergeben haben.

Das erste Bedenken bezog sich auf die Schülerinnen und Schüler. Dort wurde gefragt, ob es nicht ein großes Durcheinander dadurch gebe, daß es in der Schule drei antragsberechtigte Gruppen gebe, nämlich die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer und das sonstige Hilfspersonal des Schulträgers.

Ich glaube, daß dieses Argument sehr leicht vom Tisch zu nehmen ist mit dem Hinweis der

Ministerin für Schulangelegenheiten, daß sie nämlich bestimmte Antragsfristen festsetzen wird, die in den Schulen einzuhalten sind. Dann wird es sicherlich einem guten Schulmanagement auch gelingen, den Schulunterricht für die, die dann dort vormittags noch sind, aufrechtzuerhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Auf Kritik stieß auch die Einschränkung, daß eine Freistellung der Beschäftigten und Auszubildenden nur erfolgt, soweit **betriebliche Notwendigkeiten** nicht entgegenstehen. Die Auslegung dieses Begriffes führe zu Ungerechtigkeit und Streit in den Betrieben und entwerfe faktisch den Anspruch auf Freistellung.

In dem Fall kann ich nur sagen: Wir haben diese Formulierung schon jetzt im Sonn- und Feiertagsgesetz, daß unter bestimmten Voraussetzungen einer Freistellung nicht nachgekommen werden kann, nämlich dann, wenn dem betriebliche Notwendigkeiten entgegenstehen. Das gilt insbesondere für kleinere Betriebe, die auf diese Einschränkung nicht verzichten können, um Härten zu vermeiden. Deswegen - so meine ich - muß auch das wieder in diesem Gesetz stehen.

Frau Abgeordnete Spoorendonk - das ist auch mit eine Antwort auf Ihre Frage -, der Landtagspräsident wird sich dann auch zu überlegen haben, ob nicht betriebliche Notwendigkeiten am 20. November dagegenstehen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung zu beurlauben.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Was ist mit den Abgeordneten?)

Im komme zum dritten Bedenken: Die Nordelbische Kirche begrüßt zwar die Absicht, der kulturellen, sozialen und kirchlichen Bedeutung des Bußtages wieder stärker Rechnung zu tragen, den vorliegenden Entwurf hält sie jedoch für ungeeignet, weil der Bußtag als gesetzlicher Feiertag verlorengelange und die einseitige Belastung der Arbeitnehmer bestehen bleibe.

Nein, letztes gebe ich in voller Breite zurück - auch im Hinblick auf das, was hier seitens der F.D.P.-Fraktion gesagt wurde -:

(Beifall bei der SPD)

Bei Wiedereinführung des Bußtages als gesetzlicher Feiertag, wie von der Nordelbischen Kirche durch ein Volksbegehren angestrebt, müßten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 1 % der beitragspflichtigen Einnahmen als Betrag zur ersten Stufe der Pflegeversicherung allein

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, nein!)

und 0,7 % der beitragspflichtigen Einnahmen als Betrag zur zweiten Stufe zur Hälfte tragen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Damit ich das dann auch noch einmal richtig plastisch mache, sage ich: Bei einem Durchschnittseinkommen von 3750 DM bedeutet das im Jahr eine zusätzliche Belastung in Höhe von 225 DM. Demgegenüber würden die Arbeitnehmer durch den vorliegenden Gesetzentwurf lediglich einen Tagesverdienst verlieren. Ob es zu dieser Geldeinbuße kommt, entscheidet zudem der Arbeitnehmer selbst.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Herr Minister Dr. Wienholtz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:**

Sofort, wenn ich diese Passage zu Ende geführt habe.

Bei der Wiedereinführung des Bußtages würde dies bei Zugrundelegung des gleichen Bruttoverdienstes einen Verlust von 125 DM bedeuten, also 100 DM weniger als bei Wiedereinführung des gesetzlichen Feiertages.

(Zuruf von der CDU: Solch einen Blödsinn habe ich noch nie gehört!)

Wenn Sie dann mit den Lohnnebenkosten kommen, die zusätzlich dazukommen - wenn das Ihre Frage sein sollte, Herr Kubicki, darf ich das gleich vorweg beantworten -, dann ist mir die Abwägung

zwischen einer gerechten Lastentragung zur Finanzierung der Pflegeversicherung allemal das sozial Wichtigere als ein Lohnnebenkostenbeitrag, der zudem auch sehr schwer zu quantifizieren sein wird.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Herr Minister Dr. Wienholtz, gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage?

**Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:**

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:** Herr Minister Wienholtz, bin ich - das ist meine Frage - falsch orientiert, daß statt des Wegfalls eines Feiertages die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch auf einen Urlaubstag verzichten könnten, um ihren Anteil an der Pflegeversicherung zu finanzieren? Und wenn ich da richtig informiert sein sollte: Worin besteht der Unterschied zwischen dem Verzicht auf einen Urlaubstag jetzt nach Ihrem Gesetzentwurf und einem Verzicht auf einen Urlaubstag generell, wenn der Buß- und Betttag als gesetzlicher Feiertag wieder eingeführt wird?

- Es ist richtig, es kann auch auf einen Urlaubstag verzichtet werden, es können auch Überstunden abgebummelt werden bei dieser Gelegenheit. Der Unterschied - um den zweiten Teil Ihrer Frage zu beantworten - besteht darin, daß der sozialen und kulturellen Bedeutung dieses Tages wieder Rechnung getragen wird. Die Kirche ist ja selbst dabei, dies zu bestätigen. Das heißt, es wird wieder ein Stück von dem hergestellt, was auch die Kirchen fordern. Ich meine, daß beides zusammengenommen den vorliegenden Gesetzentwurf rechtfertigt, der für Arbeitnehmer insgesamt eine verträgliche und damit auch bessere Lösung darstellt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Ich darf mich beim Parlament für eine zügige Beratung dieses Gesetzentwurfs bedanken. Das wird es uns ermöglichen, das Gesetz rechtzeitig zu verkünden. Das heißt auch, daß bereits zum 20. November von diesem Gesetz Gebrauch gemacht werden kann. Ich wünsche mir, daß recht viele Bürgerinnen und Bürger damit auch ihre eigenen Erfahrungen machen. Der Bedeutung dieses Tages entsprechend kann ja jeder davon Gebrauch machen und seine eigene souveräne Entscheidung treffen, in welcher Form er das möchte.

Wenn dies dann nicht ohne Einfluß auf die Unterschriften zum Volksbegehren bleiben sollte, wäre das sicherlich ein guter und gerechter Weg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion, Drucksache 14/30, insgesamt abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf der F.D.P. zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist abgelehnt mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und einigen Abgeordneten der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der F.D.P. und einiger Abgeordneten der CDU-Fraktion.

Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/307, in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist angenommen mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, des SSW und zwei Stimmen der CDU-Fraktion gegen die überwiegende Mehrheit der CDU-Stimmen und gegen die F.D.P.-Stimmen bei Enthaltung der Frau Abgeordneten Röper. Damit ist - wie gesagt - der Gesetzentwurf angenommen.

Wir sind am Ende dieser Tagung angelangt. Die nächste Tagung des Landtages beginnt am 20. November 1996.

Ich wünsche allen eine gute Heimfahrt und ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 14.01 Uhr**